DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

282 25. JAHRGANG März 2008 4,50

AUS DEM INHALT:

SOLDATENGOTTESDIENST

Das alljährliche Absegnen von NATO-Soldaten im Kölner Dom durch den Kardinal Meisner fand auch am katholischen »Weltfriedenstag« 2008 wieder statt – nicht ohne Begleitung durch antimilitaristische Aktionen in und vor dem Dom. Kardinal Meisner in seiner Predigt: »Pointiert könnte man formulieren: Seit es Menschen gibt, gibt es auch Soldaten.« Seite 3

ILLEGALE FREIE SCHULE

Eine Freie Schule, die 28 Jahre illegal in Bremen betrieben wurde, sorgte im letzten Herbst für bundesweites Aufsehen. Ronja Wöstheinrich, die inzwischen aufs Gymnasium in Verden geht, wurde in ihrer Grundschulzeit in der »Kischu« genannten Schule unterrichtet. Mit Tricks hatten die Eltern die Schulbehörden getäuscht und die Kinder nach dem Abschluss der »Kischu« unbemerkt auf weiterführenden Schulen angemeldet. Seite 3

TRANSGENE FELDER IN GIESSEN

In der Nacht zum 13. Juni 2007 wurde ein für die Biosicherheitsforschung angelegtes Feld beschädigt. Das zerstörte Feld mit transgener Gerste war nicht das erste Genversuchsfeld im Raum Gießen. Doch die Tradition von Feldversuchen begründete auch eine Tradition direkter Aktionen – und eine stark auf grundsätzliche Kritik herrschaftsförmiger Technik ausgerichtete Kritik. Seite 4

1968

30 Jahre Deutscher Herbst, 40 Jahre 68: Gedenktage und Jubiläen reihen sich aneinander, wie schon Jahrzehnt um Jahrzehnt zuvor tobt der Deutungskampf um die Revolte – deutlich müder allerdings, wie noch vor einigen Jahren. Während sich der omnipräsente Daniel Cohn-Bendit im Vorgriff des kommenden 68er-Jubiläums mit der Co-Herausgeberrolle eines Sammelbandes begnügt, legt Ex RAF-Kader Karl-Heinz Dellwo ein ausführliches biografisches Gespräch vor. Eine Besprechung der beiden Bücher auf Seite 6.

GRÜNDUNGSKLIMA

Über Genossenschaftsgründungen liegen kaum empirisch fundierte Aussagen vor, obwohl es seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes auf niedrigem Niveau immerhin zu einer Verdopplung der Genossenschaftsgründungen gekommen ist. Eine genossenschaftsorientierte Gründungsforschung existiert faktisch nicht. Wenige Ausnahmen in diesem Bereich bestätigen die Regel. Dazu gehören zwei Studien, bei denen das Thema Kooperationen kleiner und mittlerer Unternehmen im Mittelpunkt steht. Beide stellen die fehlende Bekanntheit der genossenschaftlichen Rechtsform fest. Seite 13

www.contraste.org

FAIRNESS IN DER (ÖKOLOGISCHEN) LANDWIRTSCHAFT

Von der Bewegung zur Branche

Bio ist (zu) teuer – dieses (Vor-)Urteil gilt nur noch eingeschränkt. Die allerorts entstandenen Öko-Supermärkte sind nur ein Zeichen dafür, dass sich der ökologische Landbau nicht mehr in einer politischen Nische, sondern mitten in der ökonomischen Wirklichkeit der Gesellschaft befindet. »Öko« wird jetzt nicht mehr nur von den BoBos (Bourgeoisie Bohemiens) und der grünen postmaterialistischen Mittelschicht gekauft, sondern ist im normalen Lebensmitteleinzelhandel angekommen.

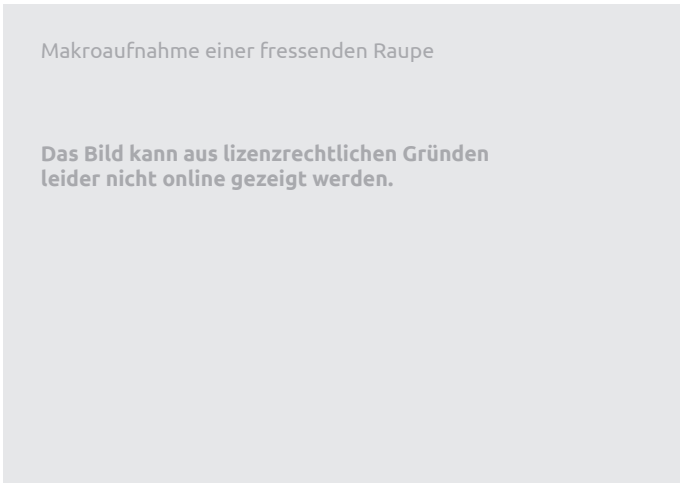
Von Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Dies mit allen damit verbundenen Vorteilen – wie niedrige Preise und Nachteilen, wie Anonymität der und ungenügende Preise für die ProduzentInnen hierzulande und – global. Die Industrialisierung der ökologischen Ernährungswirtschaft hat längst begonnen, die Bedeutung der früher charakteristischen Direktvermarktung über Hofläden und Märkte nimmt weiter ab (1).

Die Situation wird dadurch nicht leichter, dass mit der Einführung der EU-Öko-Verordnung Anfang der 1990er Jahre und dann der dazu passenden Zertifizierung im Jahr 2001 das Zwei-Welten-Bild von Bio und Nicht-Bio in der Ernährung nicht weiter aufrechterhalten werden kann (2). Das Wachstum des Marktes wird durch die niedrigen Preise, die wiederum auch durch die steigende Zahl von Betrieben, die ausschließlich nach den in der EG-Öko-Verordnung festgelegten Kriterien wirtschaften, die jedoch hinter den Standards der ökologischen Anbauverbände zurückbleiben, mit ermöglicht.

Zwei gesellschaftliche Trends, an denen sich die Erzeugung von ökologischen Lebensmitteln orientieren muss, sind:

Unter der Woche nimmt die Außer-Haus-Ernährung weiter zu, die meisten essen in den Arbeitspausen aber nicht in Kantinen. Gute und hinreichende Angebote »besseren« Essens werden so zu einer zentralen Herausforderung lokaler Ernährungskultur. Es besteht inzwischen zweitens Einigkeit darüber, dass gute Ernährung in Schule und Kindergarten wichtig ist. Diese muss aber kulturell anschlussfähig sein und Ernährung muss zu einem Kompetenzfeld in Schule und Kindergarten gemacht werden.

Die im AgrarBündnis zusammengeschlossenen Verbände versuchen mit einer Debatte darüber, was Fairness im Ökolandbau sein könnte, auf die Umbrüche der Bio-Branche zu reagieren. Sie machen darauf aufmerksam, dass eine lokale und regionale Ernährungskultur und Lebensmittelproduktion wichtig ist und dazu z.B. ein hinreichendes Angebot an Wochenmärkten mit guter Qualität gehört.



Reinhard Pfriem definiert »fair« in einem Vortrag wie folgt: »Fair ist, wenn die Erzeuger, Verarbeiter, Verkäufer regional nachhaltiger Lebensmittelprodukte genügend Entfaltungs- und Absatzmöglichkeiten zu miteinander als fair empfundenen Bedingungen haben. Fairer Umgang beruht auf angemessener Wertschätzung in den direkten Interaktionen wie im öffentlichen Raum. Dafür soll insbesondere die lokale, auch regionale Handlungsebene aktiviert werden und es sind die politischen wie sonstigen Entscheidungsträger und Akteure auf dieser Ebene in die Pflicht zu nehmen«.

Fairness gehört historisch gesehen zu den Grundprinzipien des Ökologischen Landbaus, kann aber nur sehr schwer konkret definiert werden. Daher gibt es in den Richtlinien der Verbände oder der EU-Öko-Verordnung zumindest bislang keine entsprechenden Vorgaben. Aber der Bioboom mit vielen neuen Marktbeziehungen hat die Strukturen des Ökolandbaus so verändert, dass Bedarf besteht, das Verhältnis und den Umgang derer, die in der Wertschöpfungskette miteinander arbeiten, zu diskutieren. Ob es möglich und sinnvoll ist, Fairness als allgemeines Grundprinzip des Ökologischen Landbaus konkreter festzuschreiben und auch zu kommunizieren, ist, so einer der Beiträge dieses CONTRASTE-Schwerpunktes, auf dem Stand der bisher geführten Diskussion noch offen. Klarer ist dagegen, dass eine bäuerliche und regionale Landwirtschaft eine Verständigung über diese Fragen braucht, um im Wettbewerb der Qualitätsdifferenzierung bestehen zu können.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

Anmerkungen:

1) 2005 verteilten sich die Marktanteile auf 30 Prozent Einzelhandel, 30 Prozent Naturkosthandel und circa 20 Prozent Direktvermarktung.
2) In Deutschland wird das EU-Siegel bisher wegen des größeren Bekanntheitsgrades des staatlichen deutschen Siegels und der Logos der Anbauverbände wenig verwendet, während es sich in anderen EU-Mitgliedsstaaten stärker durchgesetzt hat. Ab 2009 soll in der EU ein neues Bio-Siegel eingeführt werden, das, so kritisieren Verbraucherschützer, die Kriterien zur Erlangung des Siegels weiter verwässert.

Auf der Website des AgrarBündnis sind weitere Texte und Materialien zum Thema »Fairness und Ethik im ökologischen Landbau« abrufbar: www.agrarbuendnis.de/index.php?id=238
Lesenswert ist auch die fortlaufende Berichterstattung dazu im jährlich erscheinenden Kritischen Agrarbericht. Auf dessen website www.kritischer-agrarbericht.de sind weitere Texte zugänglich.

D 8008

BUNDESANWALTSCHAFT (BAW): WEITERER VORWURF GEMÄSS § 129A FALLEN GELASSEN

Rückzieher der BAW

Schon die bundesweiten Durchsuchungsaktionen bei linken Projekten am 9. Mai 2007 wurden vom Bundesgerichtshof (BGH) mit Beschluss vom 20.12.2007 für rechtswidrig erklärt. Um eine weitere peinliche Niederlage vor dem BGH zu vermeiden, wurde nun durch die Bundesanwaltschaft auch das Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen Beschuldigte aus Bad Oldesloe, Hamburg und Berlin an die Staatsanwaltschaft Flensburg abgegeben und wird vermutlich demnächst eingestellt werden.

Dieter Poschen, Red. Heidelberg ● Für die Betroffenen ein Erfolg, jedoch lässt sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Sie wurden monatelang observiert und bespitzelt unter Einbeziehung aller privaten Kontakte.

Die denkbar nebulös gehaltene Begründung, die Auswahl der durchsuchten Objekte und der gewählte Zeitpunkt zeigen überdeutlich, dass die mit großer Brutalität durchgeführten Razzien in erster Linie der Einschüchterung, Ausforschung und Kriminalisierung des sich formierenden Protestes gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm richteten. Inwiefern sich terroristische Vereinigungen mit Buchhandlungen, Verlagen, Bildarchiven oder soziokulturellen Zentren in Verbindung bringen lassen, bleibt das Geheimnis der Bundesanwaltschaft.

Der Terrorismusvorwurf dient seit der Einführung des § 129a, im Jahr 1976, als Vorwand, der den Ermittlungsbehörden, nahezu jedes Mittel der Ausforschung und Kriminalisierung linker Gruppen ermöglicht. Nur die wenigsten Ermittlungsverfahren nach § 129a führten jemals überhaupt zu Anklagen. Sie werden in erster Linie eingeleitet, um der Polizei und der Staatsanwaltschaft schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte zu ermöglichen, die sich in der Öffentlichkeit mit dem tatsächlichen Ziel der politischen Einschüchterung und der Ausforschung legal arbeitender linker Strukturen niemals rechtfertigen ließen. Eine wichtige politische Forderung ist die Abschaffung dieses Paragrafen. Nachfolgend die Presserklärung der Anwältinnen zum Rückzieher der BAW:

»Am 13.6.2007 waren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung in einer groß angelegten Razzia elf Gebäude in Norddeutschland durchsucht worden.

Die BAW hält diesen Vorwurf nicht länger aufrecht. Sie gab das Verfahren mit Verfügung vom 16. Januar 2008 an die Staatsanwaltschaft Flensburg ab. Von einer Strafbarkeit der Beschuldigten nach § 129a könne nicht mehr ausgegangen werden. Es fehle auch an einer besonderen Bedeutung des Falles.

Das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten hatte insbesondere öffentliche Aufmerksamkeit erregt, weil sogar vertrauliche Telefongespräche der Beschuldigten mit ihren Verteidigerinnen und Verteidigern und mit Journalisten abgehört, aufgezeichnet und ausgewertet worden waren. Die Überwachung einiger Beschuldigter war lückenlos: die Observierung erfolgte rund um die Uhr, ein mit einem Peilsender zur Ortung versehener PKW wurde akustisch überwacht, in einer Wohnung wurden Wanzen angebracht und dort sogar noch Selbstgespräche im Schlaf erfasst.

Dagegen und gegen die Anordnung der Wohnungsdurchsuchung hatten die Beschuldigten Beschwerden eingelegt. Die Entscheidungen des zuständigen 3. Strafsenats über diese Beschwerden standen bevor. Mit der Abgabe des Verfahrens kam die Generalbundesanwältin Harms nun einer dritten öffentlichkeitswirksamen Abfuhr durch den BGH zuvor, nachdem sie bereits in den von ihr geführten Verfahren gegen die sogenannte »Militante Gruppe« und gegen G8-GegnerInnen durch die Beschlüsse des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 28.11.2007 und 20.12.2007 gezwungen worden war, den Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) fallen zu lassen. Zuständig ist ab jetzt das Landgericht Flensburg, dessen Richter sich vor einer Entscheidung in die Ermittlungsakte erst werden einlesen müssen.

Die BAW versucht, die bisherige Annahme der eigenen Zuständigkeit mit der Begründung zu rechtfertigen, erst jetzt im Nachhinein habe sich der Verdacht eines Anschlags zum G8-Gipfel nicht bestätigt. Dies ist abwegig, denn schon zum Zeitpunkt der Wohnungsdurchsuchungen am 13.6.2007 lag der G8-Gipfel annähernd eine Woche zurück. Damals hatte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft noch betont, ein Zusammenhang mit Protesten gegen den zurückliegenden G8-Gipfel bestehe nicht. Es fällt auf, dass die Begründungen offenbar nach Bedarf gewechselt werden.●

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Prozesse gegen GenfeldbefreierInnen

Dreimal in drei Tagen sollten AktivistInnen und FeldbefreierInnen Anfang Januar vor Gericht gestellt werden. Den Anfang machte der Imker Achim Schultheiss, der 2006 symbolisch drei Maispflanzen aus einem Acker in Oberhoihingen zog und nun einen offensiven Prozess zeigte. Die Rechtmäßigkeit der Gentechnik wurde nicht geprüft, doch das Urteil blieb weit unter der Forderung der Staatsanwaltschaft. Der verurteilte Feldbefreier kündigte weitere Aktionen an.

Achim Schultheiss beim Prozess in Nürtingen Foto: Silvain Darou

Einen Tag später verhandelte das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder über den Umgang der Polizei mit Feldbefreierinnen und Feldbefreiern bei der Aktion 2005. Der Richter hielt den Polizeigewahrsam für rechtswidrig. Am Folgetag sollte es in München zum nächsten Prozess kommen. Der wurde aber wegen der Erkrankung des Richters kurzfristig abgesagt. Dennoch kamen über 500 Menschen zur Demonstration gegen die Agrogentechnik.
Mehr: www.gendreck-weg.de.

Für den Prozess zur Feldbefreiung in Gießen (Pfingsten 2006) steht jetzt offenbar der Termin fest: Am 8. April soll es losgehen – ungefähr passgenau zur nächsten Aussaat auf dem Gengerstefeld. Das besondere an diesem Prozess ist, dass es mehrere Angeklagte gibt und es recht wahrscheinlich erstmals zu einer juristischen Aufarbeitung kommt, ob Feldbefreiungen strafbar sind oder vielmehr die Felder den Rechtsbruch darstellen.
Mehr: www.gendreck-giessen.de.vu.

Strafverfolgung abgewehrt?

Wie die Betroffenen, die vor drei Jahren im Gemeinderat der Stadt Mannheim gegen die kommunale Umsetzung von »Hartz IV« protestierten, informierten, wurde der auf den 24.01.2008 terminierte Prozess kurzfristig im Einvernehmen aufgehoben. Die Anklage lautete auf »Hausfriedensbruch« und »Nötigung«. Das Amtsgericht hat mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft allen Angeklagten wegen »geringfügiger Schuld« die Einstellung des Verfahrens angeboten. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/01/206246.shtml.

Kriminalisierung von Antifa-Protesten

Am 1.12.2007 marschierten 600 Neonazis aus der ganzen BRD für ein rechtes Jugendzentrum durch Berlin-Neukölln. Am Rande des Aufmarsches kam es zu Protesten. Über 1.000 Menschen stellten sich den Rechtsextremisten in den Weg. Einige AktivistInnen erhielten nun Ende vergangener Woche ein Schreiben des Berliner Landeskriminalamtes (LKA), mit der Aufforderung 223 Euro zu zahlen. Der Vorwurf lautet »Teilnahme an einer unerlaubten Ansammlung (§113 OWiG)«. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/01/206189.shtml.

1984 ist möglich: Zensur per Filterung im Web?

Das »Cannazine« in Großbritannien berichtet, dass ihnen die politischen und publizistischen Aktivitäten behindert werden durch den landesweit zum 31. Dezember 2007 durch Home Secretary Jacqui Smith eingeführten »Cleanfeed« Internetfilter. Dieser Internetfilter wurde in der Tagespresse als Kinderpornofilter eingeführt. Die Politiker, welche die Zulassung unterschrieben haben, haben alle schon mal Hanf gekifft. Vielleicht wollen sie deshalb das Internet von diesen Informationen »säubern«.

Die Technologie hinter »Cleanfeed« ist einfach und basiert auf einem System von British Telecom. Eine Liste von IP Adressen, die auf entsprechend zu sperrende Inhalte verweist, wird von einem Industrieabhängigen Wächter geführt. In diesem Fall ist es die Internet Watch Foundation. Diese wird unterstützt von der Heimatschutzbehörde. Diese Liste geht dann an die Internetdienstleister mit der einfachen Anweisung, jeden Verkehr von und zu diesen Adressen zu sperren. Die Aktionen gegen das »Cannazine« gehen aber noch weiter. British Telecom, welche fast überall im Land Internetverbindungen anbietet, hat den RedakteurenInnen seit einigen Tagen das Internet abgestellt. Die Erklärung dafür lässt auf sich warten. Kurz nach dem 27. Dezember 2007 wurde »Cannazine« in Google News aufgenommen. Am 20. Januar 2008 war es dem »Cannazine« das letzte mal möglich, dort einen Artikel zu veröffentlichen.
Mehr: http://de.indymedia.org/2008/01/205951.shtml.

Politische Beugehaft

Der Bundesgerichtshof hat bekannt gegeben, dass gegen drei ehemalige RAF-Mitglieder Beugehaft angeordnet wurde. Betroffen sind Knut Folkerts, der bereits 18 Jahre im Gefängnis verbracht hat, Brigitte Mohnhaupt, die im vergangenen Jahr den Knast nach 24 Jahren endlich verlassen konnte und Christian Klar, bei dem die Beugehaft zusätzlich auf seine mittlerweile 25 Jahre andauernde Haft angerechnet wird. Für Christian rückt damit seine längst überfällige Haftentlassung erneut in weitere Ferne, auch wenn der Vollzug der Beschlüsse zunächst ausgesetzt wurde. Grund für die Beugehaft ist die Tatsache, dass die drei sich weigern, zu Denunzianten zu werden und sich oder andere zu belasten. Der Bundesgerichtshof verneinte bei ihnen ein Aussageverweigerungsrecht, weil die Gefahr einer Selbstbelastung nicht mehr gegeben sei. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/01/204196.shtml.

Fiese Tricks von Polizei und Justiz 2008

Die erste Tour des Jahres 2008 brachte die Ton-Bilder-Schau »Fiese Tricks von Polizei und Justiz« in den Nordosten. Von Berlin (18.1. auf den Perspektiventagen mit ca. 50 BesucherInnen) über Greifswald (ca. 40) und Neubrandenburg ging es nach Cottbus und Görlitz (je ca. 35). Der Höhepunkt war eine von ca. 100 Menschen besuchte Veranstaltung am 29.1. im Berliner »Clash« – gefolgt von einem abschließenden Flop: Die Veranstaltung in Potsdam wurde abgesagt, weil (mal wieder) das Gerücht gestreut wurde, der Referent hätte etwas mit dem Verfassungsschutz zu tun. Die Polizei (und vielleicht auch den VS) wird's gefreut haben. Inmitten der Tour fand zudem ein zweitägiges Training zu kreativem Polizeikontakt (Kontrolle, Verhör, Demonstration) und offensiver Prozessführung mit vielen Rollenspielen statt. Ziel ist, Ton-Bilder-Schau und Trainings öfter zu verbinden.

Ein Höhepunkt im Jahr 2008 verspricht die Neuauflage des im 15. Kapitel von »Tatort Gutfleischstraße« und als 4. Fallbeispiel in der Ton-Bilder-Schau erwähnten Gerichtsprozesses zu werden. Die zweite Instanz startet am 4. August – beste Gelegenheit für einen Live-Eindruck, für Berichterstattung und mehr (www.projektwerkstatt.de/prozess).

Leistungserschleichung?

Zwei Urteile zur Frage, ob »Schwarzfahren« auch strafbar ist, wenn es offen angekündigt wird, bringen weiterhin keine Klärung. In Göttingen wurde ein T-Shirt mit Aufdruck nicht anerkannt, weil das auch ein Spaß hätte sein könnten. Und in Jena verurteilte das Gericht trickreich wegen Hausfriedensbruch statt Leistungserschleichung.
Mehr Infos unter www.prozesstipps.de.vu.●

Jörg Bergstedt

AKTION 2008

Redaktion Heidelberg ● Im Monat Februar gingen weitere 316,20 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Seit Beginn unserer Spendenaktion sind somit 5.997 EUR eingegangen. Benötigt werden nun noch 1.329 EUR für das laufende Jahr. Herzlichen Dank!

Unsere Abostatistik sieht nun zum zweiten Mal in Folge nicht gut aus. Wie bereits im Januar gab es sieben Kündigungen: die Kündigung einer Fördermitgliedschaft aus finanziellen Gründen über 70 EUR, vier weitere Kündigungen, davon eine der GLS-Bank in Stuttgart, die unter Umständen unserem kritischen Beitrag zur Grundeinkommensdebatte mit dem Titel »Götz Werners anthroposophische Steuerreform« zuzuordnen ist. Götz Werner ist u.a. Aufsichtsrat der GLS-Bank. Zwei weitere Abos wurden eingestellt, weil sie »unbekannt verzogen« sind (dazu weiteres unten). Es gab ein Neuabo und das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 142+ Neuabos, die wir benötigen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.

Spendeneingänge:

- Michael Hillmann, Detmold (12 EUR)
- Attac Baden-Baden (40 EUR)
- Spende »Woche der Zukunftsfähigkeit«, Berlin (7 EUR)
- ÖkoLea, Berlin (18,20 EUR)
- Attac Ratschlag, Gladbeck (8 EUR)
- Markus Schallhas, Wien (86 EUR)
- Elisabeth Meyer-Renschhausen, Berlin (10 EUR)
- Spende »Open Fair«, Stuttgart (15 EUR)
- Felix Dania, Stuttgart (15 EUR)
- Klaus-Peter Dernbecher, Leutenbach (100 EUR)
- Daniel Enting, Berlin (5 EUR)

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Adressenänderungen

Leider gibt es immer wieder Probleme, wenn uns bei einem Umzug keine neue Anschrift bekannt gegeben wird. Schon wieder haben wir zwei verlorene Abos diesem Umstand zu verdanken. Bei einem unserer Schnupperabos schickten wir zwei Exmplare ins Leere, weil unsere Schnupperabonnentin nach der ersten Ausgabe ihre Wohnung wechselte. Ihr empörter Anruf ergab, dass sie einen Nachsendungsauftrag an die Post gesendet hatte. Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber nur eben dann. Noch häufiger kommt es vor, dass monatelang die Hausanschrift weiter beliefert wird, obwohl der/die EmpfängerIn längst verzogen ist.

Unsere herzliche Bitte: teilt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift mit!●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2008: 1.329 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 142+ Neuabos

KONGRESS-AUFRUF BUKO31 (9.-12.5.08 – PFINGSTEN – IN DORTMUND)

Dabei sein ist alles
Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse

Global gesehen stellt das Ruhrgebiet mit ca. 5.245.598 EinwohnerInnen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Ein internationalistischer Blick aus dem Ruhrgebiet auf die Welt zeigt jedoch: Überall findet Entrechtung statt. Zugegeben, Form und Ausmaß variieren, aber es gibt Gemeinsamkeiten unter den Betroffenen: Der Kampf um Teilhabe!

Wir stoßen z.B. auf Entrechtung im Krieg nach »Innen« und »Außen«, im Arbeitsalltag, an den EU-Außengrenzen oder aber im Umgang mit der Knappheit der Ressourcen. Aber welche Strategien der Teilhabe lassen sich dem entgegen stellen? Wie gehen Menschen z.B. in »Ländern des globalen Südens« mit Entrechtung um? Welche Ansatzpunkte bieten dortige Kämpfe um Teilhabe für andere Regionen?

Entrechtung? Rechte? Globale Soziale Rechte? Kann man Rechte festlegen und durchsetzen, die für jede/n Gültigkeit haben, trotz weltweit unterschiedlichen Bedürfnissen und Umsetzungsmöglichkeiten? Wer ist berechtigt, Rechte zu formulieren ohne zu bevormunden? Oder bestätigen wir mit solchen Überlegungen nur das gegebene Herrschaftssystem?

Auf dem BUKO31 soll es nicht nur um Entrechtung und Teilhabe gehen. Rückblickend auf Erfolge und Misserfolge der Kämpfe weltweit wollen wir über Handlungsspielräume diskutieren, die Debatten um Arbeitsmigration mit Arbeiterkämpfen in Beziehung setzen, der Dramaturgie der Naturkatastrophen und der daraus scheinbar legitimierten Entrechtung einen entschleunigten Prozess gegenüberstellen. Wo lassen sich zwischen den einzelnen Bereichen Brücken schlagen und Kräfte bündeln?

Habt Teil am Kick-Off-Strategie-Meeting im Pott! Kommt zum Kennenlernen, Wiedertreffen, Diskutieren und Feiern in die »Stollen und Zechen« und bringt die Grubenlampen mit!●

Es freut sich auf Euch die
BUKO31-Vorbereitungsgruppe Ruhrgebiet

Infos: http://buko31.blogsport.de
Kontakt: mail@buko.info

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Skannibal Party 7 / Red Banner

Das in Göttingen beheimatete und dem »Cable Street Beat-Netzwerk« (antifaschistisches Skinhead-netzwerk) nahestehende Label »Mad Butcher« hat sich in den vergangenen Jahren einen guten Ruf als Label für internationalen Ska und Streetpunk erarbeitet. Auf »Mad Butcher Records« sind bekannte antirassistische und kommunistische Bands wie »Klasse Kriminale« aus Italien oder »Brigada Flores Magon« aus Frankreich veröffentlicht worden – alles Bands, die von unzähligen Antifa-Festivals bekannt sein dürften.

Im letzten Herbst ist nun auf dem Label der siebetente Teil der Reihe »Skannibal Party« erschienen. Dieser Sampler beinhaltet 21 Tracks von Ska und Rocksteady-Bands aus aller Welt – u.a. »Cuban B« aus Israel, »The Streamers« aus Schweden, »Plenty Enuff« aus Tschechien und »Sin Sospechas« aus Venezuela. Ebenso breit wie die Auswahl der Bands ist die Bandbreite der Ska-Stile. Der Stil von »Sin Sospechas« ist so z.B. sehr stark am traditionellen, jamaikanischen Ska der 60s orientiert, während der sehr poppige Stil von »Cuban B« – nicht zuletzt aufgrund der Stimme ihrer Sängerin – stark an die Band »No Doubt« erinnert. Die Qualität der Beiträge ist dabei sehr unterschiedlich zwischen guter Mittelmäßigkeit und tanzbaren Hits. Spannend ist, dass es sich bei fast allen um noch weitgehendst im deutschsprachigen Raum unbekannte Combos handelt, die mensch noch nicht von jedem xbeliebigen Sampler kennt.

Neben dem Sampler hat »Mad Butcher Records« auch das mittlerweile dritte Album namens »No Ens Aturan« der spanischen – Entschuldigung: der katalanischen –Streetpunkband »Red Banner« herausgebracht. Musikalisch ist das dritte Album der Band leider weitgehendst lediglich mittelmäßig. Sie spielen einfachen, mittelschnellen Streetpunk ohne große Raffinessen. Zu ihrem Repertoire gehören neben den eigenen Songs u.a. eine eigenwillige Coverversion von Lou Reeds »Perfect day« sowie ein Cover von der legendären katalanischen Punkband »Pixamandurries«. Neben elf Songs als reguläres Album finden sich als Bonusmaterial weitere neun Songs, die von den beiden Vorgängeralben »Red Banner« (2001) und »Cataluyna Punks« (2005) stammen. Spannender als die Musik dürften die Texte der Band sein, in denen sie die Unterdrückung der Frau, Kritik des Katholizismus, Rock gegen die Reichen u.ä. Themen angreifen. Über die Qualität dieser Texte kann ich mich leider nicht äußern, da sie auf katalan gesungen sind. Selber verortet sich die Combo im Umfeld der Red & Anarchist Skinheads (RASH), einem linksradikalen Skinhead-Zusammenhang.

»Red Banner« muss man nicht unbedingt haben – die »Skannibal Party« lohnt sich hingegen schon. Hier erhält mensch einen interessanten Einblick in die internationale Ska-Szene und entdeckt dabei noch, die eine oder andere schwer in Deutschland erhältliche musikalische Perle. Bei den fairen Preisen von »Mad Butcher Records« kann mensch auch nicht viel falsch machen.●

DJ Chaoz

Weitere Informationen:
www.madbutcher.de & www.redbanner.cat

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SOLDATENGOTTESDIENST IM KÖLNER DOM

»Seit es Menschen gibt ...«

Das alljährliche Absegnen von NATO-Soldaten im Kölner Dom durch den Kardinal Meisner fand auch am katholischen »Weltfriedenstag« 2008 (10.1.) wieder statt – nicht ohne Begleitung durch antimilitaristische Aktionen in und vor dem Dom.

Redaktion Köln ● Als Kardinal Meisner in geistlich-militärischer Begleitung über die Domplatte auf das Hauptportal zuschritt, kam ihm der Tod aus dem Dom entgegen. Gegner seiner jährlichen Segnung der Kriegspolitik vor Hunderten von Soldaten und deren Kriegsoberhaupt Jung erwarteten im Dom die Ankunft des Gotteskriegers. Überraschend legten 15 Tote ihre Mäntel ab und schritten in Skelett-Kostümen mit einem Transparent »Der Tod dankt für die gesegnete Ernte« durch den Mittelgang aus dem Dom. Meisner näherte sich mit schmerzlich verzogenem Gesicht dem Ergebnis seiner Kriegspredigten. Zehn Meter vor dem Zusammentreffen drückte eine größere Zahl von Polizistinnen und Polizisten die Gruppe aus Meisners Richtung. Als der Kardinal in den Dom einzog, wurde ihm laut entgegengerufen: »Du sollst nicht töten!« und »Frieden schaffen ohne Waffen!«

Hinter einer weiträumigen Polizeiabsperrung vor dem Dom kommentierte eine wütende Menge die Ankunft der kreuzzüglerischen Vorbeter Kardinal Meisner und Kriegsminister Jung mit lautstarken Parolen und unbequemen Gesängen. Im Dom waren derweil die Feldjäger der Bundesarmy mit versprengten Einheiten der einzig wahren Clowns-Rebel-Army beschäftigt.

Der Tod wird von der Polizei über den Platz eskortiert Foto: arbeiterfotografie.com

Und was hatte der notorische geistige Brandstifter, der über seine christradikalen Waffensegnungen hinaus auch für seine fanatischen Feldzüge gegen Abtreibung und Homosexualität sowie für die mehrfache Verharmlosung des Holocaust bekannt ist, diesmal zu sagen?

Er warnte in seiner Predigt die vor ihm sitzenden Soldaten »vor einem leichtfertigen Umgang mit dem menschlichen Leben«. In der bisherigen Logik des Kardinals hieß das: Erst beten, dann abknallen. Denn: In betenden Händen sei die Waffe vor Missbrauch sicher, hatte der Gotteskrieger vom Rhein bereits 1996 geweissagt und Soldaten als »Verkünder der Wahrheit des Friedens« gelobpreist.

Die Wahrheit des Meisnerschen Friedens lautet dabei ganz unverhohlen KRIEG. Und das ist voll und ganz kompatibel mit der bundesdeutschen Friedenspolitik. Meisner nutzte den Glauben seiner Zuhörerinnen und Zuhörer, ihnen – religiös gefiltert – zentrale Aussagen des letzten Weißbuches der Bundeswehr (2006) einzutrichtern. Dort legte die derzeitige Bundesregierung unter anderem fest: die Sicherheitspolitik Deutschlands wird insbesondere von dem Ziel geleitet, »den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern.«

Und als seine anthropologische Maxime gab der Kardinal den Glaubenden mit auf den Weg: »Seit es Menschen gibt, gibt es auch Soldaten.«●

Über die Prozesse gegen AntimilitaristInnen im und vor dem Dom berichtet CONTRASTE im April.

Leicht gekürzt und aktualisiert aus:
http://de.indymedia.org./2008/01/204710.shtml
Weitere Infos:
http://de.indymedia.org./2008/01/204686.shtml

Mit Meisner für Nato und Vaterland
Soldatengottedienst im Kölner Dom
10. Januar 2008

»Pointiert könnte man formulieren: Seit es Menschen gibt, gibt es auch Soldaten.«
(Anthropologisches Finale von Meisners Predigt)

Zu Joachim Kardinal Meisners Ansage, seit es Menschen gebe, gebe es auch Soldaten, fertigte der Friedensaktivist Helmut Jaskolski diese Collage.

BREMEN: ILLEGALE FREIE SCHULE

Vier Jahre illegal zur Schule

Eine Freie Schule, die 28 Jahre illegal im »Viertel« in Bremen betrieben wurde, sorgte im letzten Herbst für bundesweites Aufsehen. Ronja Wöstheinrich, die inzwischen aufs Gymnasium in Verden geht, wurde in ihrer Grundschulzeit in der »Kischu« genannten Schule unterrichtet. Mit Tricks hatten die Eltern die Schulbehörden getäuscht und die Kinder nach dem Abschluss der »Kischu« unbemerkt auf weiterführenden Schulen angemeldet. Im Interview befragten wir Ronja Wöstheinrich über ihre Zeit an der illegalen Minischule.

Im Interview beantwortet uns Ronja Wöstheinrich alle Fragen zu ihrer Schulzeit in der »Kischu«

Hallo Ronja, wie lange bist Du auf die Kischu gegangen?

Von 1994 bis 2001.

War Dir als Schülerin klar, dass die Schule keine Genehmigung hatte?

Ganz am Anfang noch nicht so richtig. Als Kind versteht man das noch nicht so ganz, was das bedeutet »ohne Genehmigung«. Ich wusste schon, dass ich da nicht so drüber reden und den Namen nicht nennen sollte. Mir war schon irgendwie bewusst, dass das möglichst geheim gehalten werden musste, auch wenn ich die Hintergründe nicht so ganz genau verstanden habe.

Wie bist Du damit umgegangen? Gab es Probleme, wenn Freunde Dich gefragt haben wo Du zur Schule gehst? Was hast Du denen erzählt?

Damit hatte ich eigentlich keine Probleme. Wer denkt sich schon, dass eine Schule illegal ist. Da denkt ja niemand hin. Es reicht ja schon, wenn man sagt ich gehe auf die und die Schule, da fragt dann doch keiner »Hat die denn überhaupt eine Genehmigung?«.

Wie lief der Unterricht in der Kischu ab?

Sehr viel in Projekten und frei gestaltet. Wir hatten schon einen Stundenplan so mit Mathe, Deutsch und so weiter. Aber es gab auch viel freie Themenwahl, wo man selbst was erarbeiten musste, z.B. eigene Projekte oder Experimente.

Bist Du nach der Kischu direkt aufs Gymnasium nach Verden gegangen? Wie war die Umstellung für Dich? Gab es dabei Probleme?

Erst bin ich ein Jahr auf die OS und dann aufs Gymnasium. Was ich damals als am unterschiedlichsten empfunden habe, war der Umgang einerseits zwischen Lehrern und Schülern und andererseits der Schüler unter sich. Gerade dieses Leistungsorientierte, man wird eingestuft mit Noten von eins bis sechs und was man da bekommt, das ist man dann auch. Und unter den Schülern wurde Leistung als negativ bewertet mit so Sprüchen wie »Du Streber« und so. Neu war für mich auch die Cliquen-Bildung, dass welche ausgeschlossen oder gehänselt werden. Komisch fand ich auch, dass zu jedem Zeitpunkt festgelegt war, was man zu machen hatte, dann kam die Klassenarbeit und das war's. Da habe ich mich aber schnell dran gewöhnt. Und neu für mich war auch, dass es mehr Leute waren, die Schule war viel größer und man kannte nicht mehr jeden.

Gab es Punkte an denen Du gemerkt hast, das Dir fachlich was fehlte?

Nö, eigentlich gar nicht.

Hast Du Dir später manchmal gewünscht, dass Du lieber auf eine »normale« Schule gegangen wärst?

Eigentlich nicht. Ich denke die Schule war gut. Mir hat es dort jedenfalls gefallen. Im Prinzip fände ich es eher besser, wenn viel mehr Leute auf solche Schulen gehen würden.

Inzwischen warst Du schon in verschiedenen Zeitungen und sogar im Fernseben. Haben Deine jetzigen Mitschüler davon etwas mitbekommen? Wie reagieren sie darauf?

Ja, haben sie. Da kommen natürlich ganz viele Sprüche: »Ich habe Dich im Fernsehen gesehen, Du warst bei Günter Jauch!« Aber es gibt auch viele die nachfragen »Was war denn das eigentlich? Wie ging denn das?« Die meisten fragen, wie es denn möglich ist fast 30 Jahre eine illegale Schule zu betreiben, aber es gibt auch welche, die das sehr spannend finden und mehr wissen wollen.

Kannst Du was dazu sagen, was derzeit die neuesten Entwicklungen rund um die Kischu sind?

Es gibt jetzt einen neuen Verein, der einen Antrag zur Gründung einer Ersatzschule gestellt hat, der aber abgelehnt wurde. Dann haben die geklagt und warten, dass das entschieden wird. Deshalb wurde jetzt viel Öffentlichkeitsarbeit betrieben, damit sich das Verfahren beschleunigt, sonst bringt den Kindern, um die es jetzt geht, die Schule irgendwann nichts mehr.●

(uc)

In der CONTRASTE-Aprilausgabe beschäftigt sich unser Schwerpunkt mit dem Thema »Freie Schulen«. Titel: »Lernen geht (auch) anders«.

G8-REPRESSION – ANERKENNTNISURTEIL VOM VERWALTUNGSGERICHT SCHWERIN

Mit einem Anerkenntnisurteil entschied jetzt das Verwaltungsgericht Schwerin auf eine Klage eines Bonner G8 Gegners, dass der mehrtägige Platzverweis gegen ihn während des G8 Gipfels komplett rechtswidrig war. Der Bonner war damals in Bad Doberan in eine Polizeikontrolle geraten, daraufhin wurde ihm ein Platzverweis zwischen Kühlungsborn über Bad Doberan bis Nienhagen ausgestellt. Die Klage richtete sich im wesentlichen gegen die Willkür, mit der der Platzverweis begründet wurde. Anstatt dass, wie gesetzlich vorgeschrieben, eine konkret in der Person liegende Gefahrenprognose zugrunde gelegt wurde, hat man einfach einen in das Platzverweisformular hineinkopierten Textbaustein als Grundlage genommen, in dem auf eine allgemeine Gefährdung während des G8 Gipfels Bezug genommen wurde. Zudem war der Platzverweis nicht wie vorgeschrieben auf maximal eine Gemeinde begrenzt, sondern umfasste gleich fünf (!) Gemeinden.

In der Erwiderung auf die Klage erkannte die Polizeibehörde Kavala hier – wie schon zuvor bei mehreren anderen Klagen gegen Platzverweise – die Rechtswidrigkeit des Platzverweises sofort an. Damit wollte die Kavala, der die Haltlosigkeit der Platzverweise bewusst war, einem teureren regulären Richterurteil zuvor kommen. Zugleich beantragte die Kavala, die Kosten des Verfahrens dem Bonner Kläger aufzuerlegen. Genau dieses Begehren der Kavala wies das Verwaltungsgericht jedoch komplett zurück. Nach allgemein gültiger Rechtssprechung dürfen dem Kläger dann nicht die Kosten des Verfahrens auferlegt werden, wenn er davon ausgehen musste, dass er nur vor Gericht Schutz vor der Polizeimaßnahme erlangen konnte. Tatsächlich so urteilte nun das Verwaltungsgericht Schwerin, musste der Kläger davon ausgehen, dass die Polizei den Platzverweis tatsächlich durchsetzen würde, wenn der Kläger nicht vor Gericht zieht. Seine Klage war daher zur Rechtsverteidigung notwendig, deswegen müssen die Kosten für diese Rechtsverteidigung auch vollständig übernommen werden.

»Trotz dieses vollumfänglichen Sieges vor Gericht bleibt nach Auffassung der Klägerseite ein schaler Beigeschmack. Die Polizeitruppe Kavala hat es mit Hilfe von vielen hundert Platzverweisen geschafft, Datensätze von G8 GegnerInnen zu speichern. Es ist zu befürchten, dass trotz festgestellter Rechtswidrigkeit der Maßnahme diese weiter in den polizeilichen Gefährderdateien gespeichert bleiben und für zukünftige Gefahrenprognosen herangezogen werden«, so der Anwalt des Bonner Klägers Sebastian Nickel. Zudem hat die Polizei mittels der Platzverweise massiv in das Demonstrationsrecht eingegriffen und das Recht der Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt.

»Dass die Polizeiführung sofort nach Klageeinreichung ein Anerkenntnis des Klägerbegehrens ausspricht – und zwar gleich dutzendfach, zeugt davon, dass sie von der Illegalität der Polizeimaßnahme schon zum Zeitpunkt des Einsatzes überzeugt war«, so Dieter Rahmann von der Prozessbeobachtungsgruppe Rostock. Es ist skandalös, dass die für den Einsatz von bewusst illegalen Maßnahmen verantwortlichen Polizeiführer noch immer nicht von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden sind. Inwieweit durch dieses Urteil die anderen knapp 1.000 Betroffenen von Platzverweisen ermutigt werden, ebenfalls zu klagen und eine Riesenkostenwelle auf die Polizei zurollt, muss abgewartet werden.●

diego

GESCHICHTEN UND GEHEIMNISSE UM DAS TRANSGENE GERSTENFELD IN GIESSEN

Wie oft wird geschummelt?

»In der Nacht zum Mittwoch, dem 13.06.07, gg. 02:50 Uhr, wurde das für die Biosicherheitsforschung angelegte Feld mit gentechnisch veränderter Gerste der UNI Gießen im Alten Steinbacher Weg von unbekannten Tätern beschädigt. Sie überstiegen die äußere Umzäunung, durchschnitten den inneren Zaun und zogen Pflanzen heraus. Bei den Tätern soll es sich um drei unbekannte männliche Personen gehandelt haben, die von einem Zeugen gesehen wurden. Der Umfang des Sachschadens steht noch nicht fest.« So lautete eine Pressemeldung der Gießener Polizei am Tag nach dem Geschehen. Das zerstörte Feld mit transgener Gerste war nicht das erste Genversuchsfeld im Raum Gießen. Doch die Tradition von Feldversuchen begründete auch eine Tradition direkter Aktionen – und eine stark auf grundsätzliche Kritik herrschaftsförmiger Technik ausgerichtete Kritik.

Jörg Bergstedt ● Bereits Mitte der 90er Jahre ließ die damalige Firma »AgrEvo« im mittelhessischen Melbach (Wetteraukreis) an Maispflanzen forschen. Mehrere Jahre wurde das Feld besetzt, Türme und Hütten entstanden. Räumungen und Aussaaten unter Polizeischutz folgten, aber immer auch die spätere Zerstörung des Feldes durch Unbekannte. Später trat die Universität und ihr unerschrockener Kämpfer für die Manipulation von Genen in Nutzpflanzen, Prof. Friedt, auf den Plan. Versuche mit Raps auf Äckern des Versuchsgutes in Rauischholzhausen standen auf dem Programm. Doch auch hier folgte der Misserfolg: Die Flächen wurden zweimal zerstört.

Jahre ohne öffentlich sichtbare Versuchsflächen gingen ins Land – aber nicht ohne Forschungen in Laboren. Die Durststrecke wurde 2006 durchbrochen. Prof. Kogel und Team vom Institut für Phytopathologie meldeten einen dreijährigen Versuch mit transgener Gerste an. Der solle der Biosicherheitsforschung dienen – behauptete Kogel. Unerwünschte Wirkungen auf nützliche Bodenorganismen wie den Mykorrhiza-Pilzen sollten ebenso untersucht werden wie verbesserte Brau- und Futtereigenschaften. So jedenfalls stand es im Genehmigungsbescheid, doch der Verlauf des Versuches und die Aktionen gegen die Gentechnik ließen daran immer stärkere Zweifel aufkommen. So entstand eine bemerkenswerte Debatte um Ziele von Gentechnik, Propagandatricks, Forschungsgelder und eine mitunter absurde Alltagspraxis im Umgang mit der Risikoforschung.

Am 18. Oktober 2005 beantragte die Universität Gießen die Ausbringung transgener Gerste in den Jahren 2006 bis 2008. Ein halbes Jahr später genehmigte die zuständige Bundesbehörde BVL das Projekt. Kurz danach waren die Gerstensamen in den Boden gebracht. Die Uni hatte nicht vergessen, Sofortvollzug zu beantragen. Während sich Prof. Kogel mit professionellen Auftritten und Medienarbeit behauptete, für Kommunikation und Transparenz eintreten zu wollen, hatte er auf eine Information selbst der direkten Nachbarn des Feldes verzichtet und per Sofortvollzug jede Möglichkeit verhindern wollen, dass Menschen oder Institutionen seinen Versuch verhindern oder auch nur verzögern könnten. Das BVL kam Kogels Wunsch sichtbar gerne nach und begründete den Sofortvollzug mit einem bemerkenswerten Zirkelschluss: »Bei der Abwägung der sich gegenüberstehenden Interessen ist zu berücksichtigen, dass etwaige Rechtsbehelfe mit erheblicher Wahrscheinlichkeit erfolglos bleiben werden.« Gefördert wurde das Vorhaben aus den Töpfen des Programms zur Biosicherheitsforschung. Das sei »eine absolute Frechheit«, es gehe vielmehr um reine Produktforschung, kommentierte Gentechnikexpertin des BUND, Heike Moldenhauer.

Unseriös wirken viele Bemerkungen des Versuchsleiters. So teilte er der Öffentlichkeit mit: »Es gibt ja keine Probleme mit Auskreuzungen, weil die Gerste zu 99 Prozent Selbstbestäuber ist.« Im Bescheid steht jedoch, dass die Auskreuzung »meist« unter 2 Prozent läge, »bei trockener und warmer Witterung« könne die Quote auch höher sein.

Im Frühjahr, noch vor der Aussaat, kündigten mehrere Personen öffentlich an, den per Sofortvollzug durchgeboxten Versuch durch eine direkte Aktion wieder zu beenden. Sie verbanden das mit einer Kritik an Gentechnik, die das Herrschaftspotential der Technik in den Mittelpunkt stellte. Durch die Patentierung von DNS-Sequenzen ließe sich Leben unter Patentrecht stellen, der Saatgutmarkt könne kontrolliert und durch künstliche Verknappungstechnologien ein Maximalprofit auf Kosten der Menschen erzielt werden. Noch gefährlicher seien Technologien zur Steuerung sozialer Prozesse (Biopolitik, Reproduktionskontrolle).

Die offensive Ankündigung einer direkten Aktion und die umfassende Kritik der Gentechnik holte das zunächst weitgehend unbekannte Vorhaben aus der Versenkung mit dem Höhepunkt, dass am angekündigten Aktionstag, dem 2. Juni 2006, vier Personen die Anlage mit gentechnischer Gerste angriffen. Polizeieinheiten stürmten hinterher und überwältigen die GentechnikgegnerInnen genau auf der 9,6 Quadratmeter großen Versuchsanlage. Die Schäden waren enorm. Während die »FeldbefreierInnen« in Unterbindungsgewahrsam genommen wurde, fluchte Versuchsleiter Kogel zunächst über die großen Schäden. Auch am Ende der Vegetationsperiode prägten Berichte über die Schäden die Darstellung nach außen. So musste die Gerste deutlich verfrüht geerntet werden, Teile der Versuche konnten nur noch begrenzt ausgewertet werden. In der Strafanzeige machte die Uni 55.000 Euro Sachschaden geltend. Doch wie von selbst konnte das bis Anfang 2007 geheilt werden. Kogel verkündete plötzlich als neue Propaganda, dass der Versuch schon nach dem ersten Jahr – obwohl zertrampelt – bewiesen hätte, »dass es keine negativen Nebeneffekte für die Umwelt gibt.«

So entstand der Verdacht, dass der Versuch unwissenschaftlich durchgeführt wird oder schlicht eine Täuschung vorliegt, d.h. der tatsächliche Versuch ganz anderen Zielen dient als an den angegebenen. Die Abläufe im Jahr 2007 verstärkten den Eindruck. Kogel hatte vor Beginn gesagt: »Es geht uns darum, die Effekte von Transgenen gegenüber Bodenorganismen zu untersuchen«, wobei im Mittelpunkt die Frage »um schädliche Auswirkungen auf nützliche Pilze wie Mykorrhiza, die den Wurzelraum von Nutz- und Wildpflanzen besiedeln«, stände. Trotzdem sollte schon das Zertrampeln der Fläche 2006 ohne Wirkung gewesen sein.

Das Gen-Gerstefeld am Alten Steinbacher Weg in Gießen nach der angekündigten Feldbefreiung am 2. Juni 2006

Kurz vor der Aussaat am 28.3.2007 verkündete dann ein anonymer BekennerInnenbrief, dass der Boden der Versuchsfläche verseucht worden sei. Gegenüber der Frankfurter Rundschau äußerte Kogel ohne jegliche Bodenuntersuchung, dass keine Störung vorliege und begann sofort mit der Aussaat – die Zeitung glaubte es. Für einen Versuch, der Bodenorganismen und die Mykorrhiza im Boden genau erforschen will, hätte man anderes erwarten können. So verstärkten sich die Zweifel an den Versuchszielen und mehrere Personen reichten bei den zuständigen Stellen (BVL, Regierungspräsidium) Schreiben ein, wegen fehlender fachlicher Qualifikation oder Zuverlässigkeit des Versuchsleiters das Experiment zu stoppen. Erwartungsgemäß ging keine Stelle den konkreten Eingaben nach. Dabei hatte die BVL im Bescheid vom 3.4.2006 noch genau andersherum argumentiert, als es anders nützlicher war. Der Sofortvollzug wurde damit begründet, dass eine verspätete Aussaat »die Aussagekraft der Versuchsergebnisse schmälern bzw. gänzlich in Frage stellen würde«. Jetzt war selbst das Zertrampeln und eine mögliche chemische Verseuchung des Bodens völlig irrelevant und die diesbezüglichen Aussagen des Versuchsleiters gaben »keinen Anlass, die Sachkunde von Herrn Prof. Kogel anzuzweifeln«.

Die Medien berichteten über die Eingaben und Vorgänge überwiegend nicht oder nur aus Sicht der Versuchsleitung. Unabhängige Berichterstattung blieb aus – ein kritischer Journalist wurde am Zaun des Feldes beim Fotografieren sogar festgenommen. Die Universität Gießen dehnte ihre Versuche sogar noch aus und legte ein Feld mit Versuchen mit Mon810-Sorten an.

Prof. Kogel war zwischenzeitlich Uni-Vizepräsident geworden und wartete mit der nächsten Überraschung auf: Hatte er 2006 noch seinen Gengersteversuch verteidigt, in dem er ihn als risikolosen Versuch wegen der vermeintlich auszuschließenden Auskreuzung lobte, so verteidigte er plötzlich auch den Versuch mit dem stark auskreuzenden Mais. Versuchsdurchführender war sein als Gentechnikbefürworter seit Jahren auftretender Prof. Friedt.

Den offensichtlichen Tricks und Täuschungen machten in beiden Fällen unbekannte TäterInnen in direkter Aktion ein Ende: Sowohl das Mais- wie auch das Gerstefeld wurden zerstört. Ungeklärt blieb bei der Gerste, wie das überhaupt gelingen konnte. Das Feld war mit zwei Zäunen, Security-Bewachern, Flutlicht, Videoüberwachung und Wachhund gesichert. Ebenso konnten die mysteriösen Hintergründe des Gersteversuches nicht weiter aufgeklärt werden: Was wird da eigentlich geforscht? Sind die tatsächlichen Versuchsziele verschwiegen worden oder die realen Ergebnisse völlig unwichtig, weil ohnehin geschönt wird, um ein gewünschtes Resultat zu bekommen?

So begann das dritte Jahr des angemeldeten Versuchszeitraumes mit einigen offenen Fragen. In welch weitere absurde Höhen wird das Sicherheitskonzept für das Feld getrieben? Mehrere Monate zwischen Aussaat und Versuchsabschluss müssen geschützt werden. Aufmerksam wird auch zu verfolgen sein, wie Versuchsleiter Kogel weiter versuchen wird, den bereits zweimal zerstörten Versuch als Erfolg darzustellen, um sein Renomée und seine Forschungsgelder zu retten.

Wichtiger aber könnte etwas ganz anderes werden: Am 7. April soll der Prozess gegen die vier FeldbefreierInnen des Jahres 2006 beginnen. Richter Wendel hat mit der Planung für bereits mehrere Verhandlungstage ein Signal gesetzt: Es könnte der erste Prozess um Feldbefreiungen werden, in denen nicht nur den sogenannten »TäterInnen« Verständnis entgegengebracht wird, um sie dann doch kurz und bündig abzuurteilen. Sondern es bietet sich der Raum, die Gentechnik insgesamt und den konkreten Versuch im Besonderen genau daraufhin zu durchleuchten, wieweit sie überall rechtmäßig sind. Ist die gesetzlich vorgeschriebene Koexistenz gewährleistet? Stellt die Gentechnik einen Verstoß gegen naturschutz- und grundrechtliche Vorgaben dar? Wurde beim Versuch geschummelt, gelogen und nachlässig gearbeitet?

Der Gießener Prozess kann eine bisher einmalige Verdichtung der Debatten um Risiken der Gentechnik, der mit ihrer Anwendung verbundenen Steigerungen von Abhängigkeiten und Machtverhältnissen sowie der Frage von Koexistenz und des Schutzes konventioneller und ökologischer LandwirtInnen, ImkerInnen und PflanzenzüchterInnen aufzeigen. Zudem spricht viel dafür, dass es noch um mehr gehen könnte – um die Glaubwürdigkeit der Gentechnikforschung in Gießen und überall.

Mit Prof. Kogel tritt ein sich seriös gebender Gentechnikforscher in den Zeugenstand. Der bisherige Verlauf seiner Versuche deutet an, dass hinter der Fassade von Biosicherheitsforschung und moderater Sprache verschleierte wirtschaftliche Interessen, Täuschung der Öffentlichkeit und viel Pfusch in der Anwendungspraxis stehen. Und viel mehr Versuche, als die Uni Gießen bisher öffentlich zugab. So zeigt ein Blick allein in die Vergabeliste von Forschungsgeldern, dass die Universität auch an Wein und Raps bastelt, zudem ist sie am Weizenversuch in Gatersleben beteiligt. Wer wo was verschwiegen, getäuscht oder gar gelogen hat, gilt es im anlaufenden Gerichtsprozess zu klären. Ab dem 7. April im Amtsgericht Gießen.●

Mehr Informationen unter
www.gendreck-giessen.de.vu.

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Kampagne Unvermittelt

Arbeit, Tun und Handeln in unserer Gesellschaft

Selbstbestimmt Arbeiten ist ein umfassendes, kollaboratives Tätigsein, das die Tätigen und deren Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und nicht den übersättigten Erwerbsarbeitsmarkt mit seinem zweifelhaften Angebot. Grundlegend für diesen Ansatz ist eine kritische Haltung gegenüber der traditionellen Koppelung von Arbeit und Gelderwerb. Die »workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V.« beschäftigt sich seit 1998 kritisch und unkonventionell mit den Themen Arbeit, Existenzsicherung und Lebensgestaltung. An der Schnittstelle von Kunst, Kultur und Sozialem entwickeln Interessierte individuell und gesellschaftlich tragfähige Lebensentwürfe. Dabei setzen sie sich nicht nur kritisch mit dem bestehenden Erwerbssystem und dem tradierten Arbeitsbegriff auseinander, sondern zeigen Alternativen auf und leben und realisieren diese in diversen Projekten.

Die InitiatorInnen der Kampagne »Unvermittelt« laden ein, sich am Diskurs um Arbeit zu beteiligen. Durch verschiedene Veranstaltungen und eine einmonatige multimediale Werbekampagne sowie deren wissenschaftliche Evaluation rund um die Schlagworte Wertkritik, Grundeinkommen, keine Vollbeschäftigung, Ehrenamt, Nichtarbeit und Nichtstun, Selbstbestimmung und Teilhabe, Generation Praktikum und anderen, möchten sie dem Thema ein Forum geben. In Zusammenarbeit mit der »Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst« (NGBK) Berlin werden die Kampagneergebnisse in einer Ausstellung gezeigt. Natürlich ist bereits in unterschiedlichen Gremien und Institutionen eine Diskussion über mögliche alternative Arbeitsmodelle und deren Notwendigkeit, Probleme und Chancen im Gange. Aber gerade aus der Praxis des selbstbestimmt Arbeitens in unserem Alltag, der auch nach wie vor von traditionellen Arbeitsstrukturen bestimmt ist, ergeben sich immer wieder Fragestellungen und Probleme, die es sich lohnt, im breiten Diskurs zu besprechen.

Die »workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V.« hat etliche Fragen, Probleme und Lösungsvorschläge rund um das Thema Arbeit in ihrem mittlerweile zehnjährigem Erfahrungsschatz gespeichert. Im Zuge der Kampagne »Unvermittelt« wird dieser Fundus von KünstlerInnen bearbeitet, von WissenschaftlerInnen ausgewertet, in die internationale Diskussion neuer Arbeitsformen eingebracht und so endlich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.●

Katja Grabert für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

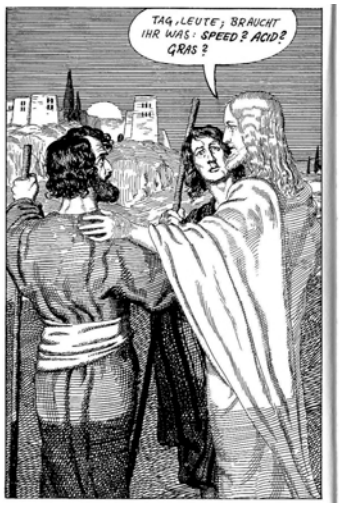
GERHARD SEYFRIED – DER ZEICHNENDE HERODOT DER ANARCHO-SZENE WIRD 60

»Freakadellen und Bulletten«

Seit über 40 Jahren hat der 1948 in München geborene Zeichner Gerhard Seyfried die Freak- und Anarcho-Szene in Form von Comics und Cartoons porträtiert. Vor allem seine Cartoons, die er zwischen 1972 und 1976 für »Das Blatt«, ein linksradikales Münchener Stadtmagazin (1), verfasste und die später unter dem Titel »Wo soll das alles enden« (1978) entgegen den eigenen Erwartungen zu einem Bestseller mutierten (über 300.000 verkaufte Exemplare), machten ihn über die Münchener Szene hinaus bekannt.

Von Maurice Schuhmann ● Die Cartoons von knollnasigen Polizisten, langhaarigen Freaks, kiffenden Hippies und dem kleinen bärtigen Anarcho mit spitzem Hut und Bombe gehörten viele Jahre zum klassischen Layoutmaterial von linken Flugblättern, Fanzines und Schülerzeitungen (und wurden erst in den letzten Jahren leider durch die Fokussierung auf japanische Mangacomics verdrängt). Zu dieser Zeit hatte der gebürtige Münchner bereits seinen Wohnsitz in die Szenehochburg Berlin verlagert, die ein ungeheures Potential an Stoff für Comics und Cartoons lieferte. Ein Jahr nach seinem Debüt erschien bereits ein zweiter Band mit Karikaturen – »Freakadellen und Bulletten«.

Später, ab Mitte der 80er Jahre, folgten inspiriert durch die Freundschaft mit dem amerikanischen Zeichner Gilbert Shelton (»The Fabolous Freak Brothers«) (2) die ersten Comicalben – »Invasion aus dem Alltag« (1980), »Das schwarze Imperium« (1984), »Flucht aus Berlin« (1990) und in Zusammenarbeit mit seiner Kollegin Ziska Riemann die Werke »Future



Subjunkies« (1991), »Spacebastards« (1993) sowie »Spaceship Eden« (1999). In ihnen taucht immer wieder die linke Befindlichkeit seiner Zeit auf, die er als zeichnender Chronist anfangs als aktiver Teilnehmer der Anarchobewegung und mittlerweile aus sicherer Entfernung begleitet. Detailreich mit viel Wortwitz kommentierte er darin Politik und Gesellschaft seiner Zeit. Im Gegensatz zu dem von ihm porträtierten Comiczeichner in »Flucht aus Berlin«, der sich auf die Suche nach der ultimativen Geschichte begibt, mangelt es ihm nicht an Ideen für seine Stories – lediglich an einem Verlag, der ihm einen Vorschuss für einen neuen Comic gewährt.

Im vergangenen Jahr sind diese Comics alle als Sammelband beim Verlag Zweitausendeins erneut veröffentlicht worden. Ein zweiter Band mit den gesammelten Cartoons befindet sich bereits in Arbeit und soll gemeinsam mit seinen Plakaten und Entwürfen im September diesen Jahres erscheinen.

Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Ziska, aus der mittlerweile drei Comics hervorgingen, ist ein eigenes Kapitel in der Biographie Seyfrieds. Über die Entstehung der Zusammenarbeit zwischen den beiden gibt es viele Stories – u.a. von brennenden Mülltonnen, die zu ihm sprachen. »Die Wahrheit ist, dass ihr Vater sie zu einer Ausstellung von mir am Scharmützelplatz geschleift hatte und mich fragte, ob sie zeichnerisches Talent habe. Sie stand hinter ihm und sagte nur: »Halt die Klappe!«. Ich hatte keine Zeit und habe ihr meine Telefonnummer gegeben. Sie hat sich dann gemeldet, als sie einen kleinen Auftrag hatte und beschissen wurde, und fragte, was man da machen könne. Dann ist auch schon bald der Band »Future Subjunkies« erschienen. Sie war ein ganz junges, frisches Blut, was ich auch brauchte. Sie hatte ganz andere, neue Ideen hereingebracht. Ich hatte die Schnauze voll nach dreißig Jahren immer noch Freaks zu malen, die hinter der Polizei her rennen und umgedreht.« Neben Ziska hat er lediglich mit Gilbert Shelton und Hansi Kiefersauer kollegial zusammengearbeitet.

Ein redundant auftauchendes Thema in seinen Geschichten ist die Legalisierung des Hanfs – auch wenn er mittlerweile dieses Thema etwas kritischer als früher und mit weniger Pathos betrachtet: »Man kann das Zeug nicht jedem empfehlen – z.B. Kindern nicht. Drogen setzten schon einen reifen Umgang mit ihnen voraus. Das sind Dinge, die wir damals nicht bedacht haben. Mir ist es aber immer noch lieber die Jugendlichen kiffen – als das sie saufen, aber die Gefahr besteht, dass sie beides tun. [...] Dennoch, es ist ein verdammt geiles Zeug!« Auch heute noch schwärmt er von dem Dope, dass er mit Gilbert Shelton in Amerika während der künstlerischen Arbeit geraucht hat.

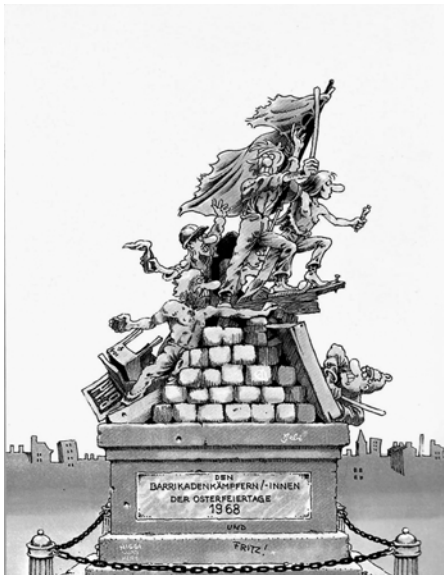
Neben seinen Comics und Cartoons sind im Berliner Stadtbild auch immer wieder Plakate aus seiner Feder zu bewundern – Auftragsarbeiten sowohl für die Partei Bündnis 90 / Die Grünen, den DGB, den Kabarettisten Arnulf Rating (ex-»Die 3 Tornados«) (3) oder gar die Evangelische Haupt-Bibelgesellschaft Berlin. Auf den Vorwurf des Ausverkaufs, der von Teilen der radikalen Linken geäußert wird, entgegnet er trocken: »Man muss ja von irgend etwas leben – und die Grünen zahlen ja schlecht. Außerdem habe ich nichts gegen die Bibelgesellschaft und die Kirche – solange sie mich in Ruhe lassen und Aufträge geben. Ich bin auch mit einem evangelischen Pfarrer in Kreuzberg befreundet – meinerseits bestehen da keine Berührungsängste.« Mehr als die Bibelgesellschaft war die Berliner Linke ein Aufschrei bezüglich der Wahlplakate für Christian Ströbele. »Ströbele ist buchstäblich der einzige Politiker für den ich was machen würde. Von dem kann man halten, was man will, aber er ist ehrlich und aufrecht. Er setzt sich ein und fährt Fahrrad. Er lebt, was er predigt...und das ist bei Politikern extrem selten – und nicht nur bei denen.«

Seit ein paar Jahren macht Seyfried nun auch als Romanautor von sich reden. Sein sehr erfolgreicher Debütroman »Herero« (2003), der vor dem historischen Hintergrund des Hereroaufstandes im Jahre 1904 spielt, zeigt eine ganz andere Seite des Comiczeichners. Aus der Sicht eines deutschen Kartenzeichners, der nach Namibia geht und dort mit Themen wie Rassismus und Kolonialismus konfrontiert wird, beschreibt er das Land und die deutsche Kolonialgeschichte. Ein Jahr danach erschien bereits mit »Der schwarze Stern der Tupacamaru« (2004) ein stark autobiographisch eingefärbter zweiter Roman beim Eichbornverlag. Im Mai diesen Jahres wird nun sein dritter Roman »Gelber Wind« erscheinen, in dem er sich vor dem Hintergrund einer Liebesgeschichte der Aufarbeitung des sogenannten chinesischen Boxeraufstandes des Jahres 1900 / 1901 widmet – »mitten im Chinajahr«, wie er fröhlich feixend erwähnt.

Was auf den ersten Blick wie ein Bruch wirkt – weg vom Zeichnen hin zur Literatur – sieht Seyfried selber als logische Konsequenz. »Im Grunde ist das nur konsequent, weil ich immer schon Geschichtsschreiber war – auch in meinen Comics und Cartoons. Das ist zumindest zurückblickend immer schon Geschichtsschreibung gewesen. Mein Hobby war auch schon immer Geschichte, worüber ich aber mit keinem Genossen sprechen konnte. [...] Es gab auch immer eine gewisse Überfütterung mit der Nazizeit – und ich habe mich auch immer dafür interessiert, was war davor, wie hat sich das Land dahin entwickelt. Das war immer so eine Nebenschiene, die in mir geschlummert hat. Ich habe immer nur darüber gelesen.

1999 wurde ich dann zusammen mit meiner Kollegin Ziska nach Namibia eingeladen, um dort vor lauter Deutschlehrern über die Anwendung von Comics im Sprachenunterricht zu sprechen. Da bin ich dann auf die ganzen Spuren der deutschen Vergangenheit gestoßen, was mich sehr fasziniert hat. Namibia war sozusagen der deutsche Wilde Westen. Es hat sich ungefähr dasselbe abgespielt wie in Amerika – nur halt mit Maggieflaschen und so einem Zeug.« Er beschreibt aus der Sicht eines deutschen Einwanderers die Ereignisse – ohne die Moralkeule zu schwingen. Ihm geht es um die Frage, wie normale Menschen in eine solche Situation hineingeraten. Ursprünglich war lediglich ein Artikel zum Thema geplant, aber die Fülle des Materials ließ es bald zu einer ganzen Serie anwachsen, so dass auch die Überlegung aufkam, es als Comic aufzuarbeiten, bis schließlich der Entschluss feststand, dieses für ein Buch aufzuarbeiten. Hier war auch ursprünglich die Überlegung, es als militärhistorisches Fachbuch zu verfassen – den kommerziellen Interessen des damaligen Verlagschefs vom Eichborn-Verlag sei Dank, dass das Thema schließlich als Roman aufgegriffen wurde.

»Es war auch der Reiz da, Dinge, die man sonst zeichnet, nur mit Worten zu beschreiben. Ich bin zwar gewarnt worden, dass man mit Büchern noch weniger verdient als mit Comics. Aber ich hatte Glück und Herero hat sich gut verkauft, so dass es mich ein paar Jahre getragen hat. Das ist auch ein Grund, warum ich dabei geblieben bin. Mit den Comics nage ich immer am Hungertuch. Mit zunehmenden Alter wird das irgendwie lästig. Reich wird man davon zwar nicht, aber es ist ein regelmäßigerer Geldfluss.« Wie auch sein neuer Roman spielt auch die Liebe in diesem Roman eine wichtige Rolle. Darauf angesprochen erklärt er: »Ich war am Anfang dagegen und dachte, dass dies Scheiße wäre. Aber ich muss sagen, dass man die Sache damit besser transportiert als wenn man es rein sachlich erzählt. Man fühlt mehr mit und es gibt Emotionen, die man mit einem Sachbuch nicht erreicht.«



Ein weiteres Standbein des in Berlin lebenden Zeichners ist die gestalterische Tätigkeit (u.a. gestaltete er gemeinsam mit Ziska die Douglas Adams-Gesamtausgabe beim Verlag Zweitausendeins), die journalistische Tätigkeit für Stadtmagazine (Tip, Zitty), Tages- (Tagesspiegel, taz) und Wochenzeitungen (Zeit) und – wie er schmunzelnd anfügt, seine Tätigkeit als Übersetzer (u.a. das Drehbuch für einen Freak Brothers-Film) und Militärberater für journalistische Kollegen, denen er erklären muss, was eine Legion ist, sowie als Drehbuchautor. Bei der Tageszeitung taz verfügt er bereits über seinen eigenen Webblog (http://taz.de/blogs/zeichen-blog/), in dem er in regelmäßigen Abständen seine Gedanken über die Lage der Nation verkündet. Das Marburger Literaturarchiv ist bereits mit der Archivierung dessen beschäftigt...

An Ideen für die Zeit nach der Veröffentlichung dieses Buches mangelt es ihm nach wie vor nicht. Neben einem anvisierten Urlaub in Italien werden sich seine Fans vielleicht auch bald über eine Fortsetzung von der »Future Subjunkie«-Reihe freuen können – eventuell auch mit einem Spionageroman, der in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg spielt...

Anlässlich seines 60. Geburtstages, um den er sich nicht wie um seinen 50. drücken konnte, zeigt die Galerie »Vorspiel« (Falkensteinstraße 47, HH, 1. OG, Berlin-Xberg) ab dem 14. März 2008 in einer Ausstellung unter dem Titel »Freakadellen und Bulletten« viele bislang unveröffentlichte Zeichnungen und Entwürfe aus der Feder Seyfrieds. Zur Vernissage werden neben ihm persönlich u.a. Christian Ströbele eine Laudation halten und Ziska mit ihrer Band ein Ständchen spielen. Außerdem wird es ein thematisch passendes Büfett geben – dem Zeitgeist entsprechend auch mit vegetarischen Bulletten. Die Ausstellung läuft bis zum 10. April und ist jeweils mittwochs bis sonntags von 18 bis 22 Uhr geöffnet. Für das kommende Jahr ist bereits eine größere Werkausstellung in Planung.●

Weitere Infos: www.seyfried-berlin.de

1) Das »Blatt« gilt als Urvater der Stadtzeitungen. Mittlerweile gibt es im Internet unter http://blatt-blog.blogsome.com/ einen VeterannInnenzirkel von der ehemaligen Crew, die sich damals regelmäßig mit polizeilichen Besuchen konfrontiert sah.

2) Seyfried hat selber eine Geschichte des legendären Hippie-Trios mit dem Titel »Phineas' Big Show« gemeinsam mit Gilbert Shelton und Paul Mavrides gezeichnet.

3) Für die anarchistische Kabarettgruppe »Die 3 Tornados« hat Seyfried auch das Cover für das Album »Totalschaden« (1985) gezeichnet. Es ist bislang das einzige Albumcover einer Band, das er gestaltet hat.

REZENSIONEN

1968 im Interpretationsstreit

30 Jahre Deutscher Herbst, 40 Jahre 68: Gedenktage und Jubiläen reihen sich aneinander, wie schon Jahrzehnt um Jahrzehnt zuvor tobt der Deutungskampf um die Revolte – deutlich müder allerdings, wie noch vor einigen Jahren. Während sich der omnipräsente Daniel Cohn-Bendit im Vorgriff des kommenden 68er-Jubiläums mit der Co-Herausgeberrolle eines Sammelbandes begnügt, legt Ex RAF-Kader Karl-Heinz Dellwo ein ausführliches biografisches Gespräch vor.

Das Jahr 1968 sei »ein schwieriger, ein schillernder, ein umstrittener Erinnerungsort«, so Daniel Cohn-Bendit und Rüdiger Dammann in der Einleitung ihres Lesebuches über die Revolte. Der Kampf um die Deutungshoheit beginnt hier schon bei der Eingrenzung des Erinnerungsortes: Für Cohn-Bendit und Dammann ist 68 in Anlehnung an Gerd Koenen Chiffre für das »Rote Jahrzehnt« zwischen dem 2. Juni 1967 – dem Todestag von Benno Ohnesorg – und dem 18. Dezember 1977 – dem Todestag von Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader. Innerhalb dieser Markierungen machen sie ein Aufbegehren aus, das in der von ihnen behaupteten Allgemeinheit allerdings vollends die Richtung verliert: »Im Kapitalismus begehrte die Jugend gegen den Kapitalismus auf, im Kommunismus gegen den Kommunismus und in Spanien oder Griechenland gegen die Diktatur. Zwar ging es überall gegen die Macht der 'alten' Ordnungen, aber diese Ordnungen waren durchaus unterschiedlich, und entsprechend variierten auch die Zielrichtungen der Protestbewegungen.«

Gabriele Gillen widmet sich in dem interessantesten Beitrag des Bandes der sexuellen Revolution und entdeckt gerade in diesem, gemeinhin mit Freiheit und der Bekämpfung von Moral gleichgesetzten Themenfeld die erzieherischen und wertebildenden Aspekte der 68er. Sie unterstützt damit die derzeit populäre These von der Entstehung einer alternativen Bürgerlichkeit durch die Revolte: »Die Idee der antiautoritären Erziehung, zu der die sexuelle Revolution, also der Widerstand gegen eine als Herrschaftsinstrument missbrauchte Sexualmoral gehört, hat ihre Betonung nicht nur auf 'antiautoritär', sondern auch auf 'Erziehung'. Dahinter steht die Hoffnung, zerstörte Werte zurückzugewinnen, das heißt, jenen Fähigkeiten und Eigenschaften erneut einen Wert zuzuschreiben, die in der Gehorsamskultur des Nationalsozialismus erstickt worden sind.«

Viele Beiträge fallen durch Wiederholungen auf. Wären an die Autoren klare Themenstellungen vergeben worden, könnten einzelne Aspekte wirklich detailliert behandelt werden, statt immer wieder Geschichten und Geschichtchen vom Schah-Besuch, von der Kommune I und dem Vietnamkongress zu reproduzieren. So wirkt mancher Artikel wie der Bericht eines Zeitzeugen, den man eben erzählen lässt – und ihn gerade dadurch auch nicht mehr sonderlich ernst nimmt. Überhaupt verhindert der Lesebuchcharakter des Bandes – keine Fußnoten, keine Quellenangaben oder Literaturlisten –, Zitate, Nacherzählungen oder vermeintliche Fakten zu überprüfen.

Auf was Cohn-Bendit und Dammann verzichtet haben, kommt bei Tina Petersen und Christoph Twickel, den beiden Journalisten, die den Gesprächsband mit Karl Heinz Dellwo initiiert haben, deutlicher zum Tragen: eine editorisch strenge Hand. Dellwo gelingt es so, fokussiert auf zentrale Fragen zu seinem persönlichen Werdegang wie dem der RAF einzugehen. Er selbst gerät im Zuge einer Hausbesetzung in Hamburg Anfang der Siebziger Jahre in den Bann der bewaffneten Gruppe und schließt sich 1975 den Besetzern der bundesrepublikanischen Botschaft in Stockholm an. Die Aktion kostet zwei Botschaftsangehörigen sowie zwei Besetzern das Leben, Dellwo verbüßt darauf 21 Jahre Gefängnisstrafe. Auf den ersten Blick ein nahezu klassischer Werdegang: Repressions- und Hafterfahrungen als Hausbesetzer, Rote Hilfe- und Anti-Folterkomiteearbeit, Weg in die Illegalität, eine gescheiterte Aktion und Jahre der Haft unter mehr als fragwürdigen Bedingungen.

Mai 1968 in Paris — Foto: Michel Baron

Dennoch, Dellwos Geschichte verdeutlicht, dass es keineswegs bloß jenes diffuse »Dagegen«, das Cohn-Bendit und Dammann in ihrem Buch benennen, war, das Jugendliche nahezu aller sozialer Schichten antrieb. Es gab nicht nur sehr konkrete Vorstellungen eines Lebens jenseits der »formierten Gesellschaft«, jenem Klassenkompromiss zwischen bürgerlichem Lager, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, sondern auch ausreichend Erfahrungen mit repressiver Erziehung, Polizei und »gesundem Volksempfinden«, die in die Fundamentalopposition trieben. Dellwo gelingt es im Unterschied zu den professionellen Zeitzeugen und 68er-Interpreten in Cohn-Bendits und Dammanns Lesebuch, sowohl rationale Begründungen als auch emotionale Motivationen des Widerstands einzufangen. 68 auf Fragen von Gefühl und Stimmung zu reduzieren, ist dann doch etwas zu einfach.●

Gottfried Oy

Daniel Cohn-Bendit / Rüdiger Dammann (Hg.): 1968. Die Revolte. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2007, 256 Seiten, 14,90 EUR

Karl-Heinz Dellwo: Das Projektil sind wir. Der Aufbruch einer Generation, die RAF und die Kritik der Waffen. Gespräche mit Tina Petersen und Christoph Twickel. Edition Nautilus, Hamburg 2007, 224 Seiten, 14,90 EUR

»Ohne Gewalt leben! Sie haben ein Recht darauf!«

Winfried Blum, Saarpress ● Anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März 2008 veranstaltet der Frauennotruf Saarland unter dem Leitthema »Ohne Gewalt leben! Sie haben ein Recht darauf!« eine Plakataktion im öffentlichen Personennahverkehr. Gestartet wurde die Aktion bereits am 25. November 2007, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, mit Plakaten in den Neunkircher Stadtbussen. Danach waren die Plakate nacheinander in Bussen im ganzen Saarland zu sehen. Nun ist die Aktion im Regionalverband Saarbrücken angekommen, wo die Plakate in der Saarbahn und den Bussen der Saartal-Linien ausgehängt werden. Öffentliche Verkehrsmittel werden alltäglich von hunderttausenden von Menschen genutzt. Genau dort – mitten im Alltag – will der Frauennotruf auf die vielfältigen Facetten von Gewalt an Frauen aufmerksam und den Betroffenen Mut machen. Gleichzeitig wird auf das spezialisierte Unterstützungsangebot der Beratungsstelle hingewiesen.

20 Begriffe, die eine Reihe der vielen Formen von Gewalt an Frauen bezeichnen, prangen auf der einen Hälfte des Plakates, wie beispielsweise Psychoterror, Vergewaltigung, unerwünschter Kuss, sexualisierte Gewalt gegen ältere Frauen und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Die Auswahl rückt die Spannbreite gewalttätiger Handlungen von Männern an Frauen ins Bewusstsein. Tagtäglich werden so Frauen in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und körperlich und seelisch verletzt. Soziale und kulturelle Faktoren können jedoch dazu beitragen, dass fatalerweise Gewalt als ein normaler Teil weiblicher Lebensumstände begriffen wird.

Ganz gleich in welcher Form, in welcher Häufigkeit oder in welcher Intensität eine Frau Gewalt ausgesetzt ist – alle Frauen haben ein Recht darauf, ohne Gewalt zu leben. Mit dieser Aussage auf dem Plakat will der Frauennotruf Frauen den Rücken stärken. An die Adresse von Betroffen wird damit gesagt: »Ihre Gefühle von Ungerechtigkeit sind richtig. Ihre Verletzungen verdienen es, ernst genommen zu werden. Sie selbst sind nicht schuld an der erlittenen Gewalt. Und: Sie haben ein Recht darauf, dass die Gewalt aufhört – jetzt!«

Es gibt Hilfe und Unterstützung. Der Frauennotruf bietet ein spezialisiertes Hilfsangebot bezüglich aller Formen von Gewalt gegen Frauen an. Alle betroffen Frauen im Saarland sowie ihre privaten und professionellen Bezugspersonen können sich kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym telefonisch oder im persönlichen Gespräch beraten lassen. Die drei Mitarbeiterinnen des Frauennotrufes bieten beispielsweise Unterstützung in akuten Krisensituationen an. Sie helfen bei der Suche nach geeigneten Therapeutinnen, Ärztinnen, Kliniken oder auch Rechtanwältinnen. Sie informieren auf Wunsch über Möglichkeiten der Strafanzeige, begleiten Frauen zur Polizei und bei Gerichtsverfahren.

Die Plakataktion des Frauennotrufes wird durch mehrere Sponsoren unterstützt. So erlassen die Verkehrsbetriebe einen Teil der Mietkosten für die Plakatflächen. Auch die Saarland-Sport-Toto GmbH und kommunale Frauenbeauftragte aus Städten, Gemeinden und Landkreisen geben finanzielle Unterstützung.●

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Frauennotruf Saarland, Nauwieserstraße 19, 66111 Saarbrücken, Tel. (06 81) 3 67 67, oder im Internet unter www.frauennotruf-saarland.de

LESERBRIEF IM POSTFACH

Betr.: Bedingungsloses Grundeinkommen in CONTRASTE Nr. 278 und 280

Sehr geehrte Redaktion,
die Beiträge zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) in den Ausgaben 278 und 280 fragen nach der Rolle eines BGE für die Gesellschaft, nach dessen absehbaren Wirkungen und, ob ein BGE die gegenwärtige Produktionsweise eventuell transformieren helfen könne, z.B. in Richtung auf eine Solidarische Ökonomie. Als tagesaktuelle Forderung, die auf unhaltbare neue gesellschaftliche Lebensverhältnisse reagiert, wird das BGE hingegen nicht vorgestellt.

Das ist bedauerlich und ergibt sich wohl aus dem politischen Handeln lähmenden Anspruch, es habe auf ein vollständig (vor-)durchdachtes neues gesellschaftliches System hinzuarbeiten und entsprechend wissenschaftlich zu sein. Niemals je sind dauerhafte gesellschaftliche Veränderungen von Wissenschaft oder von Experten getragen gewesen, sondern immer von Menschen mit ihren subjektiven Lebensinteressen und den daraus hervor kommenden Wünschen, Energien, Praxen, die zu Forderungen, Kämpfen und Konflikten geführt haben. Wird dies ignoriert, muss die Forderung nach einem BGE verwegen erscheinen und die Kritik an ihr schließlich in der absurden Einsicht gipfeln, eine Forderung, welche gegebene Verhältnisse sprengen würde, könne erst nach der Sprengung dieser Verhältnisse erfolgreich durchgesetzt werden. Wird Politisches ohne einen sozialen Entstehungsort gedacht, ohne Menschen, verbannt es sich in die Utopie.

Tatsächlich existiert ein sozialer Ort, an dem Menschen mit der tagesaktuellen Forderung nach einem BGE versammelt sind, um den Angriff auf eine neuartige mafiotische institutionelle Struktur zu fürchten, die ihnen Menschen- und Bürgerrechte raubt. Eine Spezialität heutiger Mafiaorganisationen ist, öffentliche Gelder in private Taschen zu leiten. So hier nun die Rede von etwas, das Medien als Weiterbildungsindustrie tituliert haben, das zutreffender allerdings als Zwangsmaßnahmen-Mafia bezeichnet werden müsste. Letztere hat jährlich zweistellige Milliardenbeträge an öffentlichen Geldern unter ihre Kontrolle gebracht. Ihr Kern ist das Ministerium für Arbeit und Soziales, welches den Sozialämtern der Kommunen, den Arbeitsagenturen und den von letzteren gemeinsam betriebenen »Arbeitsgemeinschaften« (Argen) übergeordnet ist. Diese drei Einrichtungen treiben Arbeitslose und sozial Schwache ausgewählten Trägerunternehmen arbeits- und sozialpolitischer Zwangsmaßnahmen zu und dort in Aus- und Weiterbildungen, Trainingsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs.

Jene Trägerunternehmen finanzieren sich ganz oder wesentlich aus öffentlichen Kassen. Auf diese Weise entstehen Tausende üppig dotierter Geschäftsführerpositionen und Zehntausende gut entlohnter Dozentenstellen. Voraussetzung der Existenz dieser Halbwelt ist, Gesetz und Verfassung permanent und in aller Offenheit zu unterlaufen, und so verhalten sich ihre Akteure, als seien sie im Besitz von Freikaperbriefen. In den Jahren 2002 und 2003 wurde dies öffentlich sichtbar, das Beispiel der Bremer Arbeitsnehmerkammer demonstrierte, wie das Geschäftsmodell der Zwangsmaßnahmen-Mafia gebaut ist. Jene Kammer finanziert sich aus landesgesetzlich bestimmten Zwangsbeiträgen aller abhängig beschäftigten BremerInnen, quasi aus deren Besteuerung. Ein Tochterunternehmen der Arbeitnehmerkammer, das von dieser über Jahre hoch bezuschusste Arbeiter-Bildungs-Centrum (ABC), welches arbeits- und sozialpolitische Zwangsmaßnahmen durchführte, geriet in die Insolvenz. Der Insolvenzverwalter stellte beim ABC eine »zu hohe Gehaltsstruktur« fest, und die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen wegen Untreue gegen den vom Insolvenzverwalter entlassenen ABC-Geschäftsführer auf. Zu einer Anklage kam es nicht, Dr. Peter Fließhardt zog in den von der Bremer DGB-Vorsitzenden Ziegert geleiteten und ansonsten mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären besetzten Verwaltungsrat der Arbeitnehmerkammer ein.

Die Zwangsmaßnahmen-Mafia lebt von eben solchen Seilschaften, die in aller Regel aus VertreterInnen von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden oder von Kommunen bestehen, die in einer »Kammer« oder im Verwaltungsrat der Arbeitsagentur oder in kommunalen Gremien öffentliche Gelder vergeben können und auf die eine oder andere Weise mit den Trägerunternehmen arbeits- und sozialpolitischer Zwangsmaßnahmen über Geflechte aus Vorteilsnahmen verbandelt sind. Mit seiner Titelstory berichtete der »Stern« Nr. 12/2002, wie dies auf der Ebene des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg aussieht. Doch wird die Mafia von Medien gewöhnlich in Ruhe gelassen. Ebenso schweigsam sind Erwerbslosenitiativen, da diese beinahe immer von Zuwendungen seitens von Kommunen und Gewerkschaften abhängig sind.

So bleibt der soziale Ort der BGE-Forderung, den die in Zwangsmaßnahmen genötigten Menschen darstellen, bisher öffentlich weitgehend unsichtbar, was es leicht macht, das BGE als »Utopie« oder als »nicht verwirklichbar« zu qualifizieren. Allerdings findet das BGE überall dort politische Unterstützung, wo der Instinkt für Menschen- und Bürgerrechte sensibel und kräftig ist, z.B. bei Teilen der Grünen und der Linkspartei bis hin zu prominenten Einzelpersonen wie Götz Werner.

Bei einem Grundeinkommen vor allem anderen entscheidend ist, Sozialtransfers »bedingungslos« zu vergeben – ohne eine als »Gegenleistung« kaschierte Nötigung zu Teilnahme an arbeits- und sozialpolitischen Zwangsmaßnahmen! So lässt sich die Zwangsmaßnahmen-Mafia unmittelbar aushebeln. Nicht allein sind arbeits- und sozialpolitische Zwangsmaßnahmen beinahe immer un- und stumpfsinnig, häufig sind sie dies in offen menschenverachtender Weise. Letzteres kann durchaus gewollt sein, um Menschen in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu treiben, die im Vergleich menschenwürdiger erscheinen. Dies ist schlimm genug, mehr noch aber sind Zwangsmaßnahmen ein schwerwiegender Angriff auf Menschen- und Bürgerrechte als solche, zumal die im Bundesgesetzblatt II 1956, 640 gesetzlich festgeschriebene Ächtung von Zwangs- oder Pflichtarbeit offen missachtet wird. Das alles sind keine Belanglosigkeiten sondern rührt an die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft und an deren Friedlichkeit und Bestand. Das BGE ist mithin eine angemessene Antwort auf einen nicht zu tolerierenden politischen und juristischen Skandal, ist mithin eine tagesaktuelle Forderung. Wer sie ins Reich der Utopie verweist, geht an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei.●

Mit widerständigen und solidarischen Grüßen, Werner Braeuner

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen Militarisierung, gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne.

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ kostenloses Probeheft
❍ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
❍ Halbjahresabo zu € 29,-
❍ Jahresförderabo: ❍ € 75,- ❍ € 104,-

Vorname, Name
Straße, Nr.
PLZ, Wohnort
Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.
Datum Unterschrift

Verlag Ossietzky GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
Fax 0511 / 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net · www.sopos.org/ossietzky

WIE UMSETZEN ?

Fairness & Öko-Landbau

Fairness? Na klar! – Aber wie?

Der folgende Beitrag unternimmt den Versuch, die Debatte anhand bestimmter Leitfragen zu strukturieren: Warum wird über Fairness diskutiert? Wie kann man Fairness aktiv gestalten? Wie kann man Fairness gegenüber den Verbrauchern kommunizieren und beim Marketing nutzen? Was ist auf politischer und verbandlicher Ebene zu tun, um dem Fairness-Gedanken mehr Gewicht zu geben? Erfolgversprechende Ansätze sehen die Verfasser derzeit bei Projekten, die regional orientiert sind und von Menschen und Unternehmen getragen werden, die miteinander arbeiten und sich die Zeit nehmen, über ihre Zusammenarbeit zu sprechen.

von Anke Schekahn und Frieder Thomas ● 2005 startete die Upländer Bauernmolkerei das Projekt »Erzeuger-fair Milch«. Der Liter Milch kostete im Laden fünf Cent mehr und dieses Geld kam direkt den Bauern zugute. Überraschend war vor allem, dass die teurere Milch sogar Umsatzsteigerungen verbuchen konnte. Eine erfolgreiche Initiative, die zum Nachmachen anregt. Hintergrund der Initiative war damals, den Bauern 40 Cent pro Liter Milch zahlen zu können. Im Oktober 2007 zahlte die Upländer Bauernmolkerei 45 Cent, konventionelle Molkereien im Schnitt 38 Cent, einige lagen bereits erheblich darüber. Die Preisentwicklung auf den Agrarmärkten hat's gerichtet. Können wir die Fairness-Debatte damit ad acta legen? Natürlich nicht. Denn es gibt mehr Gründe als die Erzeugerpreise, um über Fairness zu reden.

Warum ist die Fairnessdebatte wichtig?

Fairness als Prinzip des Ökolandbaus

Die Prinzipien des Ökologischen Landbaus fußen auf ethischen Grundwerten. Neben der Gesundheit, der Ökologie und der Sorgfalt gibt es das Prinzip der Gerechtigkeit bzw. Fairness. Die »Internationale Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen« (IFOAM) formuliert es so: »Gerechtigkeit ist charakterisiert durch Gleichheit, Respekt und Verantwortung für die gemeinsame Welt, sowohl in der Beziehung der Menschen untereinander als auch zu anderen Lebewesen.« (1) Im Gegensatz zu vielen anderen Aspekten sind die Prinzipien der Gerechtigkeit weder in der EU-Öko-Verordnung noch in den IFOAM-Standards verankert. Diese spiegeln derzeit nicht die ganze Werte-Basis des Ökologischen Landbaus wider. Sie konzentrieren sich auf Bereiche, die einfacher zu kontrollieren sind (2). Fairness lässt sich nicht leicht in Richtlinien fassen. Aber gerade darum ist die Debatte, wie und ob überhaupt Fairness im Ökologischen Landbau gestaltet werden kann, umso wichtiger.

Angemessene und verlässliche Preise

Über lange Jahre war es selbstverständlich, dass insbesondere die Erzeugerpreise zu niedrig waren – auch im Ökologischen Landbau. Der Strukturwandel bei den Naturkostläden zeigt aber: Es traf nicht nur die Bauern. Es trifft all jene, die nicht um jeden Preis rationalisieren und die nicht allein über hohe Umsätze (= Masse) ihr Einkommen erzielen wollen oder können. Trotz des Anstiegs der Erzeugerpreise im Jahr 2007 ist die Forderung nach angemessenen Erzeugerpreisen immer noch richtig. Durch die Veränderungen auf dem Markt wird es aber deutlicher: Es geht um angemessene Preise für *alle* Beteiligten der Wertschöpfungskette: Erzeuger, Verarbeiter und Händler – und letztlich auch um angemessene Verbraucherpreise. Natürlich freut sich so mancher Bauer, endlich angemessen verdienen zu können. Da wird sogar von »Dollarzeichen in den Augen von manchen Biobauern« berichtet (3). Aber die hohe Dynamik auf dem Markt schafft auch Unsicherheit. Nicht wenige befürchten ein ständiges Auf und Ab – der Schweinezyklus lässt grüßen. Es geht daher nicht nur um eine angemessene Höhe der Preise, sondern auch um Verlässlichkeit und Risikominderung auf turbulenten Märkten.

Die Angst vor dem nächsten Skandal

Der Biomarkt boomt. Immer neue Markt-»Partner« steigen ein. Die Furcht wächst, dass viele von ihnen nur das Geschäft und nicht die Prinzipien des Ökologischen Landbaus im Blick haben. Verstärkt werden die Bedenken dadurch, dass die Rohstoffknappheit in Deutschland durch Importe ausgeglichen wird. Der nächste Skandal ist vorprogrammiert. Um dem vorzubeugen, wird nach Strukturen gesucht, in denen ein Missbrauch des guten Namens des Ökolandbaus und ein Verlust seines guten Images unwahrscheinlicher sind.

Ausdifferenzierung des Marktes

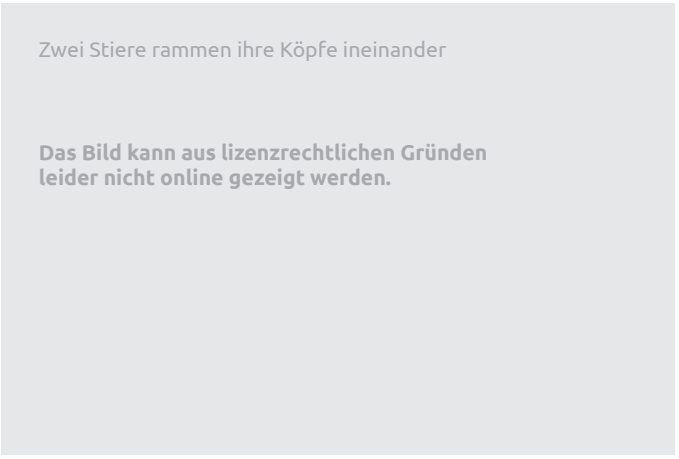
Mit dem Wachstum geht eine zunehmende Differenzierung des Ökologischen Landbaus einher. Paradoxerweise wurde der Weg in die Differenzierung spätestens mit der Einführung des bundeseinheitlichen Bio-Siegels geebnet. Die deutschen Bioverbände stimmten seiner Einführung zwar nicht freudig, aber zumindest in der Überzeugung zu, sich durch die Qualität und das Vertrauen in ihre Verbandsnamen gegenüber den »namenlosen« Bio-Produkten profilieren zu können. Und neben den Verbandslogos, regionalen Produkten und anderen Zusatzattributen bietet »fair« Profilierungsmöglichkeiten auf dem sich ausdifferenzierenden Biomarkt.

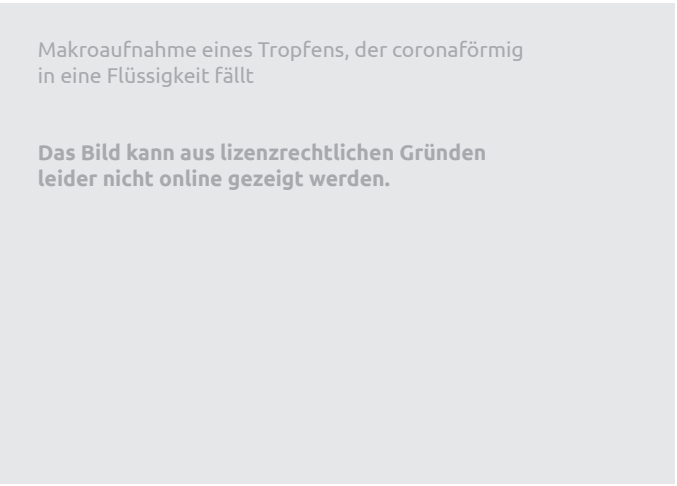
Zwischenfazit

Fairness gehört zu den Grundprinzipien des Ökologischen Landbaus. Zudem bietet der Begriff die Möglichkeit der Profilierung auf dem sich ausdifferenzierenden Biomarkt. Das Dilemma ist jedoch: Beides – Grundprinzip für alle und gleichzeitig Instrument zur Ausdifferenzierung – ist nicht unter einen Hut zu bringen. Durch die Marktdifferenzierung treten unterschiedliche Potenziale, aber auch unterschiedliche Strategien und Interessen offener zutage. Daher ist es wichtig, die Motive zu verstehen, die die Beteiligten an der Fairness-Debatte haben:

Erstens: Die Pioniere sind vor allem »Treiber« der Debatte, weil viele von ihnen durch den Erfolg, der oft außerhalb der traditionellen Vermarktungswege zu verzeichnen ist, zu »Getriebenen« auf dem Biomarkt geworden sind (4). Alte Strukturen sind nicht mehr tragfähig und viele der Grundwerte drohen verloren zu gehen. So ist die Fair-Debatte in ihrem Kern auch eine Strukturdebatte.

Zweitens: Durch die Auswirkungen des Bio-Booms verändern sich die Interessen der einzelnen Gruppen der Wertschöpfungskette. Früher wollten vor allem die Landwirte verbindliche Absprachen über Absatzmengen, Preise und längerfristige Lieferverträge. Heute wollen vor allem die Verarbeiter die Sicherheit, kontinuierlich Qualitätsrohstoffe zu bekommen; außerdem wollen sie Transparenz in Bezug auf die Produktionsbedingungen und die Qualität. Auch der Handel ist an guter Qualität interessiert und daran, die steigende Nachfrage der Kunden befriedigen zu können. Nur so kann er sich gegenüber Konkurrenten behaupten. Durch diesen Rollentausch wächst die Erkenntnis, dass Fairness *entlang der gesamten Wertschöpfungskette* notwendig ist und nicht nur ein Appell an die Verbraucher sein kann, den Bauern höhere Preise zu zahlen.





Wie lässt sich Fairness gestalten?

Faire Preise und Transparenz

Für die Kriterien, die einen »fairen Preis« ausmachen, gibt es unterschiedliche Vorschläge: Die Initiative *fair & regional* in Berlin-Brandenburg strebt im Sinne eines Benchmarkings an, »den landwirtschaftlichen Erzeugern einen Preis zu zahlen, der im oberen Drittel des marktüblichen Durchschnittspreises liegt« (5). Bei der Upländer Bauernmolkerei wurde im Rahmen ihrer Erzeuger-fair Milch-Kampagne anfänglich auch das Staffelpreismodell diskutiert (allerdings nicht umgesetzt), bei dem kleineren Betrieben mit geringerem Rationalisierungsgrad höhere Preise zugebilligt werden. Beim österreichischen Verband BIO AUSTRIA wurden 2007 faire Erzeugerpreise für alle Produktgruppen kalkuliert. Diese werden mit den Verarbeitern und dem Handel diskutiert und auch publiziert. Ein Kriterium für die Partner von BIO AUSTRIA soll in Zukunft die Einhaltung dieser Erzeugerpreise sein (6).

Allen diesen Ansätzen ist gemeinsam, dass nicht allein Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Dabei ist eine größere Transparenz bei der Preisgestaltung entscheidend – am besten entlang der gesamten Wertschöpfungskette bis hin zum Verbraucher. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat angesichts der Preiserhöhungen im Sommer 2007 eine Stelle eingefordert, die die Verbraucher über die Zusammensetzung der Lebensmittelpreise informiert. Allgemeine Verweise auf gestiegene Rohstoff- oder Energiekosten seien zu pauschal.

Verlässlichkeit

Nach den Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten für Bioprodukte bemängelten Verarbeiter die abnehmende Verlässlichkeit bei den Bauern. Lieferverträge würden nicht mehr so ernst genommen; bisher übliche »Handschlagverträge« hätten gar keinen Wert mehr (7). Hier haben attraktive Erzeugerpreise auf den Spotmärkten einiges durcheinandergebracht. Traditionell stehen aber nicht die Landwirte, sondern vor allem die Marktmacht des Einzelhandels am Pranger: wer wird gelistet, wer wird ausgelistet? Hier hat das Geschäft mit Fairness selten etwas zu tun. Mit klaren und längerfristigen Absprachen in der Wertschöpfungskette kann zwar nicht jede Gewinnspanne, die der Markt hergibt, ausgeschöpft werden. Dafür können aber auch Einbrüche auf dem Markt, Rohstoffengpässe oder Preisverfall abgepuffert werden. In Berlin-Brandenburg haben sich die Beteiligten zudem explizit dazu verpflichtet, Vertragspartner oder andere Lizenznehmer der Fair-Regio-Charta in betrieblichen und wirtschaftlichen Notsituationen zu unterstützen.

Soziale Standards

Soziale Standards spielen in der Öko-Fairness-Debatte, anders als bei der Fair-Trade-Bewegung, bislang keine zentrale Rolle. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen:

Erstens: Alle Beteiligten gehen zunächst davon aus, dass die hohen Sozialstandards der Bundesrepublik eingehalten werden. Und Selbstverständlichkeiten müssen weder in den Verbandsrichtlinien oder in der EU-Öko-Verordnung verankert werden, noch kann man mit ihnen erfolgreiches Marketing betreiben.

Fortsetzung auf Seite 8

Anmerkungen

1) www.ifoam.org
2) Otto Schmid: Die Diskussion bei der IFOAM und in der Schweiz. Vortrag anlässlich der Tagung in Fulda (siehe Hinweis im Kasten).
3) Diskussionsbeiträge anlässlich des Unternehmerworkshops in Willingen-Usseln (siehe Hinweis im Kasten).
4) Achim Spiller: Chancen und Relevanz von fairen Preisen auf dem boomenden Biomarkt; Vortrag anlässlich des Unternehmerworkshops in Willingen-Usseln.
5) Fair-Regio-Charta Berlin-Brandenburg (http://fair-regional.de/charta.html).
6) Christoph Gleirscher: Gibt es faire Preise für die Biobauern? Zur aktuellen Debatte in Österreich. Vortrag anlässlich der Tagung in Fulda.
7) Diskussionsbeiträge anlässlich des Unternehmerworkshops in Willingen-Usseln.

HINWEIS

Dieser Beitrag bezieht sich im Wesentlichen auf Vorträge und Diskussionen der Tagung »Fairness und Ethik im ökologischen Landbau« (AgrarBündnis und Kasseler Institut für ländliche Entwicklung) am 18. und 19. Juni 2007 in Fulda sowie den Unternehmerworkshop »Regionaler Biomarkt: Faire Preise für die Bauern – Wofür zahlen Verbraucher mehr?« (Milcherzeugergemeinschaft Hessen, Bioland, Kasseler Institut für ländliche Entwicklung) am 25. und 26. September 2007 in Willingen-Usseln. Der Beitrag versucht verschiedene Positionen der Referenten und Teilnehmer aufzugreifen, versteht sich aber als Resümee aus dem Blickwinkel der Autoren.

Beide Veranstaltungen wurden gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau. Der Inhalt des Beitrags muss nicht mit der Auffassung des Zuwendungsgebers übereinstimmen.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Fairness & Öko-Landbau

Zweitens: Dass in der Landwirtschaft relativ niedrige Tariflöhne gezahlt werden und viel gearbeitet werden muss, wird geradezu als selbstverständlich hingenommen. Und weil die Landwirte in der Wertschöpfungskette meist die letzten sind, ist der Einsatz von Billigarbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa auf den Höfen normal und nur selten Anlass zu Kritik.

Drittens: Die Fairness-Debatte konzentriert sich im Öko-Landbau weniger auf die einzelne Betriebsverfassung als auf das Miteinander der verschiedenen Betriebe im Rahmen der gesamten Kette. Umso erfreulicher ist es, dass sich beispielsweise die Fair-Regio-Charta in Berlin-Brandenburg eingehend mit sozialen Kriterien befasst: »Selbstverständlich ist, dass in den Betrieben nur versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden.« (8) Darüber hinaus verpflichten sich alle Teilnehmer der Fair-Regio-Charta:

- zur nachhaltigen Betriebsentwicklung alle Mitarbeiter regelmäßig weiterzubilden und dabei speziell die Übermittlung von ökologischen Themen und Inhalten zu forcieren,
- zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Region, indem gesellschaftliche/soziale Projekte entweder selber initiiert oder persönlich bzw. mit Spenden oder Sachleistungen unterstützt werden,
- für die Wissens- und Erfahrungsvermittlung des ökologischen Gedankens geeignete Maßnahmen zu ergreifen (z. B.Angebote für Schulklassen und Kindergärten, Kooperationen mit Jugendprojekten etc.).

Umfangreiche »Soziale Anforderungen« formuliert auch der schweizerische Verband Bio Suisse (9).

Qualität

Zwischen Fairness und Produktqualität besteht zunächst kein unmittelbarer Zusammenhang. Fair gehandelter Kaffee aus Nicaragua (»Sandino Dröhnung«) wurde am Anfang allein aus Solidarität im Dritte-Welt-Laden gekauft. Diese Zeiten sind vorbei. Hohe Produktqualität ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass ein fairer Produktionsprozess über höhere Preise honoriert wird. Solche Qualitätsanforderungen gehen jedoch über die Einhaltung der Mindeststandards, die in den Verbandsrichtlinien festgelegt sind, hinaus. Und nur, wenn alle Glieder der Wertschöpfungskette auf Qualität achten, kann am Ende ein Lebensmittel geschaffen werden, von dessen Wert alle Beteiligten profitieren können. Daher gibt es inzwischen zahlreiche Qualitätsmanagementsysteme. Sie sollen Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung bewirken, Verluste minimieren und Potenziale ausschöpfen helfen. Nicht wenige Landwirte stehen diesen Systemen zurückhaltend gegenüber. Denn es gibt schlechte Erfahrungen: einseitige Abhängigkeiten der Erzeuger, Managementsysteme als Kontrollsysteme, hoher und teurer Aufwand an Technik, Know how und Bürokratie – und das alles oft ohne reale Preisvorteile.

Aber auch Aldi, Lidl und Co. arbeiten mit Qualitätsmanagementsystemen. Die Herausforderung ist nun, Systeme zu entwickeln und zu gestalten, deren Nutzen größer ist als der mit ihnen verbundene Aufwand, und durch die keine einseitigen Abhängigkeiten entstehen. Und es geht darum, bei allen Beteiligten ein eigenständiges Qualitätsbewusstsein für die eigene Arbeit und das eigene Produkt zu bewahren oder weiterzuentwickeln.

Wie lässt sich Fairness kommunizieren?

Definitionen

Um Fairness zu gestalten und zu kommunizieren, ist es notwendig, sie zu definieren. Das Projekt *Faire Partnerschaften* (10) von Naturland zeichnet Unternehmen aus, die sich bei bestimmten Kriterien besonders hervortun. Im Rahmen der Initiative *fair & regional* (11) haben sich in Berlin-Brandenburg Erzeuger, Verarbeiter, Händler und andere Akteure der Region zusammengeschlossen, um sich selbst zu Fairness im Umgang miteinander zu verpflichten. Beide Projekte benennen als zentrale Elemente eines solchen Umgangs:

- Soziale Kriterien innerhalb der Betriebsverfassungen;

Saisonarbeiter am Fließband

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

- Nachhaltigkeit der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen;
- Transparenz und Kommunikation;
- Faire Preise;
- Regionalität und Qualitätssicherung;
- Soziale Verantwortung im Umfeld.

Bei aller Ähnlichkeit gibt es durchaus Unterschiede im Detail und durch zusätzliche Kriterien. Was für die weitere Debatte jedoch wichtig ist: Keines der beiden Projekte erhebt den Anspruch, Fairness für den Ökologischen Landbau insgesamt zu definieren. Die Definitionen sind abgestimmt auf eine begrenzte Gruppe von Akteuren, die eng zusammenarbeiten und die Form dieser Zusammenarbeit auch nach außen kommuniziert. Aufgrund dieser Begrenzung gibt es in beiden Beispielen keine aufwändigen Kontrollmechanismen.

Beide Projekte begeben sich jedoch auf eine Gratwanderung, wenn mit der jeweiligen Fairness geworben werden soll: Denn dort, wo Fairness mehr ist als gegenseitige Selbstverpflichtung und zu einem wichtigen Baustein des Marketings wird, sind interne Kontrolle und Transparenz gegenüber den Verbrauchern unabdingbar.

Kommunikation und Vermarktung

Welche Bedeutung das Prinzip Fairness für die Vermarktung von Öko-Produkten in Zukunft haben wird, ist derzeit noch unklar. Das bisher einzige wissenschaftlich begleitete Projekt war die Einführung der Erzeuger-fair Milch der Upländer Bauernmolkerei. Die Umsatzsteigerungen haben gezeigt, dass Fairness bei der Verbraucherschaft ankommt. Leider hat gerade das Kriterium »faire Preise für die Bauern« angesichts der Preisentwicklung derzeit wenig Bedeutung.

Betrachtet man Fairness so umfassend wie in Berlin-Brandenburg oder in dem Naturland-Projekt *Faire Partnerschaften*, steigt der Kommunikationsaufwand. Er lässt sich in Grenzen halten, wenn auf aufwändige Kontrollsysteme verzichtet wird. Damit sind aber auch gegebenenfalls notwendige Sanktionen nicht möglich. Ob solche Systeme eher dem Zusammenhalt (regionaler) Wertschöpfungsketten oder dem Marketing dienen, wird sich erst noch herausstellen müssen. Die Informationskampagne *Fair feels good* (12), die 2006 in Deutschland durchgeführt wurde, hat eindrucksvoll gezeigt, wie mit einer zentralen Kampagne das Fair-Trade-Siegel einer breiten Bevölkerungsschicht nahe gebracht, Informationen über den fairen Handel vermittelt und darüber der Absatz der fair gehandelten Produkte innerhalb eines Geschäftsjahres auf 110 Millionen Euro verdoppelt werden konnten. 2006 gab es über 24 Millionen Käufer. Damit sind die fair gehandelten Produkte aus der Nische herausgeführt worden. Der Hauptabsatz der Fair-Trade-Produkte erfolgt über Supermärkte und Discounter.

Den entsprechenden Erfolg hat der Ökologische Landbau bereits hinter sich. Als besondere Aktion ist die einheitliche Bio-Siegel-Kampagne zu nennen, die sicherlich zum Bio-Boom beigetragen hat. Eine Öko-Fair-Kampagne für nationale Produkte wäre jedoch eine Marktdifferenzierungskampagne und verfolgt im Gegensatz zur *Fair feels good* oder zur Bio-Siegel-Kampagne nicht die Strategie, ein Thema ohne große Differenzierung nach vorn zu bringen. Eine Fairnesskampagne im heimischen Ökologischen Landbau müsste beispielsweise so manchen Discounter außen vor lassen.Und weil es mit dem gemeinsamen Vorgehen nicht so einfach ist, entstehen derzeit auch eher regionale Initiativen und Aktivitäten innerhalb einzelner Verbände.

Was ist zu tun?

Politik und Wissenschaft

Die Ansprüche an die Politik halten sich in der gegenwärtigen Debatte bislang in engen Grenzen. Weil der Fairnessgedanke eng mit regionalen Strukturen verknüpft ist, ist die öffentliche Präsentation regionaler Direktvermarkter und regional nachhaltiger Lebensmittelprodukte zu verbessern. Die Kommunikation über diese Möglichkeiten ist auch eine Sache der Politik vor Ort (13).

Auf Bundes- und Landesebene wird insbesondere die Reduzierung der Fördersätze für den Ökologischen Landbau durch die Agrarumweltprogramme kritisiert. Deutlich wird die verfehlte Politik vor allem darin, dass es trotz des Bio-Booms kaum noch Betriebsumstellungen auf Ökologischen Landbau gibt.

Wünschenswert ist die Unterstützung von Initiativen und Modellprojekten im Bereich »Fairness und Ökologischer Landbau«. Kommunikation und miteinander Reden sind hier das A und O. Das ist zeitintensiv, und Zeit ist bei den Unternehmen vom Bauernhof bis zum Einzelhandel ein knappes Gut. Eine Unterstützung durch professionelle Moderation könnte hier sehr hilfreich sein. Sinnvoll wäre auch eine intensive(re) Begleitforschung bei der Entwicklung und Markteinführung von Fair-Produkten.

Erfahrungsaustausch – Bildung einer Plattform

Erste Bio-fair-Projekte sind erfolgreich gestartet, regionale Akteure haben Selbstverpflichtungserklärungen und Kriterienkataloge erarbeitet. Solange die Aktivitäten vorwiegend auf regionaler Ebene angesiedelt sind, ist ein Austausch zwischen den Initiativen wichtig. Nicht überall muss das Rad – sprich die Charta oder die Marketingstrategie – neu erfunden werden. Um dem Ganzen einen Rahmen und Kontinuität zu geben, könnte eine Plattform ins Leben gerufen werden, in der alle Beteiligten der Wertschöpfungskette vertreten sind. Neben dem Erfahrungsaustausch wären vor allem folgende Fragen zu klären:

- Welche Kriterien kommen für die Definition von »fair» in Frage?
- Ist es sinnvoll, Fairness in Verbandsrichtlinien oder in die EU-Ökoverordnung aufzunehmen oder gar ein neues »Fair-Siegel« zu kreieren, um Missbrauch oder Verwässerung des Begriffs zu verhindern?
- Ist eine zentrale Öko-Fair-Kampagne sinnvoll? Wenn ja, wie könnte sie aussehen?
- Was sollte auf der regionalen, was auf der nationalen Ebene bearbeitet werden?

Zu Beginn muss jedoch eine grundsätzliche Frage geklärt werden: Wer soll zur Plattform dazugehören? Soll es beispielsweise beim Handel nur der Fachhandel sein oder sollen auch Supermärkte oder gar Discounter integriert werden? Eine solche Plattform könnte von den Bioverbänden getragen werden. Ob ein einzelner Bioverband es allerdings schafft und auch willens ist, die anderen Verbände mit ins Boot zu nehmen, erscheint fraglich, da es nicht nur eine Differenzierung auf dem Biomarkt gibt, sondern auch zwischen und selbst innerhalb der Verbände. Sinnvoll wäre daher die Trägerschaft durch einen Dachverband wie z. B. das AgrarBündnis.●

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Artikel der AutorInnen im Kritischen Agrarbericht 2008, S. 100-104 (www.kritischer-agrarbericht.de).

Eine Reihe von Einkaufswägen der Supermarkt-Kette LIDL

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Autorin/Autor

Dr. Anke Schekahn und Dr. Frieder Thomas sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen des Kasseler Institut für ländliche Entwicklung, Königstor 28, 34117 Kassel
E-Mail: schekahn@kasseler-institut.org
www.kasseler-institut.org

Anmekungen

8) Fair-Regio-Charta Berlin-Brandenburg (http://fair-regional.de/charta.html).
9) www.bio-suisse.ch/de/sozialeanforderungen2.php.
10) www.faire-partnerschaften.de. – Siehe hierzu auch den Beitrag von Carsten Veller und Steffen Reese: Faire Partnerschaften – auch in Deutschland? Neue Wege der Kooperation zwischen ÖkoBauern und -Verarbeitern. In: Der kritische Agrarbericht 2007, S. 111-115.
11) Paul Werner Hildebrand: Markenführung und Markenbindung am Beispiel der Informationskampagne »Fair feels good«; Vortrag anlässlich des Unternehmerworkshops in Willingen-Usseln.
12) Siehe u. a. Reinhard Pfriem: Vom ökologischen Landbau zur Politik der Ernährungskultur. Zehn Thesen zur Entfaltung der lokalen und regionalen Handlungsebene. Vortrag anlässlich der Tagung in Fulda (www.agrarbuendnis.de).

ARMUT IN DER LANDWIRTSCHAFT

Fairness & Öko-Landbau

Arm trotz Haus und Hof

Durch die Liberalisierung der Agrarmärkte und den dadurch bedingt forcierten Strukturwandel weitet sich nicht nur die Schere zwischen erfolgreichen und unrentablen Betrieben immer stärker auf, sondern auch die Armut. Rund 15 Prozent der Betriebe Baden-Württembergs gelten als von Armut betroffen. Es hat zahlreiche äußere wie auch familiäre Gründe, warum landwirtschaftliche Familien verarmen. Häufiger als sichtbare Armut vieler älterer, unverheirateter Landwirte ist die unsichtbare Form überschuldeter Betriebe. Oftmals lassen typische Blockaden bäuerlichen Denkens die Betroffenen am Eigentum festhalten und erschweren den Gang zum Sozialamt. Die Erfahrungen aus der landwirtschaftlichen Familienberatung zeigen, dass es meist viel Zeit und Geduld braucht, bis die Familien bereit sind, sich selbst die eigene Notlage einzugestehen und sich für neue ökonomische Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu öffnen.

von Angelika Sigel ● Viel wird zur Zeit über Armut diskutiert. Doch was versteht man eigentlich unter Armut, hängt es doch auch von der Gesellschaft selbst ab, wer als »arm« angesehen wird und wer als »reich«. Auch ist zu unterscheiden zwischen absoluter Armut, die das Überleben bedroht, und relativer Armut, die sich auf das Durchschnittseinkommen eines Landes bezieht. In Deutschland beispielsweise wird die Armutsgrenze (2005) bei 938 Euro monatlich gezogen. Andere Definitionen von Armut betonen hingegen, dass nicht nur das Einkommen eine Rolle spielt. Das »Lebenslage-Konzept« beispielsweise verbindet Armut mit einer Unterversorgung in verschiedenen Bereichen des Lebens, z. B. bei der Wohnsituation, bei Gesundheit, Arbeit und Bildung. Eines ist allen Armutsdefinitionen jedoch gemeinsam: Wer arm ist, hat weniger Chancen, sich in einer Gesellschaft zu verwirklichen und ist von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen (1).

Der Armutsbegriff ist aber nicht ohne weiteres auf die Landwirtschaft übertragbar, denn dort herrschen erhebliche Einkommensunterschiede. Stattliche Vermögenswerte, welche die Grundlage für den landwirtschaftlichen Arbeitsplatz darstellen, verschleiern oftmals die reale Situation. Auch das Anlagevermögen wird bei oberflächlichem Blick häufig überschätzt. Grundstücke, welche gerne als finanzielle Absicherung angesehen werden, sind in der Regel nur auf dem Papier wertvoll – außer sie werden zu Bauland; und für die Betriebsgebäude gibt es oft so gut wie keine Nachfrage. Daher wird in der Landwirtschaft vorwiegend die Liquidität als Kriterium für »arm« und »reich« herangezogen. Liquiditätsschwache Betriebe haben meist eine schlechte Finanzierung mit hohen Zins- und Tilgungszahlungen, niedrige Gewinne, eine schlechte Rentabilität und negative Eigenkapitalbildung. Einer Schätzung des Landwirtschaftsministeriums zufolge sind in Baden-Württemberg trotz einer hohen Eigenkapitalquote rund zehn bis 15 Prozent der Betriebe von Liquiditätsschwäche und daher von Armut betroffen (2).

Foto: T. Raupach / Argus

Die Liberalisierung der Agrarmärkte forciert den Strukturwandel in der Landwirtschaft und daher weitet sich die Schere zwischen erfolgreichen und unrentablen Betrieben stärker auf als bisher. Hat zuvor die Agrarpolitik durch verschiedene Fördermaßnahmen noch für einen gewissen Ausgleich gesorgt, geraten Betriebe beim Wegfall der Beihilfen schnell unter die Armutsgrenze. Am deutlichsten zeigen sich die Einkommensunterschiede im Veredlungsbereich.

Armut trifft nicht allein die kleinen Betriebe, wie ge-

Fortsetzung auf Seite 10

POSITIONSBESTIMMUNG IN EINEM GEWACHSENEN, VERÄNDERTEN BIOMARKT

Wie will der Ökolandbau die Welt verbessern?

Früher war im Ökolandbau alles besser und einfacher. Da standen die Personen im Vordergrund: der Bauer, der Verarbeiter, der Kunde mit seiner aufrichtigen Überzeugung, seinen Werten, seiner Glaubwürdigkeit. Es war ein überschaubarer Markt, man kannte sich, schätzte sich, die soziale Kontrolle funktionierte ähnlich gut oder schlecht wie in der Dorfgemeinschaft. Die Welt war klar aufgeteilt in gut und böse.

Von Claudia Schievelbein ● Ob wirklich alles so idealistisch war, sei dahingestellt, Tatsache ist: Die Situation hat sich geändert. Lebensmittelskandale, gesellschaftliches Umdenken, eine grüne Ministerin – die Nische, in der der Ökolandbau lange Zeit hockte, wurde in den vergangenen Jahren immer größer. Die Entwicklung wurde gekennzeichnet mit dem Begriff der »Konventionalisierung des Ökolandbaus«. Agrarökonomen fassen unter diesem Schlagwort drei Trends zusammen: erstens die »Entideologisierung«, weg vom »Betrieb als Organismus« hin zur »umweltverträglichen Produktionstechnik«, die einem größeren Personenkreis, Bauern wie auch Kunden, Zugang zum Ökolandbau ermöglicht. Zweitens die »Professionalisierung«, das heißt die Optimierung von Betriebsabläufen, um die arbeits- und/oder betriebswirtschaftliche Situation zu verbessern, aber auch um den sich gleichzeitig verändernden Ansprüchen der Öko-Kundschaft hinsichtlich der Produktqualitäten nachzukommen. Drittens die »Differenzierung«, die die Spezialisierung von Bauern und anderen Akteuren auf dem Biomarkt beschreibt und versucht, durch Richtlinien und Kontrollsysteme das alte »Sicherheit durch Vertrauen« zu ersetzen.

Welche Werte?

Spätestens seit sich mit dem Einstieg der Discounter die Mehrheit des konventionellen Lebensmitteleinzelhandels auf dem inzwischen lukrativen Biomarkt tummelt, sind die Spielregeln andere geworden. Die Nachfrage nach großen, qualitativ und quantitativ gleichförmigen Produktmengen zu niedrigstmöglichen Preisen ist extrem gestiegen. Damit stehen die Bauern und die Verbände, in denen sie sich organisiert haben (natürlich auch die Verarbeiter und der klassische Naturkosthandel), vor ganz neuen Herausforderungen. Auf die Spitze getrieben lautet der auszutragende Konflikt: Opfere ich (zumindest ein Stück weit) bestehende, etablierte, regionale Strukturen für eine zentralistische Kontrolle von großen Warenströmen in einer Hand? Besonders für Bioland, den Verband, der eine politische Einflussnahme in den vergangenen Jahren immer weiter ausgebaut hat, steht so eine Debatte an. Wie kein anderer Verband ist Bioland durch seine Mitgliederstruktur von regionalen Beziehungen zwischen Bauern/ Erzeugergemeinschaften, Verarbeitern und dem Handel geprägt. Nun geht es auch darum, welche Werte mit der »Marke« Bioland zukünftig in Verbindung gebracht werden: Sind es reine Qualitätssicherungs- und Managementsysteme, also Bio auf höherem Niveau, oder sind es auch die traditionellen Werte, wie der Erhalt lokaler Wertschöpfungsketten und ein anderer – sozialerer – Umgang miteinander?

Es ist eine Wertedebatte, die für die Positionsbestimmung innerhalb der Szene unerlässlich ist, aber natürlich auch nach außen wirkt. Zählt man auch das konventionelle Neuland-Programm zur Szene alternativer Märkte, so kann man sehen, dass hier diese Debatte (in Form der Diskussionen um Bestandsobergrenzen) lange schon geführt wird. Das liegt mit daran, dass Neuland mit Trägerverbänden – wie dem Deutschen Tierschutzbund –, die ihre Werte sehr vehement nach vorne stellen, weniger Gefahr läuft, nur nach ökonomischen Kriterien zu entscheiden. »Diesen ideologischen Ballast muss Bioland nicht mit sich rumschleppen«, überspitzt es ein Bauer.

Die Bioverbände sind in den letzten Jahren permanent mit der Frage des Wachsen müssens, sollens, wollens um welchen Preis auch immer konfrontiert worden. Damit einher geht die Frage der Marktmacht und der politischen Einflussnahme. Schon immer fand zwischen den Verbänden eine Konkurrenz um Mitglieder und öffentliche Wahrnehmung statt. Demeter, Bioland und Naturland liegen mit Abstand vorne. Mit individuellen Vermarktungsstrategien versuchen die Verbände, eigene Räume im Markt zu besetzen. Dabei haben sich längst ausgefeilte Vermarktungsstrukturen bei allen großen Verbänden etabliert. Über Vermarktungsgesellschaften wird die Ware zu großen Partien zusammengeführt, um den Einkaufsgewohnheiten von Großabnehmern mit konventionellen Strukturen zu genügen. Für regional gewachsene Erzeuger-Verarbeiter-Strukturen wird der Platz zum Agieren immer enger. Das geht soweit, dass man sich sogar verbandsintern gegenseitig Konkurrenz macht. Da versucht schon mal die zentrale Vermarktungsorganisation von Bioland, regionalen Erzeugergemeinschaften vor Ort die Lieferanten für Schweine oder Getreide abspenstig zu machen.

Ein Huhn blickt auf ein Ei

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Bio und fair

Gar nicht passen will in dieses Bild der wieder neu entdeckte Aspekt der Fairness. Eigentlich gehörte er immer zu den Grundfesten des Ökolandbau, war aber zwischenzeitlich etwas in Vergessenheit geraten. Fairness betrifft zum einen den Umgang mit den Marktpartnern, sei es in der Preisgestaltung (siehe das Fair-Milch Projekt der Upländer Molkerei oder bei Lamsbräu) oder in der Frage »Gehe ich (als Bauer und Verarbeiter) auf längerfristigere, für beide Seiten planbare Lieferbeziehungen zu durchschnittlichen, aber längerfristig stabilen Preisen ein?«. Die Alternative ist die Jagd nach dem schnellen Euro immer da, wo er sich mir gerade bietet.

Durch die Globalisierung und die Anonymisierung der Märkte sowie die gesellschaftlichen Entwicklungen gibt es mittlerweile ein Interesse, wenn nicht gar einen Wunsch großer Teile der Bevölkerung nach zusätzlichen Qualitätsmerkmalen. Durch die Kampagne »Fair feels good« im vergangenen Jahr konnte der Absatz von fair gehandelten – meist konventionellen – Produkten aus dem Ausland bei uns verdoppelt werden. Offenbar wurde mit der Kampagne ein Nerv in der Bevölkerung getroffen. In Deutschland hat die Upländer Bauernmolkerei als erste Biomolkerei für faire Preise der Milchbauern geworben und trotz des höheren Preises deutliche Umsatzsteigerungen erzielt. In England scheint es fast allgegenwärtig, dass Produkte nicht nur Bio, sondern auch noch »home grown«, »fair trade« oder irgendwie anders zusätzlich gelabelt sind.

Sicherlich wird das zusätzliche Qualitätsmerkmal auch manchmal schlicht als Marketinginstrument benutzt. »Bio mit Gesicht« heißt das z. B. bei Naturland. Im Internet kann man den Bauern, dessen Produkt man gekauft hat, anschauen. Wirkliche Nähe ist das nicht, aber es führt das Produkt aus der Anonymität der Konkurrenz. Es befriedigt den Wunsch der Kunden nach einer Geschichte zum Produkt. Bio allein scheint als Qualitätsmerkmal oft nicht mehr zu genügen. Sicherlich tragen viele Importe von EU-Bio und Bioware aus aller Welt beim Verbraucher nicht gerade zu einer Vertrauenssteigerung bei. Der Ersatz des von Renate Künast eingeführten nationalen Bio-Siegels durch das EU-Biosiegel im Jahr 2009 wird nochmals Standards und wohl auch die Wertschätzung durch die Kunden senken. Auch hier müssen und wollen sich die Bioverbände mit ihren strengeren Richtlinien und den dazugehörigen Siegeln/ Marken positionieren. Zusätzliche Qualitätskriterien anbieten zu können, kann dabei durchaus interessant sein. Schön und eben auch den Kunden gegenüber ehrlich wäre, wenn sie nicht nur reine Marketingstrategie, sondern tatsächlich noch oder wieder Teil der eigenen Philosophie sind.●

Autorin

Claudia Schievelbein ist Redakteurin der »Unabhängigen Bauernstimme«, aus deren Januarausgabe 2008 wir diesen Beitrag entnommen haben (www.bauernstimme.de).

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Fairness & Öko-Landbau

meinhin angenommen wird, sondern gerade große Betriebe geraten mit ihren Wachstumsplänen und den damit verbundenen hohen Investitionen schnell in eine Schuldenspirale. Ist das Finanzierungskonzept unzureichend und schlecht überlegt, wächst so manchem der Kapitaldienst selbst bei guter Produktion rasch über den Kopf. Externe Beobachter stufen diese Betriebe als »Verlierer« ein und als Folgeerscheinung eines immer härteren Konkurrenzdruckes oder ziehen sich auf die Haltung zurück, wie sie ein Vertreter der Agrarverwaltung einmal lapidar äußerte: »Bankrott gehört zur Marktwirtschaft«.

Was macht aus Bauern arme Bauern?

Die Gründe für Armut in der Landwirtschaft sind vielschichtig. Es gibt zum einen *äußere Faktoren* wie der langjährige Preisrückgang für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit der Konsequenz verminderter Einkommen; der Wegfall von Beihilfen; ansteigende Kosten für Sozialversicherung oder für andere Betriebsausgaben; zunehmende gesetzliche Auflagen, die erhebliche Investitionen erfordern, sowie mangelnde außerbetriebliche Einkommensalternativen. Zum anderen sind es *familiäre Faktoren* wie hohe Erbauszahlungen an die Geschwister als weichende Erben; Generationskonflikte zwischen Jung und Alt, die die betrieblichen Entwicklungsschritte hemmen oder sogar blokkieren. Hemmend wirkt auch eine starre Traditionsverhaftung, welche jegliche Veränderung in der Betriebs- und Arbeitsorganisation ablehnt. Und zuletzt gibt es auch *innere Faktoren* wie fehlendes oder zu wenig ausgeprägtes unternehmerisch-wirtschaftliches Denken, veraltete bzw. schlechte produktionstechnische Ausstattung, kostenintensive, doch nicht unbedingt erforderliche Prestigeinvestitionen, extreme innere Hofbindung nach dem Motto, »lieber einen bankrotten Betrieb als gar keinen«.

Anhand meiner praktischen Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Familienberatung werde ich im Folgenden, selbstverständlich in anonymisierter Form, die Lebenssituation einiger Familien skizzieren, die in der einen oder anderen Form als »arm« bezeichnet werden könnten. Denn neben ökonomischen Analysen und sozialstatistischen Definitionen ist es gerade in der Beratung unverzichtbar, auch die menschliche Seite der Armut zu sehen.

Sichtbare Armut

In der Beratung gibt es immer wieder Fälle, bei denen man sofort sieht, dass auf diesem Hof wenig bis kein Geld zur Verfügung steht, um dringend erforderliche Anschaffungen zu tätigen. Man sieht es den Betriebsgebäuden und dem Wohnhaus an, dass kein Geld übrig ist für Reparaturen und Erneuerungen. Die Menschen leben oft in sehr einfachen, bescheidenen Verhältnissen. Es ist nur ein Zimmer im Haus beheizt, in der Regel die Küche, weil da meist mit Holz gefeuert werden kann. Häufig findet man unter diesem Armutstyp unverheiratete, ältere Landwirte, für die es die Bereiche Familie und eigene Lebensentfaltung nicht gibt. Von daher wird auch auf das Wohnen oder das eigene Äußere wenig Wert gelegt. Ich hatte einmal mit einem Bauern zu tun, der in seinem Haus lebte wie vor 60 Jahren, sich selbst überhaupt nichts gönnte, außer dem »Luxus« einer Tafel Nussschokolade wöchentlich. Da war es im Stall, wo er liebevoll seine wenigen Milchkühe und Bullen umsorgte, fast gemütlicher als in der Wohnküche.

Dennoch ist fraglich, ob sich dieser Bauer selbst als »arm« bezeichnen würde. »Arm« fühlt er sich allerdings dann, wenn ihm die Bank kein Bargeld mehr gibt, und er nicht weiß, wie er die dringend benötigten Gummistiefel kaufen soll. Oder wenn aufgrund fehlender Rechnungsbegleichung das Telefon abgeschaltet wird und der Energieversorger droht, ihm den Strom zu sperren. Solche Zwangslagen führen jedoch nicht unwillkürlich dazu, zu überlegen, was er selbst ändern könnte, damit er finanziell wieder mehr Luft bekommt. Grundstücke zu veräußern, um sich Liquidität zu verschaffen, wird meist nicht in Betracht gezogen. Zu sehr ist man mit seinem »Hab und Gut« verwurzelt. »Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen« – so haben die Alten es gelernt, und das väterliche Erbe wird daher in Ehre gehalten. Es zu verkaufen, um davon zu leben, ist für diese Menschen undenkbar.

Unsichtbare Armut

Weit häufiger treffen wir in unserer Arbeit Menschen, die als »unsichtbar Arme« eingestuft werden können. Es sind Bauernfamilien, die mit ihrem Betrieb zwar noch ein ausreichendes Einkommen zur Sicherung des Lebensunterhalts erzielen könnten, aber durch Zins- und Tilgungsleistungen so stark belastet sind, dass eben unter dem Strich kaum Geld übrig bleibt. Wäre da nicht das Kindergeld oder die kleine Putzstelle, mit der die Bäuerin zusätzlich ein kleines Einkommen erwirtschaftet, dann gäbe es kaum Geld für das Nötigste. Zum Teil ist die Verschuldung nicht mal so hoch, aber trotzdem eine starke Belastung für den Betrieb, da dieser nur begrenzte Produktionskapazitäten und -möglichkeiten aufweist. Es stehen nicht immer teure Prestigeinvestitionen hinter den Schulden, sondern oftmals gesetzliche Anforderungen, welche Investitionen erforderlich machten, wie z. B. ein zusätzlicher Güllerraum, der Bau von Fahrsilos mit bestimmten Auflagen oder der Anschluss an die öffentliche Kanalisation. Hinzu kommt, dass sich manche Betriebsleiter in ihrer Kapitaldienstfähigkeit überschätzen.

Sie vereinbaren hohe Tilgungsleistungen, um schnell wieder von den Schulden loszukommen. Dabei realisieren sie aber nicht, dass diese Zahlungen nur durch Überziehung des Girokontos erbracht werden können. So nimmt mancher Teufelskreis hier seinen Anfang. Reicht dann das eingeräumte Kreditlimit nicht mehr aus, werden von Seiten der Bank die Kontenbewegungen des Kunden streng beobachtet, und immer wieder werden Überweisungen gar nicht ausgeführt. Solche Situationen sind für die Betroffenen ungemein belastend. Da in vielen Betrieben die Ehefrau die Überweisungen tätigt und Bankgeschäfte ausführt, ist diese Situation für sie besonders belastend. Sie ist diejenige, die am Bankschalter die Auskunft bekommt, dass im Moment keine Bargeldauszahlungen mehr möglich seien. Wie eine Seiltänzerin auf dem Hochseil versucht sie, die Geldein- und -ausgänge in Balance zu halten. Welche Rechnung wird als nächstes bezahlt? Wer kann noch etwas warten? Das ist auf Dauer eine Stresssituation und beeinflusst das gesamte familiäre Umfeld, nicht zuletzt auch die Beziehung des Betriebsleiterehepaares. So mancher Streit hat finanzielle Hintergründe. In der Regel sollen es die Kinder am wenigsten spüren, dass man knapp bei Kasse ist. Aber so manche Klassenfahrt oder ein Schullandheimaufenthalt kann nur finanziert werden, wenn die Kinder eigenes Geld aus Geburtstagen oder Weihnachten mit einbringen.

Mit dem fehlenden Geld steigt auch meist die Arbeitsbelastung in den Betrieben. Durch Mehrarbeit versucht man den finanziellen Engpass zu kompensieren. Produktionszweige werden ausgebaut, z. B. werden mehr Tiere gemästet, um mehr verkaufen zu können. In der Regel jedoch fehlt eine vorherige Kalkulation, die zeigen würde, ob solch ein Schritt wirtschaftlich sinnvoll ist. Ist der Teufelskreis schon weiter fortgeschritten, so häufen sich die Schulden bei der Sozialversicherung, da die monatlichen Zahlungen von der Bank nicht mehr ausgeführt werden. Es gibt immer mehr Fälle, wo die Prämienzahlungen direkt von den Gläubigern gepfändet werden. Immer wieder steht der Gerichtsvollzieher auf dem Hof, man versucht durch Ratenzahlungen den einzelnen Gläubigern gerecht zu werden, aber nicht selten wird mehr versprochen als erbracht werden kann. Für die Betroffenen ist das alles sehr beschämend, ja unwürdig, und viele fühlen sich persönlich als Versager. Tragisch wird die Situation in den Fällen, wo die Betriebsleiter schon älter sind und über Jahre hinweg mit aller Kraft versucht haben, ihren Betrieb zu halten. Die ganze Altersvorsorge in Form von Lebensversicherungen ist gepfändet oder wurde schon verwertet, um sich Liquidität zu verschaffen. Meist ist der Schuldenberg dann so angestiegen, dass einer der Gläubiger die Zwangsversteigerung einleitet. In einem Fall musste der Betriebsleiter sogar die gesamte Hofstelle einschließlich Wohnhaus verkaufen und wohnt jetzt mit seiner Frau in einer kleinen Sozialwohnung. Den Lebensunterhalt muss er mit seiner Alterskassenrente bestreiten, und er hat immer noch Restschulden bei kleineren Gläubigern.

Die Banken haben ihr Geld bekommen, aber Futtermittellieferanten und Lohnunternehmer, mit denen ihn vorher auch ein freundschaftliches Verhältnis verband, mussten ihre Forderungen aufgeben. Das ist dem Landwirt bis heute peinlich und hindert ihn auch daran, in die Insolvenz zu gehen. Durch diverse kleine Zuverdienste versucht er seine Schulden abzutragen. Lange Zeit hat er sich gescheut, die Grundsicherung beim Sozialamt zu beantragen, da er befürchtete, dass seine erwachsenen Kinder zur Unterhaltspflicht herangezogen werden. Armut in der Landwirtschaft wird im Einzelfall somit zur persönlichen Tragödie und hinter den nüchternen statistischen Zahlen verbergen sich traurige Schicksale oftmals ganzer Familien.

Kartoffeln in Herzform

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Blockaden im bäuerlichen Denken

In unserer Beratungsarbeit nimmt das Thema »arme Bauern« vermehrt zu. Die Marktliberalisierung im Agrarsektor und der damit verbundene Strukturwandel sind insbesondere für ältere und/oder traditionell wertkonservative Bäuerinnen und Bauern mit erheblichen Herausforderungen für ihr bäuerliches Selbstverständnis verbunden und zwingt sie, sich mit ihren inneren Haltungen und Einstellungen auseinander zu setzen.

In unserer Gesellschaft wird in der Regel Eigentum mit Wohlstand gleichgesetzt, und es wird unterstellt, dass Eigentum generell einen Wert hat. Im bäuerlichen Selbstverständnis wird Eigentum jedoch nicht als willkürliches Umlaufvermögen gesehen, das jederzeit verkauft werden kann. Hemmschwellen und Blokkaden lassen einen solchen Umgang mit dem Eigentum nicht zu. Deshalb suchen Landwirte auch nicht Unterstützung beim Sozialamt; denn bevor sie mit staatlicher Solidarität rechnen können, müssten sie zunächst ihr gesamtes Eigentum veräußern. Unter Umständen ist es zwar möglich, dass ein Landwirt Hartz IV beantragen kann, aber die Frage, inwieweit landwirtschaftliches Vermögen geschützt ist, wird von den Sozialämtern und Agenturen für Arbeit sehr unterschiedlich bewertet. Vereinzelt gibt es Fälle, bei denen ein Hartz IV-Antrag genehmigt wurde, ohne dass zuvor landwirtschaftliches Vermögen veräußert werden musste – aber dies ist nicht die Regel (3).

Doch nicht nur das traditionelle Festhalten am Eigentum, sondern auch die harte Realität des Bodenmarktes verhindert oftmals die Veräußerung von Grund und Boden bzw. Betriebsgebäuden und Inventar zur Liquiditätsbeschaffung. Anfang des Jahres 2007 hat die Landwirtschaftliche Familienberatung des Evangelischen Bauernwerkes eine Armutstagung in Hohenlohe durchgeführt. Volker Willnow, Berater bei der Landwirtschaftlichen Familienberatung, hat die Erfahrungen in der Beratung von verarmten Bauernfamilien wie folgt zusammengefasst: »Unsere Arbeit besteht in vielen Fällen darin, den Kontakt zu den enttäuschten, verbitterten und verhärteten Seiten unserer Klienten zu suchen; mit unserem Klienten einen neuen Zugang zu seinen Grundfesten und Blockaden zu finden. Es geht darum, diese Grundfesten wertschätzend aufzuspüren, sie vielleicht neu zu sortieren, sie möglicherweise ein wenig zu verrücken, andere bisher nicht genutzte Fundamente freizulegen und sie vorsichtig auf ihre Belastbarkeit hin zu prüfen. Dieser Prozess braucht mitunter viel Zeit und Geduld, ist aber notwendig, auch wenn ein schneller Entschluss in manchen Fällen finanziell gesehen günstiger wäre.« (4)

Unsere Erfahrung zeigt, dass bäuerliche Identität durchaus einen gewissen Spielraum hat und damit auch Wandel zulässt. So kann Eigentum und Land durchaus verkauft werden, wenn man dafür woanders vergleichbares Land bekommt. Der Verkauf fällt auch dann leichter, wenn das Land noch nicht lange im Eigentum der Familie war oder der Verkauf in einer nachvollziehbaren Weise dem Betrieb dient. Wir beraten die betroffenen Familien auch in die Richtung, ein zweites wirtschaftliches Standbein wie eine Arbeitnehmertätigkeit, eine freiberufliche Tätigkeit oder Dienstleistung aufzunehmen. Wenn diese Tätigkeit als dem Familienbetrieb dienend erfahren werden kann, wird so ein Lösungsschritt auch gerne getan. Es zeigt sich, dass wenn erst einmal eine eigene Lebenswelt neben dem Hof möglich geworden ist, dass dann die Identität, das Wesen einer Familie langsam sich zu verändern beginnt, ohne dass es zu starken Brüchen und Zusammenbrüchen kommt. Probleme entstehen jedoch dann, wenn der Strukturwandel zu schnell geht oder jede Verschärfung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausschließlich mit einem mehr an Landwirtschaft und mit einer noch stärkeren Betonung landwirtschaftlicher Werte wie Fleiß, Genügsamkeit und Hofzentrierung beantwortet werden muss, weil andere Einkommensmöglichkeiten oder Hilfen nicht zur Verfügung stehen.

Kopf einer Ziege

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fazit

Armut in der Landwirtschaft verläuft oftmals quer zum »Groß/Klein«-Schema. Unter den gegenwärtigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen geraten auch die vermeintlichen »Gewinner«, die stark spezialisierten und mit hohem Umlaufkapital wirtschaftenden Betriebe aufgrund ihrer großen Krisenanfälligkeit in die Armutsspirale. Nicht allein bäuerliches Denken verhindert dann den Schritt zum Sozialamt, sondern auch die mit der Inanspruchnahme von Sozialhilfe zwangsläufig verbundene Aufgabe des Hofes und damit der eigenen sozialen Existenz als Bauer. Armut in der Landwirtschaft darf daher nicht nur als individuelles Problem angesehen werden. Um wirksam helfen zu können, bedarf es daher staatlicher Hilfsangebote, die auf die spezifische bäuerliche Arbeits- und Lebenssituation hin zugeschnitten sind und doch ein Mindestmaß an Absicherung gewährleisten.●

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Artikel der Autorin im Kritischen Agrarbericht 2008, S. 57-60. www.kritischer-agrarbericht.de. Wir danken für die Erlaubnis zum Abdruck.

Autorin

Dipl. Ing. agr. Angelika Sigel arbeitet bei der Landwirtschaftliche Familienberatung im Evangelischen Bauernwerk Baden-Württemberg.
Adresse: Außenstelle West, Flößerstraße 10, 74321 Bietigheim-Bissingen
E-Mail: a.sigel@gmx.de

Anmerkungen

1) Vgl. hierzu: Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland. Gütersloh 2006.
2) Aussage von Joachim Hauck, Ministerialdirigent beim Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg, beim Studientag »Arm trotz Eigentum? Armutslagen in der Landwirtschaft« in der Ländlichen Heimvolkshochschule Hohebuch am 8. Januar 2007, vgl. auch Landpost Nr. 3 / 2007, S. 3-5.
3) Erfahrungen der Beratungsstelle »Familie & Betrieb« in St. Ulrich.
4) Volker Willnow: Blockaden im bäuerlichen Denken. Erfahrungen der Landwirtschaftlichen Familienberatung. Unveröffentlichtes Manuskript. Hohebuch 2007.

REZENSION

Begrenzter Universalismus

Nachdem die traditionelle Linke lange Zeit versucht hat, das Problem des Antisemitismus in den eigenen Reihen zu leugnen, kommt seit einigen Jahren eine neue Variante der Abwehr dazu: die Scheinauseinandersetzung. Ein Beispiel dafür ist Peter Ullrich: »Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt«, 2007 als 50-seitige Broschüre erschienen. In ihr will Ullrich zwar erklären, warum die »Sympathie« der Linken für die Palästinenserinnen und Palästinenser »oft so weit ging, alles 'Palästinensische' kritiklos gutzuheißen und warum sie streckenweise mit der absoluten Dämonisierung Israels und teilweise offenem Antisemitismus einherging« (S. 40). Aber dazu hätte Ullrich einen Begriff vom Antisemitismus entwickeln müssen.

In *Begrenzter Universalismus* wird noch nicht einmal klar, wen oder was Ullrich als antisemitisch bezeichnet: ob Menschen, ihre Charaktere, einzelne Denkweisen oder Texte. Obwohl er sich auf den Ansatz von Thomas Haury und Klaus Holz beruft, die Antisemitismus und auch den Antisemitismus in der Linken auf der Ebene von Texten, als »Semantiken«, analysieren (S. 31-33), (1) beschäftigt Ullrich immer wieder die Frage, ob das Handeln von z. B. Jossif Wissarionowitsch Stalin oder anderen Einzelpersonen und Gruppierungen antisemitisch motiviert gewesen sei und ob sie persönlich Antisemiten gewesen seien. Diese Fragen zu stellen wäre zwar auch legitim; aber ihre Beantwortung hätte andere Methoden und andere Quellen erfordert als die, die Ullrich zur Verfügung stehen.

Diese Unklarheiten in *Begrenzter Universalismus* beruhen aber nicht nur auf dem Unvermögen des Autors, sondern dienen einem politischen Zweck: Es soll nicht deutlich ausgesprochen werden, dass antisemitische Denkweisen in der Linken existiert haben. So zitiert Ullrich z. B., was Ruth Fischer, Mitglied der KPD-Zentrale, 1923 vor einem völkischen Publikum gesagt hat: *»Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner…?«* (S. 20)

Nach der Analyse von Haury ist eine solche Rede antisemitisch, denn in ihr wurden, auf der Basis einer personalisierenden Darstellung des Kapitalismus, auf spezifische Weise 'Juden' mit Kapital verknüpft und so das Stereotyp von den nicht-deutschen, mächtigen und reichen 'Juden' reproduziert. (2) Ullrich dagegen schreibt, in Fischers Rede zeige sich »die fatale Ignoranz der KPD gegenüber dem Antisemitismus« (S. 20). In der Fußnote unterstellt Ullrich überdies, dass »die Authentizität der viel zitierten Quelle hinterfragt werden [müsse] – es war der sozialdemokratische *Vorwärts*, der sich bietende Möglichkeiten zur Diffamierung der KPD sicher nicht ausließ« (S. 44, Fußnote 16). Seine Behauptung ist nachweislich falsch. Das Zitat stammt von dem Linkskommunisten Franz Pfemfert, der 1923 als Augenzeuge in seiner Zeitschrift *Die Aktion* von dem Agitationsversuch Ruth Fischers berichtete; der sozialdemokratische *Vorwärts* hat den Bericht lediglich kurze Zeit später wiedergegeben. (3) Die Unterstellung, die SPD könne das Zitat zur »Diffamierung der KPD« erfunden haben, ist also schlicht falsch.

Auch beim 'Antizionismus' in der KPD der Weimarer Republik wendet Ullrich den Ansatz von Haury und Holz nicht konsequent an. Sonst hätte er bemerken müssen, dass die Berichte in der *Roten Fahne*, der Tageszeitung der KPD, über den Zionismus und die Situation in Palästina in den 1920er-Jahren durchaus die wesentlichen Motive des »antizionistischen Antisemitismus«, wie Holz ihn in *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft* definiert, vorwegnahmen. (4) Stattdessen schreibt Ullrich wieder vom Antisemitismus als persönlicher Motivation und betont, dass der »Hauptmotor« für den 'Antizionismus' in der KPD »nicht antijüdische Vorurteile gewesen sein müssen, sondern eben die universalistische Hoffnung auf die Lösung *aller* Probleme durch die Revolution, die schon immer die Feindschaft gegenüber dem Zionismus fundierte.« (S. 21)

Wieso wurden dann in der *Roten Fahne* die Pogrome der arabischen Bevölkerung in Palästina 1929 gepriesen, obwohl sie sich auch gegen jüdische Gemeinden richteten, die bereits seit dem 19. Jahrhundert in Palästina bestanden? Wieso richtete sich der 'Antizionismus' der KPD auch gegen die Kommunistische Partei Palästina, die vor allem jüdische Mitglieder hatte, obwohl die sich ausdrücklich als antizionistisch verstand? Selbst bei den stalinistischen Verfolgungen von Jüdinnen und Juden bzw. Menschen aus jüdischen Familien in der Sowjetunion, in der CSR und der DDR Ende der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre ist sich Ullrich nicht sicher. Zwar schreibt er zu Beginn, dass der Stalinismus sich »zu all seinem Schrecken auch antisemitisch [gebärdete]« (S. 7). Dann ist mal vom »offene[n] Antisemitismus« (S. 24), mal vom »strategischem« die Rede (S. 17), und schließlich kommt er doch zu dem Ergebnis, dass die Verfolgungen unter Stalin »keineswegs rassistischen Motiven [entsprangen]«, sondern »der Logik abstrakter Risikoeinstufungen« gefolgt seien (S. 25). Und wieso richteten sie sich dann gegen Menschen aus jüdischen Familien?

Als letztes Beispiel: der Antisemitismus und 'Antizionismus' in der Neuen Linken nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Auch hier spekuliert Ullrich wieder über die Motive und Motivationen: »Was waren die Gründe für die Annahme einer so klaren und eindeutigen antiisraelischen Politik der Neuen Linken? Das schon angesprochene rezeptive Klima in einer nun vorrangig antiimperialistischen und antikolonialen Linken ist sicherlich eine wesentliche Bedingung. Dies bot für die Besetzung der Westbank und die Militarisierung Israels ein fertiges Wahrnehmungsmuster. Ebenso ausschlaggebend mag die große Nähe zwischen der inzwischen imperialen Hauptmacht USA – die gerade den Vietnamkrieg führte! – und Israel sein. Dazu kommt noch ein Wandel des Zionismus. Die sozialistischen Elemente standen immer mehr neben national-religiösen Begründungen des Zionismus und mit der Rechtsentwicklung im Lande in den siebziger Jahren (Ende der Labour-Regierungszeit) wurde dies ganz offenbar. Zudem zeichnete sich auch im Westen eine immer größere Hinwendung der Konservativen zum Staat Israel ab, die somit oftmals der Linken ihren Platz streitig machten (Rubinstein 1982: 77). Doch auch identitäre Bedürfnisse der Westlinken konnten die Palästinenserinnen stillen. Als nicht-weiße, schwache Opfer, die zudem noch die Che-Guevara-Ho-Chi-Min-Guerilla-Romantik bedienen konnten, waren sie idealer Bezugspunkt für die Neue Linke. Dem stand zwar die noch nicht sehr alte Erinnerung an die Shoah entgegen, weshalb es auch keinen reibungslosen Übergang gab. Aber es konnte angeknüpft werden an das klassische linke Erbe der Distanz zum Judentum als Nation bzw. der Unterschätzung des Antisemitismus.« (S. 36-37)

Der Anschlagsversuch der *Tupamaros Westberlin* auf die Jüdische Gemeinde am 9. November 1969 wird in *Begrenzter Universalismus* gar nicht erwähnt. Dabei sind in den letzten Jahren mehrere Einzelheiten dieses Anschlagsversuchs erforscht worden. So hat sich das damalige Mitglied der *Tupamaros* Albert Fichter in einem Interview dazu bekannt, 1969 die Bombe gelegt zu haben. (5) Der Anschlag misslang glücklicherweise, weil der Zünder versagte; andernfalls wären viele Menschen bei der Gedenkfeier an die nationalsozialistische Pogromnacht getötet und verletzt worden. Die *Tupamaros Westberlin* schrieben in einer veröffentlichten Erklärung: *»Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit 'Schalom und Napalm' und 'El Fath' beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität.«* (6)

Auch wenn viele andere außerparlamentarische Linke diesen Anschlagsversuch »scharf verurteilten«, wie Knud Andresen schreibt, so stand »dabei die Form, nicht die antizionistische Begründung im Vordergrund der Kritik«. (7) Was käme dabei heraus, wenn man Ullrichs Erklärungsansatz auf den Anschlagsversuch 1969 anwendet? Dass die Gründe für einen Bombenanschlag auf eine Jüdische Gemeinde bei der Gedenkfeier an das Pogrom im nationalsozialistischen Deutschland 1969 unter anderem in dem »Wandel des Zionismus«, in einer »immer größere[n] Hinwendung der Konservativen zum Staat Israel«, in »der Distanz zum Judentum« und in der »Unterschätzung des Antisemitismus« zu suchen seien. Aber wenn der 'Antizionismus' der *Tupamaros Westberlin* nicht einmal zwischen der Jüdischen Gemeinde in Berlin und dem Staat Israel unterschied, dann war mehr im Spiel als eine »Distanz zum Judentum« und »Unterschätzung des Antisemitismus«. Die Identifikation von Jüdischer Gemeinde und Israel war selbst antisemitisch. Da Ullrich dies nicht wahrhaben will, ist seine Broschüre *Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt* als kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der Linken unbrauchbar. (8) Sie kann lediglich als Dokument dienen, das zeigt, wie eine bestimmte Linke sich scheinbar mit dem Problem befasst, das sie nicht mehr gänzlich leugnen kann.●

Olaf Kistenmacher

Peter Ullrich: »Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt«, Berlin: AphorismA 2007, 50 S., 5 EUR.
Peter Ullrich: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch, unter:
www.linksnet.de/drucksicht.php?id=3042.

Anmerkungen:

1) Thomas Haury: Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg: Hamburger Edition 2002. Klaus Holz: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition 2001.
2) Vgl. Haury: Antisemitismus von links, S. 283.
3) Olaf Kistenmacher: Von »Judas« zum »Judenkapital«. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik, 1918-1933, in: Matthias Brosch/Michael Elm/Norman Geißler/Brigitta Elisa Simbürger/Oliver von Wrochem (Hg.): Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin: Metropol 2007, S. 69.
4) Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus, S. 82-91; Olaf Kistenmacher: Was ist neu am 'neuen Antisemitismus'? 'Antizionismus' in der KPD der Weimarer Republik, unter: www.gradnet.de/events/webcontributions/kistenmacher.pdf (Januar 2008).
5) Wolfgang Kraushaar: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg: Hamburger Edition 2005, S. 248-251.
6) Kraushaar: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, S. 48.
7) Knud Andresen: Antijüdische Aktionen der Neuen Linken 1969/70 und jüdische Reaktionen, in: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.): Lebendige Sozialgeschichte, Opladen: Westdeutscher Verlag 2003, S. 478.
8) Die Broschüre gibt leider wenig Anlass zu der Hoffnung, dass Ullrichs Dissertation »Die Linke, Israel und Palästina. Diskursive Gelegenheitsstrukturen und die linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland«, die noch erscheinen muss, den Ansprüchen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus von links genügt.

Autor

Olaf Kistenmacher promoviert unter dem Arbeitstitel Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Darstellungen in der Roten Fahne, der Tageszeitung der KPD der Weimarer Republik, 1918-1933 an der Universität zu Köln. Er betreut die Sendereihe Antisemitismus von links im Freien Sender-Kombinat (FSK). Ausgewählte Veröffentlichungen: Von »Judas« zum »Judenkapital«. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik, 1918-1933, in: Matthias Brosch/ Michael Elm/ Norman Geißler/ Brigitta Elisa Simbürger/ Oliver von Wrochem (Hg.): Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin: Metropol 2007, S. 69-86. From »Jewish Capital« to the »Jewish-Fascist Legion in Jerusalem«. The Developement of »Antizionism« in the German Communist Party in the Weimar Republic, 1925-1933, in: Engage Journal 3 (2006), www.engageonline.org.uk/journal/index.php?journal_id=12&article_id=45.

TOUR DE NATUR 2008: AKTIV – UMWELTBEWEGT – UNAUFHALTSAM

Die Tour de Natur sorgt für prima Klima

Die Initiative

Auf Grund der im Zuge der Wiedervereinigung geplanten Verkehrsprojekte wurde die erste *Tour de Natur* 1991 organisiert, um dem Widerstand gegen diese Projekte und den daraus entstehenden Umweltbelastungen Ausdruck zu verleihen. Im Laufe der Jahre erweiterte sich das Themenfeld der *Tour de Natur*. Dabei ist es den zahlreichen ehrenamtlichen OrganisatorInnen und MitradlerInnen wichtig, dass auch der soziale Aspekt der radelnden Langsamkeit und des zusammen Aktivseins deutlich wird. Bei der Tour wird nicht nur demonstriert und diskutiert, sondern auch gemeinsam musiziert, jongliert, Theater gespielt, getanzt, (vegetarisch biologisch) gekocht und gegessen u.v.a.m. Sie ist sozusagen ein Zusammenspiel von Natur, Kultur und Politik. Die Strecke ist in jedem Jahr eine andere; immer irgendwo in Deutschland und immer entlang verkehrspolitisch brisanter Projekte.

Resümee der Tour 2007

Klimafreundlich mobil – das können wir uns leisten: Unter diesem Motto setzte sich die letzte *Tour de Natur* für eine nachhaltige Verkehrspolitik und Lebensweise ein. Die Tour startete in Nürnberg und führte innerhalb von 2 Wochen über Bamberg, Würzburg und Darmstadt nach Offenbach.

Ein besonderes Erlebnis war der Besuch des Hafenlohrtals, vom Bund Naturschutz auf Dauer vor der Überflutung gerettet und aufs Feinste renaturiert. Sebastian Schönauer, Vizechef eben dieses Bundes und 2. Bürgermeister von Rothenbuch hat uns 2 Tage lang aufs Beste betreut, uns Landschaft, Natur und die klimafreundlichen Aktionen der Gemeinde erläutert. Ein gelungenes Beispiel dafür, dass unsere Ideen sich – langsam, langsam – durchsetzen.

Aber nicht immer war's so schön: »Wir sind ja schließlich nicht zum Spaß unterwegs«, mit diesem – scherzhaften – Spruch haben wir uns auch in die verkehrspolitischen Brennpunkte gestürzt, wie z.B. den Moloch Frankfurter Flughafen und seine geplante Landebahn: Diese soll auf Biegen und Brechen vom größten Arbeitgeber der Region, der Frankfurter Flughafen AG, durchgesetzt werden. Der Widerstand vor Ort ist ungebrochen, wenn er sich auch z.T. in die Gerichtssäle und in Meditationsverfahren verlagert hat. Diese Thematik haben wir abends mit »alten Aktivisten« des Widerstands bei Kerzenschein ausführlich diskutiert.

Auch die Kirche des ehemaligen Hüttendorfs bei der Startbahn West existiert noch - gewissermaßen als Museum. Ein bewegender Moment auf dieser Tour, zumal Walter Reiß, Widerständler der ersten Stunde und heute weit über 80, lebendig von damals zu erzählen wusste.

Dies sind nur zwei – vielleicht die Highlights – von vielen, vielen Begegnungen, Empfängen und Gesprächen, die wir unterwegs hatten. Nicht zu vergessen unsere Kultur-Marktplatzaktionen mit Theater, Jonglage und Pyramidenbau – immer unter dem Aspekt »Klimaschutz, wie hängt das mit unserer Mobilität und Lebensweise zusammen«.

Deutlich geworden ist uns, dass inzwischen viele Gemeinden umzudenken beginnen und dass sie die Klimaproblematik sehr ernst nehmen. Sie haben scheinbar begriffen, dass Klimaschutz in der Gemeinde und in der Region beginnt.

Erfolge? Erfolge gab es auch, soweit man das bei einer Demonstration erwarten kann. So hat sich z.B. die Bürgermeisterin von Arnstein – nach unserer Veranstaltung – spontan gegen die geplante 4-spurige Umfahrungsstraße ausgesprochen, entgegen ihrer vorher geäußerten Meinung. Dennoch haben wir – zusammen mit den Bürgerinitiativen und Verbänden, die unser Anliegen unterstützten – noch einen weiteren großen Teil der Arbeit vor uns. Deshalb auf zur 18. *Tour de Natur 2008*.

Einblicke in die kommende Tour

Kaum ist die Tour 2007 beendet, beschäftigen wir uns schon mit der Planung der nun 18. Tour, die sich zum dritten Mal in der Trägerschaft der GRÜNEN LIGA befindet. Die »Tour de Natur 2008« wird ab 26. Juli von Gießen über Marburg durch Nord-Thüringen bis nach Magdeburg führen, wo sie am 9. August endet.

Als Schwerpunktthema wählten die OrganisatorInnen diesmal den Klimawandel. Unter dem Motto »Aktiv – Umweltbewegt – Unaufhaltsam. Die Tour de Natur sorgt für prima Klima« werden die TeilnehmerInnen über die am Weg liegenden Autobahnprojekte A4 light, A38 und A49 debattieren, Streckenstillegungen der Deutschen Bahn AG thematisieren, durch den Nationalpark Hainich und andere Naturschutzgebiete rollen, sowie verschiedene alternative Wohnprojekte und das Elbe-Saale-Camp besuchen.

Mit Kundgebungen, Aufsehen erregenden Aktionen, Vorträgen und Podiumsdiskussionen, Straßentheater, Kleinkunst- und Musikdarbietungen machen die RadlerInnen auf ihre Anliegen aufmerksam.

Erwartet werden wie in den vergangenen Jahren 150-200 MitradlerInnen im Alter von wenigen Monaten bis über 80 Jahren. Der bunte, laute Tross wird von einer umfangreichen Berichterstattung in verschiedenen Medien begleitet. Da natürlich noch vieles in der Tourplanung offen steht, dürfen wir uns mit Spannung auf die nächste Tour de Natur freuen. Auch freuen wir uns wieder auf eine zahlreiche Teilnahme aller aktiven und veränderungsgewillten Radler und RadlerInnen!. Also schon jetzt den Urlaub im Sommer 2008 freihalten!●

Weitere Informationen zur Tour de Natur erhalten Sie unter www.tourdenatur.net

REZENSION

Annäherung an eine Theorie »anarchistischer Individualität«

Der Frage nach der Möglichkeit einer nicht »individualistischen Konzeption« von Individualität bzw. einer »anarchistischen« Form von Individualität, die sich deutlich von dem liberal-kapitalistischen Modell abgrenzt, geht Gabriel Kuhn in seiner Studie »Jenseits von Staat und Individualität« nach. Er greift dabei das schwierige und seit jeher in sozialen Bewegungen und der Philosophie diskutierte Verhältnis von Individuum und Gesellschaft vor dem Hintergrund der Diskurse der Postmoderne auf.

Sein Ziel ist eine Versöhnung von »Individualität« und kollektiver Gemeinschaft. Dieses Thema, das in der aktuellen libertären Szene immer noch ein weitgehendst blinder Fleck ist (1), anzugehen, verdient erst einmal ein großes Lob. Ebenso lässt sich positiv die Form seiner Herangehensweise an die Thematik über popkulturelle Elemente (Comic-Helden, Italo-Western, Straight Edge-Subkultur) und einen verständlichen, nicht zu akademisch gehaltenen Schreibstil erwähnen. Die Arbeit entstand ursprünglich als Seminararbeit an der Universität vor etlichen Jahren, wurde für die aktuelle Veröffentlichung überarbeitet und lässt sich flüssig lesen, obwohl an mancher Stelle der wissenschaftliche Duktus noch nicht ganz verschwunden ist und sich in fremdwortreichen Sätzen niederschlägt.

Ausgehend von der Analyse, die auf postmoderner Theorie, der Auseinandersetzung mit soziologischen Analysen (vor allem Ulrich Beck) und Rückgriff auf Erzeugnissen der autonomen Bewegung fußt, analysiert er den Individualismus in westlichen Industrienationen. Dabei ist sein Blick soziologisch-historisch ausgerichtet und versucht auch andere Disziplinen wie z.B. die Literaturwissenschaft und Philosophie mit in seinen Diskurs einzubeziehen. Beginnend mit einer Genealogie bzw. der Entstehungsgeschichte des Individuums und der Individualität sowie dessen Stellung zum Kollektiv / Staat (Neuzeitlicher Individualismus: Genealogie, Bestansaufnahme, Kritik), die er auf einer breiten, interdisziplinären Ebene – z.T. unterbrochen mit popkulturellen Elementen (Songtexte, Italo-Western, Charles Manson-Fall) – nachvollzieht, kommt er zur folgenden Beschreibung von »Individualismus« in den westlichen Industrienationen: »a) die Einzelnen gelten als autonome Individuen, b) dem Individuum kommt das existenzielle Primat zu, c) die Individuen werden Grundlage ökonomischen, juridischen und politischen Denkens. « (S. 87)

Dem stellt er den Anarchismus entgegen (Das Vermächtnis des Anarchismus), in dessen Tradition er sein Konzept von »antiindividualistischer Individualität«, d.h. ein Konzept von Kollektivität jenseits der Dichotomie (2) Individuum und Gesellschaft, verortet. Ansätze, die er in diesem Rahmen thematisiert sind u.a.: individuelle Verantwortung, Selbstrespekt, Kreativität und Pluralität. Er schlägt in diesem Rahmen wiederholt die Brücke zwischen den anarchistischen Theoretikern und der subkulturellen Praxis. In den beiden abschließenden Kapiteln – »Individualpolitik« und »Auf der Suche nach Kollektivität« – versucht er seine Überlegungen für autonome Politik zu übertragen. Dies lässt sich dabei m.E. auf das Postulat Gandhis bringen: »Be the chance in the world, which you want to see.«, der seit jeher ein wichtiger Grundsatz anarchistischer Politik gewesen ist. Er thematisiert das Individuum als Träger der Veränderung. Weiterhin thematisiert er die Transzendenz als Möglichkeit zu reflektieren und sich aus der gesellschaftlichen Rolle zu emanzipieren, um eine antiindividualistische Individualität zu erlangen.

Leider bleibt in der Untersuchung vieles schwammig, was vor allem auf das Fehlen einer anfänglichen Definition oder näheren Bestimmung von »Individualität« und »Individualismus« zurückzuführen ist. Zeitweise wirkt es so, als ob Gabriel Kuhn den zugrunde liegenden Individualitätsbegriff wechselt oder für sich selber nicht geklärt hat. So fallen Begriffe wie Individualisierung / Individuation, Individualität, Individuum und Identität bei ihm zeitweise zusammen oder werden einfach nur unscharf benutzt, so dass er zum Teil grobe definitorische Fehler begeht. Dies zeigt sich auch in der oben zitierten Definition von Individualismus, die sehr verkürzt ist und viele Aspekte des Begriffes kurzerhand ausblendet. Andere philosophische Begriffe, die diese Begriffe tangieren und die Einordnung in manchen Aspekten erleichtert hätten wie z.B. der Begriff der »Persönlichkeit« tauchen gar nicht auf.

Eine solide Fundierung dieser theoretischen Basis, die bei einem Thema wie Individualität sehr kompliziert ist, hätte der Arbeit sehr gut getan und hätte präzisere Schlussfolgerungen und Ausblicke zugelassen. Das ist das größte Manko seiner Arbeit. Nach gängiger wissenschaftlicher Sicht wäre auch die Konstruktion von »antiindividualistischer Individualität« zu hinterfragen. Kuhn verknüpft zwei nicht unbedingt zusammengehörige Begriffe miteinander. Der Begriff der Individualität ist als solcher wertneutral und sagt nichts über einen »-ismus« aus, sondern beschreibt lediglich – grob formuliert – die Wesensmerkmale, die ein konkretes Individuum ausmachen. Zudem wird in der gängigen Forschung der Begriff des Individualismus weiter unterteilt in unterschiedliche Strömungen, deren Basis zwar das »Individuum« ist, aber nicht unbedingt dessen »Individualität«, sondern z.B. rein das Verhältnis »Individuum und Staat« (unter Ausblendung von dem Konzept der Individualität). Vor diesem Hintergrund wirkt seine Kritik verkürzt und etwas oberflächlich. Auch der Versuch, interdisziplinär sich dem Ziel zu nähern, ist nur bedingt als gelungen zu betrachten. Die gewählten Rückgriffe auf einzelne Theorien wirken zeitweilig wahllos und bleiben häufig auf einer oberflächlichen Ebene stehen, was mit dem bereits angesprochenen Mangel einer Definition einhergeht. Statt sich mit dem Kollektivebegriff beim Freibeutertum zu beschäftigen, hätte Gabriel Kuhn lieber einmal in die einschlägigen philosophischen Lexika schauen sollen.

Des Weiteren blendet er leider die feministische Kritik von Individualitätskonzepten vollständig aus und berücksichtigt nur rudimentär die individualanarchistische Tradition, die sich schon seit langem mit der Frage nach der Individualität beschäftigt und unter Umständen diskussionswürdigen Input liefern könnte. Vor diesem Hintergrund muss mensch leider feststellen, dass Gabriel Kuhn sein Thema leider verfehlt hat und seinem Anspruch nicht gerecht wird. Er bietet erste Ansätze, aber keine adäquate Grundlage für die Diskussion und Neuformierung einer anarchistischen Theorie von Individualismus.●

Maurice Schuhmann

Gabriel Kuhn: Jenseits von Staat und Individuum. Individualität und autonome Politik, Unrast Verlag Münster 2007, 168 S., ISBN: 978-3-89771-457-1, Preis: 14 EUR.

1) Ausnahme ist lediglich : Jürgen Mümken: Freiheit, Individualität und Subjektivität, Verlag AV Lich 2004.
2) **Dichotomie:** bedeutet die Aufteilung in zwei Strukturen oder Mengen, die nicht miteinander vereinbar bzw. einander genau entgegengesetzt sind.

ALTERNATIVER MEDIENPREIS 2008

Kreative Medienschaffende gesucht!

Zum neunten Mal haben talentierte Medienschaffende die Möglichkeit, die Jury des Alternativen Medienpreises mit ihren kreativen, unkonventionellen und kritischen Beiträgen zu überzeugen. Der Preis wird in diesem Jahr in den Sparten Internet, Print sowie Audio und Video verliehen. Erstmals können auch Podcasts eingereicht werden. Als Preisgeld gibt es 6 x 500 Euro zu gewinnen. **Bewerbungsschluss ist der 31. März 2008**. Überreicht werden die Preise am 25. April 2008 im Nürnberger Bildungszentrum.

Willkommen sind Beiträge, die sich entweder durch ihre medienübergreifende Darstellung, ihre innovative Form, oder ihren gesellschaftskritischen Ansatz hervorheben. Weitere Kriterien sind von den großen Medien vernachlässigte Inhalte oder die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

In allen drei Sparten werden je zwei Preisträger geehrt. Im Bereich des Internets honoriert die Jury anspruchsvolle Webauftritte, aber auch Einzelbeiträge mit kritischem Anspruch und unkonventionellen Inhalten. Für nichtkommerzielle Zeitungen, Zeitschriften und anspruchsvolle Beiträge mit Themen abseits des Kommerz ist die Sparte Print gedacht. Audio- und Videoeinsendungen sollten sich durch Ideenreichtum, Kreativität oder dramaturgische Gestaltung auszeichnen.

Wer teilnehmen will, sendet Wettbewerbsbeiträge und Beschreibungen an die Nürnberger Medienakademie, c/o Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Alternativer Medienpreis, Arnulfstr. 111-113, 80634 München. Eine Online-Anmeldung ist per Formular auf www.alternativer-medienpreis.de möglich. Hier gibt es auch weitere Informationen zum Wettbewerb.●

»Schaut endlich hin!«

Amsterdam-West wurde ein Viertel, in dem sich viele TürkInnen und MarokkanerInnen ansiedelten. Die einheimische Bevölkerung wanderte aus. Der Stadtteil wurde zu einem Ghetto, Kinder aus den Migrantenfamilien kamen kaum mit niederländischen Kids in Kontakt. Hier wuchs auch Mohammed Bouyeri auf, ein fundamentalistischer Moslem, der durch den Mord am Filmemacher Theo van Gogh traurige Berühmtheit erlangte. Die Autorin recherchierte ein Jahr lang in dieser Region, in einer Welt, in der Armut und Zukunftspessimismus weit verbreitet sind. Es ist eine Welt, in der die Hasspredigten fundamentalistischer moslemischer Prediger einen guten Nährboden finden. So boomen hier auch antisemitische Klischees, selbst die Protokolle der Weisen von Zion, ein übles Machwerk, das im Dritten Reich Staatsdoktrin war, werden bemüht, um Hass gegen Juden und Christen zu säen. Nun ist Amsterdam-West nicht so weit weg. Wir finden vergleichbare Verhältnisse in vielen Großstädten. Auch in Österreich. Die Erlebnisberichte der Autorin können unsere Augen für eine Welt öffnen, die in unserer Nähe existiert und doch für viele exotischer ist als ein Berg-Stamm in Neuguinea.●

Roman Schweidlenka

Margalith Kleijwegt: »Schaut endlich hin!« Wie Gewalt entsteht – Bericht aus der Welt junger Immigranten. Herder, Freiburg im Breisgau 2008

Wem gehört das Internet?

Wem gehört das Internet: Google, Wolfgang Schäuble? Der Deutschen Telekom? Bedeuten Web 2.0 und »Social Software«, dass die User zwar mitmachen und konsumieren dürfen, das Geld aber andere verdienen? Die Pioniere, die vor 20 Jahren die Entwicklung des Internets vorantrieben, rufen im vorliegenden Sammelband dazu auf, die partizipativen Möglichkeiten des Internet umzusetzen.

Anlässlich des 20jährigen Jubiläums des CL-Netzes beschreiben sie das Wikipedia-Prinzip (Mathias Schindler), fordern eine »Wissens-Allmende« (Petra Buhr/Julian Finn) und sehen Datenschutz als modernen Verbraucherschutz an (Rena Tangens und padeluun vom »Big Brother Award«). Sie geben Tipps zur Anonymisierung online (Markus Mandalka) und zum Umgang mit Suchmaschinen (Martin Goldmann).

Die Geschichte des CL-Netzes – seinerzeit das größte deutschsprachige Datennetz – wird von Peter Lokk erzählt und von Sabine Ellersick fortgeschrieben. Der Münchner Internet-Provider Sebastian von Bomhard warnt im Interview vor der Macht der Telekommunikationskonzerne. Was »netizen journalism« weltweit bewirken kann, erklären die amerikanischen Netz-Journalisten Ronda und Jay Hauben.

Bestellen kann man die Dokumentation zum Kongress unter www.wem-gehoert-das-internet.de.●

diego

ASPIRINA D7: AUFRUF 2008

Förderschwerpunkt: Illegalisierte

Aspirina D7 ist eine Stiftung mit dem Ziel, das Engagement für ein selbstbestimmtes Leben und die Schaffung autonomer (Über-)Lebensräume zu unterstützen. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, struktureller Gewalt und der damit verbundenen Ausgrenzung vorzubeugen und ihr wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen.

Projekte und Initiativen, die von uns Mittel erhalten, sind:

● Einrichtungen, die zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeiten;
● **Projekte im Bereich Antirassismus und MigrantInnenarbeit;**
● Projekte die sich mit geschlechtsspezifischer Gesundheitsversorgung und -politik beschäftigen.

2008 wird eine Förderung in allen drei Bereichen stattfinden.

Es gibt gute Gründe, sich für Antirassismus und MigrantInnenarbeit einzusetzen: Menschen, die ihr Heimatland verlassen, tun dies zumeist nicht leicht und leichtfertig, sondern um Notlagen zu entkommen, die oft (welt)politisch produziert sind. Es ist menschenverachtend, wie weite Teile der Gesellschaft eines westlichen Einwanderungslandes agieren, das historisch und gegenwärtig auf der mächtigen und profitablen Seite innerhalb der weltpolitischen Konstellationen steht.

Aspirina D7 will sich für ein menschenwürdiges Leben und Miteinander einsetzen und sich solidarisch an die Seite derjenigen stellen, die auf Grund ihrer Herkunft ausgegrenzt und diskriminiert werden. Ziel unserer Förderung sind Gruppen und Initiativen, die die Situation von MigrantInnen sichtbar machen, sie konkret unterstützen oder ihre Situation zu verändern suchen. Ebenso

unterstützen wir Projekte, die gegen Rassismus in der Gesellschaft arbeiten.

Da unsere Mittel begrenzt sind, fördern wir dieses Jahr ausschließlich Projekte und Initiativen, die **illegalisierte Menschen** unterstützen. Dies kann sowohl die konkrete Arbeit mit illegalisierten Menschen sein, als auch Lobby- oder Öffentlichkeitsarbeit in deren Interesse.

Wir vergeben 2008 im Bereich Migration insgesamt 9.000 EUR an Zuschüssen. Pro Projekt sind ein Zuschuss in einer maximalen Höhe von 3.000 EUR und ein Darlehen in einer maximalen Höhe von 10.000 EUR möglich.

Zu einem Antrag gehört das Antragsformular, eine einseitige Zusammenfassung eures Vorhabens mit einer Kurzdarstellung eurer Gruppe sowie die Beantwortung unserer Fragen auf 3-5 Seiten. Die Antragsunterlagen findet ihr unter www.AspirinaD7.de.

Nach Abschluss des Projektes erwarten wir einen geeigneten Bericht, den wir gegebenenfalls veröffentlichen, wenn nichts dagegen spricht. Richtet bitte eure **Anträge (auf Papier!) bis zum 1. 04. 2008** an folgende Adresse:
Aspirina D7, Am Schlossberg 7, 77887 Sasbachwalden
Bis Ende Juni werden wir uns bei euch melden!

Bis dahin solidarische Grüße
Aspirina D7

Anzeige

TOWERVENTURE EG, JENA

Genossenschaft beteiligt sich an wissensorientierten Unternehmensgründungen

Zur Verbesserung des Gründungsklimas für junge Firmen in der Startphase gehören an vorderster Stelle Unterstützungsstrukturen im Finanzierungsbereich. Klassische Bankkredite helfen hier nicht weiter. Sie erfordern fast immer eine nicht leistbare große Sicherheit seitens der Kreditnehmer. Insofern verdient die Jenaer Genossenschaftsgründung Tower Venture eG besondere Beachtung. Als Risikokapitalgesellschaft bietet sie bei der Finanzierung Unterstützung an. Entstanden aus einer Vernetzungsstruktur von meist kleinen IT-Unternehmen, baut sie auf eine bereits vorhandene genossenschaftliche Infrastruktur und Kooperationskultur auf.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Jena kann als Wissenschafts- und Hightech-Standort eine Premiere der besonderen Art vorweisen: die Gründung einer Anlegergemeinschaft auf Genossenschaftsbasis. Sie soll jungen Unternehmen in der Frühphase finanzielle Mittel in Form von Beteiligungen anbieten. Die *TowerVenture eG* ist damit eine Risikokapitalgesellschaft. Sie finanziert vorzugsweise technologieorientierte Unternehmen, die sich in der Startphase befinden. Die ersten vier Investments wurden bereits vollzogen. Ziel von *TowerVenture* ist es, ein breites Spektrum an Unterstützung zu bieten, das GründerInnen einen größeren finanziellen Spielraum ermöglicht. Entsprechend unterstützen die Mitglieder der TowerVenture Firmen mit den Möglichkeiten ihres Netzwerks über das Thema Finanzierung hinaus.

Vorhandene Kooperationskultur

Die Rechtsform der Genossenschaft wurde von den

GründerInnen der *TowerVenture* bewusst gewählt. Vorbild dafür sind die guten Erfahrungen mit dem Genossenschaftsmodell der ebenfalls in Jena ansässigen *TowerByte eG*. Diese hat sich in nur vier Jahren zu einem schnell wachsenden Netzwerk aus 22 Softwareunternehmen mit 230 Mitarbeitern entwickelt. Die *TowerByte* versteht sich als eine Art Existenzgründerzentrum. Sie organisiert für ihre neu hinzukommenden Mitglieder die technische Infrastruktur von der Anmietung von Räumen über Internetzugänge bis zum Reinigungsservice. Wichtiger Bestandteil ist, trotz unterschiedlicher Angebote der beteiligten Unternehmen, der kontinuierliche fachliche Austausch. Bei der räumlich engen Verknüpfung, mitunter auf dem gleichen Gang, funktioniert der unerlässliche Ideenaustausch leichter. Die kurzen Wege ermöglichen bessere Kommunikation und Zusammenarbeit.

Insofern liegt die Gründung von *TowerVenture* am Standort eines gut funktionierenden Netzwerkes nahe. Die Genossenschaft hat den Anspruch, Kompetenzen aus dem kaufmännischen, juristischen, technischen und dem Entwicklungsbereich miteinander zu verbinden. Ihre Mitglieder verfügen über langjährige Kenntnisse bei Finanzierungsproblemen und der Unternehmensführung. Außerdem blicken diese auf vielfältige eigene Erfahrungen als Gründer und Verantwortliche von schnell wachsenden Unternehmen zurück. Die Genossenschaft stellt somit in den verschiedenen Entwicklungsphasen GründerInnen auch »intelligentes Beteiligungskapital« zur Verfügung. Sie bietet so eine Managementbegleitung von der Gründung bis zum Zeitpunkt des Wiederausstiegs aus der Beteiligung.

Risikokapital aus Jena

Als Zusammenschluss von in Jena aktiven Personen konzentriert sich die *TowerVenture* auf Investitionen dieser Region. Der Fokus liegt im Bereich Informationstechnologie, aber Beteiligungen sind auch in andere Technologien denkbar. Vorzugsweise befinden sich die Kapital suchenden Unternehmen in der Gründungsphase oder möchten bei weiterem Wachstum unterstützt werden. Zielgruppe sind hoffnungsvolle junge Firmen, die Kredite – im Bankendeutsch mit dem Begriff Risikokapital umschrieben – nicht bekommen. Sie will so Know-how in der Region halten, das sonst abwandern würde.

Das bereits vorhandene Netzwerk spielt dabei eine wichtige Rolle. Nur so bekommt die Genossenschaft die Gelder, die als Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wird als mittel- oder langfristiges Eigenkapital ohne bankenübliche Sicherheiten gegeben. Das Beziehungsnetzwerk wird aber auch für die Beteiligungsentscheidungen benötigt. Zukünftig ist hier an einen Investitionsbeirat gedacht. Denn erst mit dem Wissen über die Branchen und den jeweiligen Markt, sowie die Unternehmensziele der zu Fördernden, lässt sich das Risiko der Beteiligungen in Grenzen halten. Mitglieder der Genossenschaft übernehmen während der Zusammenarbeit eine Art Patenschaft für das finanzierte Unternehmen, indem sie dort möglichst auch eine betreuende Rolle ausüben.●

Weitere Informationen: www.towerventure.com oder TowerVenture eG, Leutragraben 1 / Intershop Tower, 07743 Jena, Tel: (0 36 41) 573 33-12 info@towerventure.com

GRÜNDUNGSKLIMA GENOSSENSCHAFTEN

Potemkinsche Dörfer: Gründungsunterstützung für genossenschaftliche Unternehmen fehlt

Über Genossenschaftsgründungen liegen kaum empirisch fundierte Aussagen vor, obwohl es seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes auf niedrigem Niveau immerhin zu einer Verdopplung der Genossenschaftsgründungen gekommen ist. Eine genossenschaftsorientierte Gründungsforschung existiert faktisch nicht. Wenige Ausnahmen in diesem Bereich bestätigen die Regel. Dazu gehören zwei Studien, bei denen das Thema Kooperationen kleiner und mittlerer Unternehmen im Mittelpunkt steht. Beide stellen die fehlende Bekanntheit der genossenschaftlichen Rechtsform fest.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Gründungsklima umfasst die Gesamtheit aller politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren, die die Bereitschaft zur Unternehmensgründung beeinflussen. Es schlägt sich nieder in der Bereitschaft Einzelner oder von Gruppen, ein Unternehmen zu gründen. Insofern beinhaltet das Gründungsklima eine psychologische Komponente der Bereitschaft, sich auf den mit Unsicherheiten und Risiken versehenen Prozess der Unternehmensgründung einzulassen. Diese Bereitschaft, wird in den meisten Fällen entscheidend von Umfeldfaktoren beeinflusst. Sie bestimmen die Einschätzung der GründerInnen, dass der Gründungsprozess erfolgreich abgeschlossen werden kann. Sie lassen sich in weiche und harte Faktoren differenzieren.

Einflüsse auf das Gründungsklima

Zu den weichen Faktoren des Gründungsklimas gehören neben der historisch gewachsenen Tradition der Umgangsweise mit Gründungen vor allem auch die grundsätzliche Einstellung und Atmosphäre für Unternehmensgründungen im näheren und weiteren Umfeld der GründerInnen. Sie werden ergänzt durch Aspekte wie Ansehen der Akteure, Einschätzung zu Gründungen unterschiedlicher Form und Art als Selbstverständlichkeit, Umgang mit GründerInnen im Falle von Misserfolgen. Den harten Faktoren des Gründungsklimas sind alle Unterstützungen und Förderungen für Unternehmensgründungen zuzuordnen wie Finanzierung, Qualifizierung, Beratung, Vernetzung, fehlende bürokratische Strukturen oder Auflagen, Hilfen beim Marketing, der Kundengewinnung oder der Geschäftsräume.

Zum Gründungsklima für Genossenschaftsgründungen liegen kaum empirisch fundierte Aussagen vor. Eine genossenschaftsorientierte Gründungsforschung existiert faktisch nicht. Wenige Ausnahmen in diesem Bereich bestätigen die Regel. Zu ihnen gehört eine Studie über die Gründung mittelständischer Kooperationen in genossenschaftlicher Rechtsform von von Ravensburg, Pinkwart und Schmidt. Immerhin werden hier u.a. 71 genossenschaftliche Kooperationen befragt. Darauf beruhen verschiedene Vorschläge zur Verbesserung des Gründungsklimas wie Steigerung des Bekanntheitsgrads, Einbindung der nicht genossenschaftlichen Verbände, Gewinnung von Multiplikatoren. Ob dies wirklich zu mehr Neugründungen führen würde, bleibt zweifelhaft.

Mögliche Gründungsbereiche

Diese Einschätzung gilt mit Einschränkungen auch für Vorschläge einer relativ neuen Auftragsstudie des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbands e.V. (RWGV) aus Münster. Darin werden die »Potenziale für genossenschaftliche Neugründungen im Rahmen von Handwerkerkooperationen und Unternehmensnachfolgen im nordrhein-westfälischen Mittelstand« untersucht. Durchgeführt wurde sie vom Kölner Genossenschaftsinstitut von Rösner, Blome-Drees und Schmale. Ihr Ergebnis: Das ungenutzte Potenzial für genossenschaftliche Neugründungen im Rahmen von Unternehmensnachfolgen im Mittelstand in Nordrhein-Westfalen ist hoch. 1.600 Unternehmen werden jährlich an die Mitarbeiter übergeben. Zieht man die Fälle einer unternehmensexternen Übergabe und die Zahl der aufgegebenen Unternehmen hinzu, liegt das Neugründungspotenzial noch höher.

Auch für die Gründung von Genossenschaften im Handwerk wird ein erhebliches Potenzial gesehen. Generell sind dort Kooperationen ein Wachstumssegment, weil die Nachfrage die Bündelung vieler Handwerksleistungen erzwingt. Außerdem bringt die Ausgliederung betrieblicher Funktionen Kostenvorteile mit sich. Die eG spielt als Rechtsform aber bisher weder bei Unternehmensnachfolgen noch bei der Gründung von Handwerkergenossenschaften eine relevante Rolle. Die Erklärung lautet ähnlich wie in der vorher genannten Studie. Die Neugründungsschwäche der Genossenschaften wird in erster Linie als ein Kenntnis- und ein Imageproblem eingestuft. Dies gilt nach Einschätzung der Autoren für potenzielle Gründer, relevante Berater und die Öffentlichkeit.

Zusammenarbeit mit Beratern

Grund dürfte aber weniger sein, dass die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes Gründungsberatern nicht bekannt ist, sondern, dass es kein Kooperationsverhältnis zwischen Verbänden und Gründungsberatern gibt. Die Genossenschaftsverbände vermitteln den Eindruck, genossenschaftliche Gründungsunterstützung sei ihr alleiniges Metier. Gleichzeitig weisen sie hierfür aber viel zu geringe Kapazitäten auf, um eine neue Gründungswelle anzustoßen.

Die Zusammenarbeit mit klassischen Gründungsberatern könnte hier Abhilfe schaffen. Bisher ist diese aber völlig unterentwickelt und bedürfte einer aktiven Strukturierung durch die Verbände. Der sechsten Schlussfolgerung der Studie kann deshalb nur zugestimmt werden: »Wenn eine spürbare Erhöhung der genossenschaftlichen Neugründungsquote von den regionalen Genossenschaftsverbänden wirklich gewollt ist, dann müssen erheblich finanzielle Mittel in die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung von Gründungsinteressierten und ihren relevanten Beratern gelenkt werden.« Das Gründungsklima für Genossenschaften ließe sich so erheblich verbessern.●

DIREKTINVESTITIONEN IN GENOSSENSCHAFTEN

Warum ich?

Warum ich? Diese Frage stellt man sich gewiss manchmal, doch viele aktive Menschen scheinen eher nach dem Sprichwort »Wenn nicht ich, wer dann. Wenn nicht jetzt, wann dann« zu handeln und sind zum Wohle der Allgemeinheit tätig. Aktiv auch im Protest gegen die herrschende Meinung des Neoliberalismus. Als kleines Rad einer riesigen, ja weltumspannenden, Maschine versuchen sie diese zum umlenken oder stoppen zu bewegen.

Alexander Huber, Red. Genossenschaften ● Das schildert auch am besten den Konflikt dieser Menschen – sie sind bereit für eine Lösung und gleichzeitig Teil des Problems. Sie protestieren für eine bessere Welt und müssen gleichzeitig selbst konsumieren. Dabei ist es heute so gut wie unmöglich, ohne Gewissenskonflikte zu konsumieren. Denn wer hat ausreichend Informationen und Geldmittel, um seinen eigenen Lebensstil immer nachhaltig zu gestalten? Auch ist das Angebot in dieser »Nische« oft versteckt bzw. vielerorts gar nicht vorhanden.

Das Ziel des nachhaltigen Einkaufskorbes – ohne Ausbeutung von Mensch und Umwelt und ohne unerwünschte Zusatzstoffe der Industrie – kann so leider oft nicht erreicht werden. Und das »liebe Geld«? Das liegt auf der Bank und wird von dieser verwaltet. Welche Bank ist es denn? Finanziert sie eventuell Atomkraftwerke oder Rüstungsindustrie? Vielleicht den Konzern, gegen den ich gerade protestiere? Schwer zu sagen, da sich die meisten Banken in dieser Hinsicht sehr bedeckt halten.

Oder ist das Geld in einem Fonds investiert? Doch wo bleibt da das Mitspracherecht? Wo legt der Fonds sein Geld an? Was tun, wenn ich mit einer der Firmen im Portfolio nicht einverstanden bin? Auch hier gibt es nicht unerhebliche Probleme, die Nachhaltigkeit umzusetzen.

Wurde der Schritt gewagt, in einen der Nachhaltigkeitsfonds zu investieren, stellt sich diese Frage immer noch. Denn was nachhaltig ist, definiert jeder etwas anders. Das gilt auch für die Anbieter solcher Fonds. So wundert man sich über Autohersteller oder Erdölfirmen im Portfolio vielleicht genauso wie über eine Versicherung, die gerade erst damit Schlagzeilen gemacht hat, dass sie – trotz hoher Gewinne – Mitarbeiter entlässt.

Gibt es denn für das Geld auch Alternativen? Ja! Es gibt zahlreiche kleinere Projekte und Firmen, die sich für die Nachhaltigkeit engagieren und immer einen Bedarf an weiteren Mitteln haben. Und wenn man sich ein Projekt in Form einer Genossenschaft auswählt, erhält man automatisch demokratische Mitspracherechte bei den Unternehmensentscheidungen.●

Beispiele dafür: www.greenpeace-energy.de (Anbieter von Ökostrom) oder www.justa-tero.org (Nachhaltigkeit allgemein).

Masse Mensch

Gibt es eine europäische Identität? »Der Wissenschaft erwachse ... die Aufgabe, den europäischen Integrationsprozess durch die 'Konstruktion einer europäischen Meistererzählung' zu rechtfertigen«, ist in dem beeindruckenden Buch über das »Wir – sprachlich behauptet, ästhetisch inszeniert« zu lesen. Dort wird nicht nur die künstliche Produktion eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls seziert, sondern die Masse als Summe der Einzelnen, in denen diese Einzelnen mit ihren Eigenarten und Unterschieden völlig untergehen in dem Brei der kollektiven Identität, wird an vielen Beispielen durchleuchtet und hinterfragt.

Das fängt bei historischen Betrachtungen, den Tricks vor 100 Jahren an, findet seinen Schwerpunkt aber in den Identitätskonstruktionen von heute – vom Kopftuchstreit über die Beleidigungsfähigkeit des Kollektivsubjekts bis zu identitätsstiftenden Ritualen der neuesten Zeit reichen die Kapitel. Als Grundlage für die Kritik der prägenden Gesellschaftsformationen auf dem Globus bietet das Buch seitenweise Anregungen. Denn ob Gott, Volk oder Schicksalsgemeinschaft – alle Gesellschaften fußen auf kollektiven Identitäten, denen der autonome Mensch ein natürlicher Feind ist und deshalb unterworfen werden muss.●

Jörg Bergstedt

Andrea Jäger/Gerd Antos/Malcolm H. Dunn: Masse Mensch, 2006, Mitteldeutscher Verlag in Halle, 344 S., 20 EUR

Glückwunsch: 30 Hefte dérive

Die in Wien erscheinende Zeitschrift für Stadtforschung dérive hat ihre 30. Ausgabe veröffentlicht. Das erste Heft erschien im Juli 2000, heute hat sich der Titel im Feld der Architektur- und Stadtplanungszeitschriften etabliert und dürfte der kritischste im deutschsprachigen Raum sein.

Der Ursprung des Namens dérive liegt in der Theorie des französischen Situationismus: Dessen AnhängerInnen nannten es »dérive«, wenn sie ziellos und experimentell durch die Stadt streiften, um ebenjene besser kennen zu lernen. Sie entwickelten aus diesen ungewohnten unvorhersehbaren Perspektiven ihre Kritik der Urbanität – und das schon in den 1950 und 1960er Jahren.

Herausgeber Christoph Laimer, der das Heft von Anfang an unter prekären Bedingungen produziert und maßgeblich geprägt hat, geht es genau um jene Kritik der Urbanität. Er sieht »dérive« als Zeitschrift zur Kritik der gesellschaftlichen Zustände, die nun mal in der Regel in Städten früher und massiver auftreten und dort auch besser erkenn- und damit kritisierbar seien. Themen von dérive sind und waren: Überwachung des öffentlichen Raumes, Rassismus, Multi- und Einkaufserlebniskomplexe, Migration, Stadtplanung, Obdachlosigkeit, Umbau des Sozialstaates, Kulturwirtschaft.

Das aktuelle Heft hat den Schwerpunkt »Cinematic Cities – Stadt im Film« und berichtet über die kinematographische Darstellung der Modernisierung und Urbanisierung in Deutschland vor 1914, die Selbstdarstellung von Hollywood als Stadt in den dort produzierten Filmen und die Markierung und Inszenierung von Wien als gefährlicher Stadt im Film der Nachkriegszeit. Mehrere Beiträge behandeln die chinesische Stadtplanung und ihren derzeitigen Wandel, und von der grundlegenden Serie »Geschichte der Urbanität« von Manfred Russo wird schon der 22. Teil abgedruckt.

In Heft 29 wurde die »Transformation der Produktion« mit Artikeln zu Industriearchitektur oder zum Identitäts- und Imagewandel von Eisenhüttenstadt untersucht. dérive ist auch immer wieder global, mit Beiträgen zu Danzig, Hong Kong oder Los Angeles; und vielfältig, denn es wird auch schon einmal über Natur, Vögel und Menschen in der Stadt berichtet. Wichtig und nützlich sind die Besprechungen von Ausstellungen und Büchern, die diese sehr ansprechend gestaltete Zeitschrift abschließen. Für eine Beschäftigung mit der Transformation der Städte ist diese Zeitschrift ein wirklich gutes Hilfsmittel.●

Bernd Hüttner

dérive – Zeitschrift für Stadtforschung, Liechtensteinstrasse 46a/2/5, A-1090 Wien, www.derive.at

Medien und Staatsgewalt

Nicht erst seit den Protesten gegen den G 8 Gipfel in Heiligendamm letzten Sommer ist das Verhältnis der Staatsgewalt, speziell der Polizei zu den Medien wieder verstärkt in das Interesse gerückt. So ist »Heiligendamm« auch der Anlass für das aktuelle Heft von *Bürgerrechte und Polizei/CILIP*. Zwei der RedakteurInnen beschreiben das polizeiliche Informationsverhalten der Polizei in Heiligendamm. Dieses war von einer Behinderung kritischer JournalistInnen einerseits und einer eigenen offensiven polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit gekennzeichnet: Öffentlichkeit verspricht auch für die Polizei Legitimation und Akzeptanz. Die zwei weiteren Hauptbeiträge des Heftes untersuchen zum einen das Agieren und die Wirkung, die die unabhängigen und selbstorganisierten Medien der sozialen Bewegungen rund um Heiligendamm erzielen konnten. Diese Medien agierten online im Internet, produzierten ein eigenes Radio ebenso wie ein tägliches halbstündiges Online-Fernsehprogramm und betrieben klassische Pressearbeit. Dann sezieren drei Mitglieder des Bundesvorstandes des Republikanischen Anwaltsvereins in ihrem Beitrag die polizeiliche Desinformationspolitik in Heiligendamm, die auch die Lancierung von den Medien dann ungeprüft weiterverbreiteter Lügen mit einschloss.

Weitere Themen des Heftes sind die Polizeireporter von Tageszeitungen, die Arbeit von Polizeipressestellen und die Geheimdienstreform in Italien. Wie in jedem Heft finden sich Kurznachrichten und die polizeikritische Chronologie. Die Zeitschrift erscheint seit 1978 und ist eine der immer noch erstaunlich vielen Zeitschriften, die sich, wie etwa Kritische Justiz, Betrifft: Justiz und Forum Recht seit Jahrzehnten der Justizreform und Polizeikritik widmen. Wer sich aus einer kritischen Position für Demokratie und die Entwicklung von Polizei und Innerer Sicherheit interessiert, kommt an *Bürgerrechte und Polizei/CILIP* nicht vorbei.●

Bernd Hüttner

Bürgerrechte und Polizei/CILIP 88 (3/2007): Staatsgewalt und Medien, 112 S., 7,50 EUR, www.cilip.de

Bildband zu G8-Gipfel Protesten 2007

Politik wird nicht nur mit Worten gemacht, politische Veränderungen entstehen auch mit Bildern. Es sind meist wenige Augenblicke, Momentaufnahmen aus der Flut geschichtsträchtiger Visionen und Ereignisse, die plötzlich Bedeutung entfalten. Ein einzelnes solcher Sinnbilder kann über Jahrzehnte hinweg zum Handeln animieren – oder auch nachhaltige Abwehr hervorrufen.

Auf 168 Seiten hat Attac Deutschland versucht, das wichtigste Ereignis der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland in Bildern festzuhalten. Der Band soll helfen, die schönen und die hässlichen Seiten der G8-Gipfelproteste in Heiligendamm in Erinnerung zu behalten. Für 14,95 EUR (plus Versandkosten) kann der attraktive Bildband bei Attac bestellt werden: www.attac.de/ service/materialbestellung/shop/●

Schwarzbuch Scientology

Seit einiger Zeit macht sie wieder von sich reden: Die totalitäre Organisation Scientology, um die es einige Jahre eher ruhig geworden ist. Nun hat sie Europa den Krieg erklärt und rüstet mit der Errichtung neuer Zentren, Kampagnen zur Rekrutierung der wichtigen Zielgruppe Jugendliche, mit Attacken gegen PsychiaterInnen und KritikerInnen erneut auf. Nach wie vor lebt der Scientology Geheimdienst, geht es um Geld, viel Geld, immer noch warnen StaatsschützerInnen und andere KritikerInnen vor der Organisation, die öffentlich auf Meinungsfreiheit und Demokratie setzt und dahinter ein totalitäres System aufbaut, das den Menschen entmündigt, seine Freiheit raubt und ihn intensiv kontrolliert. Scientology und Demokratie – so der Tenor der Kritik – passen nicht in das selbe Boot.

Caberta, Expertin in Sachen scientologischer Strategien, hat mit ihrem aktuellen Buch eine Lücke im deutschen Buchmarkt erfreulicherweise geschlossen. Anschaulich werden Geschichte, Aufbau und Vorgangsweisen der Scientology dargestellt, die ganz besonders Eltern, PädagogInnen, LehrerInnen, Jugend- und SozialarbeiterInnen zur Information zu empfehlen sind. Der Frage, wie Jugendliche vor den totalitären SeelenfängerInnen geschützt werden können, geht die Autorin nach, indem sie auf ihre langjährige Erfahrung mit der Psychogruppe zurückgreift.●

Roman Schweidlenka

Ursula Caberta: Schwarzbuch Scientology, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2007

Zur Kritik des Kultur-Kapitalismus

Ein Vorwurf an die Soziologie lautet ja, diese schaue zu sehr auf das, was sich ändere und zu wenig auf das, was gleich bleibe. Diese Kritik könnten Besserwisser auch gegen das neue Buch des in Wien lebenden politischen Autors und Feuilletonisten Robert Misik vorbringen. Sein »Kult-Buch« ist bei der kritischen Beschreibung des zeitgenössischen Kapitalismus ein sehr gutes Hilfsmittel. Es hat drei Thesen. Güter schaffen Identitäten, da es beim Konsum heute vorrangig um Identität gehe und die Waren weniger wegen ihrer Funktion, die werde eh vorausgesetzt, sondern zweitens wegen der ihnen zugeschriebenen Bedeutung oder der beim Kauf oder Gebrauch mit ihnen in Verbindung gebrachten Gefühlen gekauft würden: Zeige mir welches Auto, Mobiltelefon, Nahrungsmittel oder Turnschuhe du kaufst und ich sage dir, wer du bist oder zumindest sein willst. Dies gelte nebenbei nahezu unabhängig vom realen Einkommen, da diese Selbstdefinition in jeder Einkommensschicht besteht, gleichzeitig verschärfe, so Misik, der Kulturkapitalismus die sozialen Ungleichheiten, heute gilt die »Unterschicht« nicht nur als arm, sondern, weit gravierender, auch als extrem uncool. Drittens habe, und das ist Misiks Kritik an der gängigen linken kulturpessimistischen Betrachtung von Konsum, der Kapitalismus die Welt bunt, und eben nicht grau gemacht.

Image sei heute alles, in der Politik – hier geht es immer weniger um Wahrheit als vielmehr um Unterhaltung – und auch in der Wirtschaft. Heute ist für bekannte Marken das Image das wichtigste und gleichzeitig das wertvollste, jede Provinzbank oder Versicherung fördert Kunst, und ethischer Konsum – Trinke fair gehandelten Kaffe und fühle dich gut – ist ein Wachstumsmarkt. Apropos Wachstum: Die Kulturwirtschaft ist das am schnellsten wachsende Segment der Ökonomie und die Kulturberufe stellen derzeit schon mehr Arbeitsplätze als die Automobilindustrie, die bislang stark im Fokus linker Politikstrategen steht.

Misik übersieht bei seiner Beschreibung des grellen, bunten und affektiven nicht das Elend. Er beschreibt ausführlich, wie Menschen in Bildungsungleichheit hineingeboren werden und was der Staat – auch jenseits aller Kritik am staatlichen Schulsystem – dagegen tun könnte. Er führt aus, wie heute im öffentlichen Raum nur noch Eventkultur oder Shopping stattfinde, wie auch die Orte der Ortlosigkeit sich europaweit immer mehr ähneln, und Bahnhöfe heute aussehen wie Kaufhäuser und Flughäfen wie Shopping Malls.

Weitere Themen in dieser Tour de Force sind die Kulturalisierung der Ökonomie und die Ökonomisierung der Kultur, islamische Coca-Cola und Nationen als Marken, Shopping Malls, Kreativität als neue Technik der Selbstdisziplinierung und warum die materielle Produktion zwar immer noch wichtig, aber vielleicht heute, wo Konsumieren doch auch schon eine Art »Produktionsform« sei, nicht mehr das entscheidende ist.

Misik erreicht sein formuliertes Vorhaben, zu zeigen, welche Veränderungen der Konsum- oder kulturelle Kapitalismus mit sich bringt, mit gewohnter Souveränität. Immer wieder weist er darauf hin: Die Analyse sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit kommt um eine Beschäftigung mit dem Pop- und Lifestyle-Kapitalismus nicht herum – und umgekehrt. Sein Buch ist dafür ein wichtiger und lesenswerter Beitrag.●

Bernd Hüttner

Robert Misik: Das Kult-Buch. Glanz und Elend der Kommerzkultur; Aufbau Verlag, Berlin 2007, 200 S., 19,95 EUR. www.misik.at

Risikoexistenz Frau

»Die Geschichte der Frauenbetriebe, Netzwerke und Projekte in Berlin ist ohne die frühe Geschichte der Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre undenkbar.« Birgit Daiber und Ricarda Buch unternehmen den Versuch, anhand der wesentlichen Projekte und Netzwerke, die Geschichte von Frauennetzwerken in Berlin grob zu umreißen. Ausführlich dargestellt werden: Das Frauenfinanzierungsnetzwerk *Goldrausch*, der *AK Staatsknete*, die *Regionale Entwicklungsagentur für Frauen* (REA), die *WeiberWirtschaft e.G.* und als aktueller Beitrag, die Entwicklung der Tauschringe.

Der Fall der Mauer 1989 war eine große Zäsur. Der damals einsetzende Transformationsprozess ist heute noch nicht abgeschlossen. Nicht alle Frauenprojekte in Westberlin haben den Prozess überlebt. Der *AK Staatsknete* und die *Regionale Entwicklungsagentur für Frauen* (REA) bestehen heute nicht mehr. Das GründerInnenzentrum »WeiberWirtschaft«, das größte in Europa, hat dagegen an Bedeutung gewonnen. Im Januar 1987 organisierte der *AK Staatsknete* eine Tagung mit einem Workshop zum Thema »Frauen schaffen sich ihre Arbeitsplätze selbst«. Dies war die Initialzündung für die Entstehungsidee der »WeiberWirtschaft«. 1991 gründeten 68 Frauen, die 225 Anteile gezeichnet hatten und damit eine Einlage von 45.000 DM zusammenbrachten, die erste Frauengenossenschaft seit der Weimarer Republik in Westberlin.

Ähnlich interessant ist die Gründung des autonomen feministischen Finanzierungsnetzwerks »Goldrausch«, die 1982 erfolgte. »Goldrausch« unterstützt Existenzgründerinnen mit Rat und Geld. 450 Frauenunternehmen haben bis heute ein zinsloses Darlehen oder Zuschüsse erhalten. Es handelt sich meist um Mikrokredite, die oft schwierig von Banken zu erhalten sind oder Zuschüsse von »Goldrausch«, die den Erhalt eines kleinen Frauenunternehmens erst möglich machen. Im Gegensatz zum Beginn der Förderung werden Mikrokredite und Zuschüsse heute deutlich weniger in Anspruch genommen. Ob das an der Unterschätzung des Kapitals der Existenzgründerinnen liegt, die ungern Schulden machen wollen, oder an einem nicht ausreichenden Bekanntheitsgrad der Fördermöglichkeit, bleibt offen.

Die Publikation ist im Rahmen des europäischen WEFnet-Projektes – *Women Engendering the Finance Network* – entstanden. Das Fazit der Autorinnen lautet: »Die beruflichen Frauennetzwerke sind im wesentlichen von sehr gut qualifizierten Frauen für sehr gut qualifizierte Frauen geschaffen worden. (...) Die sozialen Frauennetzwerke haben sich zum großen Teil mit den sehr hartem Tatbestand der Gewalt gegen Frauen und Kinder befasst. (...) An der strukturellen Entwicklung orientierte Netzwerke sind solange lebensfähig gewesen, solange es einen relevanten Einfluss der Frauenbewegung gab. (...) Arbeitsmarktorientierte Netzwerke, die im Bereich Qualifizierung und befristete Beschäftigung arbeiten, haben sich so wie alle anderen sozialen Träger vom Selbsthilfegedanken entfernt bzw. entfernen müssen.«●

Yvonne de Andrés

Birgit Daiber / Ricarda Buch: Risikoexistenz Frau. Inselpresse Lindwerder, erschienen Mai 2007, Kartoniert, 112 Seiten, ISBN: 978-3-939188-03-2, 16,80 EUR
Zu beziehen über: www.wefnet-berlin.eu oder direkt bei daiberB@aol.com

Welchen Sinn macht Strafe?

Der Wahlkampf in Hessen hat die Debatte um härtere Strafen neu angefacht. Doch das Elend der Gefängnisse schreit schon seit langem nach einer grundsätzlichen Veränderung: Strafe, sei es in der Erziehung, am Arbeitsplatz, in der Bildung oder per Knast, Psychiatrisierung und mehr, schafft oder verstärkt ständig die Probleme, die sie zu bekämpfen vorgibt. Das lässt sich durch Statistiken, aber auch durch einfache Beobachtung im Alltag schnell beweisen. Warum aber wird weiter an Strafe festgehalten? Was bringt das den Betroffenen oder wenigstens den Unbeteiligten? Oder dient Strafe nur der Durchsetzung abstrakter Ordnungen, schafft also entmenschlichten Zwangsordnungen Akzeptanz und Durchsetzungskraft?

Zu diesen Themen ist jetzt ein aktuelles Buch erschienen. Unter dem Titel »Strafe – Recht auf Gewalt« wird in etlichen Interviews mit RichterInnen, RechtsanwältInnen und JustizkritikerInnen den Fragen nach Sinn und Unsinn von Bestrafung nachgegangen. Statt populistischer Oberflächlichkeiten geht es hier in die Tiefe – und um Alternativen: Wie sähe eine Gesellschaft ohne Noten, Normierung, Kontrolle und Sanktion sowie ohne Gerichte und Knäste aus? Ein wichtiges Buch zur richtigen Zeit.●

Jörg Bergstedt

Johannes Bühler: Welchen Sinn macht Strafe? Seiten-Hieb (Reiskirchen) A5, 92 S., ISBN 978-3-86747-024-7, 4 EUR. www.seitenhieb.info

Das Erbe der Apachen

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Die spanischen Eroberer haben die Azteken mit einer einfachen Methode besiegt: Sie nahmen dem Volk ihre Nummer eins und machten es damit führungslos. Der Konquistador Hernán Cortés setzte den König der Azteken im Jahr 1519 fest, was den Anfang vom Ende dieser Kultur einläutete.

Mit den Apachen klappte dieses Vorgehen nicht. Francisco Vásquez kam 1540 nach Mittelamerika, er wollte den Chef der Apachen ausschalten, fand aber keinen. Die Apachen bedienten sich einer raffinierten Organisationsform, die man heute dezentral nennen würde: Das Volk bestand aus einzelnen, sich nach Bedarf neu organisierenden Gruppen. Wurde eine von den Spaniern besiegt, tauchten woanders zwei neue auf. Die Stämme managten sich selbst, ohne König, und blieben Jahrhunderte unbesiegt.

Deshalb taugen die Apachen als Fallstudie für ein Wirtschaftsbuch. Die Autoren von »Der Seestern und die Spinne« huldigen der dezentralen Organisation. Sie haben tief in der Geschichte gekramt, um ihre These von der Überlegenheit der cheflosen Gebilde zu stützen, und sie fanden in der Biologie das Bild, das ihrem Buch den Namen gab: Der Seestern hat kein Hirn, sein Organismus ist vollständig dezentral angelegt. Jeder seiner fünf oder mehr Arme enthält den kompletten Bauplan dieses Lebewesens mit fast allen Organen. Geht einmal ein Arm verloren, wächst ein neuer nach.

Dieses Prinzip finden die Autoren bei Wikipedia wieder. Auch das Internetlexikon hat kein zentrales Hirn. Seine Intelligenz liegt in den Köpfen seiner Zehntausenden Mitstreiter. Diese entwickeln die Enzyklopädie jeden Tag weiter, ohne dass sie dafür einen Auftrag oder eine Dienstanweisung von einem Chef bekommen hätten. Fällt ein Autor aus, kann ein anderer weitermachen.

Eine schöne, neue Welt zeigt uns das SeesternBuch: Das Großunternehmen ist von gestern, nicht Chefs, sondern geheimnisvoll wirkende Katalysator-Menschen regieren das erfolgreiche Geschäft, die Energie kommt aus dem Chaos, und Unternehmen, die nicht flach sein wollen, werden einfach flach gewalzt. Diese Thesen haben die beiden Autoren und Startup-Profis aus den USA locker zusammengeschrieben. Es ist ein Buch entstanden, das sich, wie viele andere dieses Genres, in zweieinhalb Stunden überfliegen lässt. Einige Anekdoten und Geschichten bleiben hängen und geben Denkanstöße: Brauchen wir wirklich so viel Hierarchie und Bürokratie, mag sich mancher Leser fragen, der aus einem Großunternehmen kommt.

Der Verlag sagt, das Buch sei eines jener seltenen Werke, die unser Weltbild »komplett verändern«. Dass dieses Versprechen zu hoch gegriffen ist, liegt schon daran, dass die Spinne (aus dem Buchtitel) von den Autoren als Sinnbild für die untüchtige Organisation hingestellt wird. Denn reiße man dem Tier ein Bein aus, könne es nicht mehr weiterleben. Hier werden die Achtbeiner in ein unverdient schlechtes Licht gestellt – denn eigentlich sind sie eine der erfolgreichsten Spezies unseres Planeten: es gibt 38 000 Spinnenarten, und fast täglich wird eine neue entdeckt. Das lässt ahnen, dass die Autoren sich allzu sehr von ihrem Klischee haben reiten lassen. Ihre geschätzte, sich selbst reparierende Seestern-Organisation ist nicht für alle Zwecke das Nonplusultra. Denn wollten wir ohne Zentrale, Chefs und Befehle so komplizierte Dinge wie Mähdrescher, Düsenflugzeuge oder Krebsmedikamente herstellen, wäre der rasche Misserfolg sicher.●

Axel Gloger

Aus: FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, 18.1.2008

Der Seestern und die Spinne: Ori Brafman, Rod A. Beckström Wiley 2007, 192 Seiten, 24,90 EUR

PROJEKTE

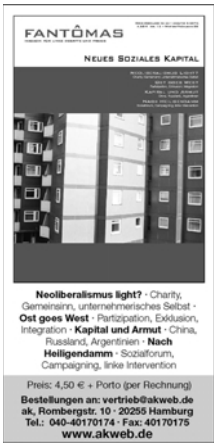
Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel:
»Wir gründen eine Kommune!«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe, von der Kommune Olgashof, Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Politische Stadtkommune im Gründungsprozess sucht Leute. Wir treffen uns monatlich, um Projekt und Ort zu (er)finden. ☎(05 11) 260 31 41
E-Mail: enrico1968@hotmail.com

Hof gesucht: Vollerwerbsbetrieb zum Einstieg/Übernahme durch Lebens-/Arbeitsgemeinschaft Wohnhof e.V. (6 Erw., 3 Kinder, darunter eine Landwirtsfamilie). Raum Süddeutschland.
Kontakt: ☎(0 71 74) 84 48 29
E-Mail: sophiaoe@web.de

In unserer **Kommune in Kassel** ist wieder Platz für engagierte, aktive, interessierte und interessante Mitmenschen, die Lust haben, sich auf eine 30-köpfige Gruppe, deren Lebensalltäg(lichkeit)en und Zukunftsvisionen einzulassen und sich darin einen eigenen Platz zu gestalten. Wenn Du dazu Lust hast, kannst Du uns folgendermaßen erreichen:
☎(05 61) 920 09 49 25
info@gemeinsam-leben-eg.de
www.villa-locomuna.de

2 große (34) Leute und ein kleines Leut (2) suchen **linkes Wohn-/Hausprojekt in (Süd-)Berlin** oder im Umland (öff. Nahverkehr). Gerne auch Genossenschaft. Wichtig ist uns Gemeinschaft, Hof/Garten, andere Kinder.
☎(0 30) 45 02 95 11



KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und **50678 Köln**, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@t-online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 4.-6.4.2008

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 28.-30.3.2008

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 5.-9.5.2008
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

BUKO

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik
ProtagonistInnen der Entwicklungshilfe sehen sich gern in einer Samariter-Identität. In diesem Seminar soll herausgearbeitet werden, dass bereits der Begriff der »Entwicklung« eine tragende Säule zur Legitimation der Herrschaft des Nordens über den Süden bildet. Diese These soll anhand der deutschen Entwicklungspolitik in Lateinamerika konkretisiert werden. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für einen politischen Internationalismus?
Als Referent ist Dr. Aram Ziai geladen, Soziologe und Politikwissenschaftler an der RWTH Aachen und Autor mehrerer Bücher zum Diskurs über Entwicklung. Zudem wird es ein Inputreferat zur strategischen Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika geben.
Veranstalter:
BUKO, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Ökumenisches Büro München
Termin: 28.-30.3.2008
Ort: Burg Schwaneck in Pullach bei München
Anmeldung bis zum 14.3.:
mail@buko.info
Infos: Ökumenisches Büro München
nica@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de/aktuelles/2008seminarentwicklungspolitik.html

Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt
Videoüberwachung öffentlicher Räume, Verdrängung marginalisierter Gruppen aus den Innenstadtzentren, Privatisierung städtischer Infrastrukturen oder des sozialen Wohnungsbaus – das alles (und mehr) ist als Kennzeichen einer neoliberalen Stadtpolitik weithin bekannt.
Für neu in das Thema Einsteigende gibt der Workshop zunächst in »Crashkursen« einen Überblick über die neoliberale Urbanisierung. Diskutiert wird dann mit stadtpolitisch interessierten AktivistInnen, kritischen StadtforscherInnen und allen, die es sonst interessiert, vor welche neuen Herausforderungen dies städtische soziale Bewegungen stellt. Anhand von Bewegungsbeispielen werden typische Probleme und Konfliktkonstellationen städtischer Initiativen und Kampagnen seit den 80er Jahren erörtert und Bedingungen für erfolgreichen Protest und Stadtpolitik »von unten« diskutiert. Einerseits ist die Präsenz progressiver Bewegungen nach dem Ende der Mobilisierungswelle in den 1980er Jahren insgesamt gering. Durch Privatisierung und Deregulierung sind städtische AktivistInnen mit immer mächtigeren AkteurInnen beispielsweise auf dem Immobilienmarkt konfrontiert (z.B. REITS).
Die aktuelle Stadtentwicklungspolitik versucht verstärkt alternative Initiativen zu vereinnahmen (etwa in Form der Unterstützung von »Zwischennutzungen«). Alternative Projekte laufen Gefahr, als »Pioniere« die Gentrifizierung der Stadtteile, in denen sie aktiv sind, voranzutreiben. Andererseits regt sich ein kreativer Protest gegen die »hässliche Stadtumstrukturierung«. Neue Aktionsformen wie Imagebeschmutzung oder Radioballett werden erprobt. Die globalisierungskritische Bewegung entdeckt zunehmend die lokale Ebene.
Der Workshop fragt daher: Wie kann unter den Bedingungen neoliberaler Stadtumstrukturierung (noch & wieder) erfolgreich und mit Spaß linke Politik gemacht werden? Bieten die neuen Bedingungen möglicherweise auch neue Ansatzpunkte? Was können wir aus den Fehlern und Erfahrungen vergangener Bewegungen und von internationalen Beispielen lernen?
Termin: 11.-13.4.2008
Ort: Berlin, SFE im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 2.HH
Kontakt:
jenny.kuenkel@metropolitanstudies.de
Info: www.buko.info

ANARCHISMUS

Anarchie in Europa
Am 1. und 3. Juniwochenende 2008 führen wir in Hannover zwei Treffen zu anarchistischen Perspektiven in Europa durch. Eingeladen sind alle Interessierten.
Am 1. Juniwochenende werden wir aus anarchistischer Sicht den Vertrag von Lissabon diskutieren (ehem. EU-»Verfassung«) und die langfristige Entwicklung der EU analysieren.
Am 3. Juniwochenende haben wir Aktive aus anarchistischen Zusammenhängen in Osteuropa und Frankreich/Schweiz eingeladen, um gemeinsam über die Situation und Perspektiven des Anarchismus in Europa zu diskutieren. Dabei haben wir bewusst keine »Fach«leute eingeladen, sondern einfach aktive AnarchistInnen. Der Rahmen ist informell und es geht primär darum sich auszutauschen und zu diskutieren.
Ihr könnt auch an nur einem der Wochenenden teilnehmen.
Weitere Infos unter:
http://3tes-jahrtausend.org/europaeische_union/eu_verfassung.html

Anarchistisches Sommercamp 2008
Widerstand, das heißt für uns Lebendigkeit – in diesem Sinne wollen wir beim dritten anarchistischen Sommercamp in Österreich eine Woche lang gemeinsam leben, lieben, lachen, diskutieren, Pläne aushecken, tanzen, Ideen sammeln, baden, kuscheln oder machen, worauf wir gerade Lust haben.
Dabei ist das A-Camp kein »Urlaub« im üblichen Sinn, weil dieser Begriff schon die Trennung von Arbeit und Freizeit beinhaltet. Dagegen wollen wir für die Zeit des Camps versuchen, unser Leben gemeinsam ohne Herrschaft zu gestalten, uns kennenzulernen und unsere Träume von einem befreiten Leben umzusetzen: bei den Dingen des alltäglichen Lebens ebenso, wie bei Diskussionen oder Workshops.
Uns ist bewusst, dass es sich dabei nur um relative Herrschaftsfreiheit handeln kann – denn erstens tragen wir alle Herrschaftsmechanismen in unseren Köpfen und Körpern mit uns herum und zweitens ist das anarchistische Camp eine räumlich und zeitlich begrenzte Insel in einer von Herrschaft bestimmten Gesellschaft.
Aber vielleicht gelingt es uns für die Zeit des Camps einen Freiraum jenseits dieser gesellschaftlichen Normalität mit all ihren alltäglichen Widerwärtigkeiten zu schaffen, wo wir spüren, wofür wir eigentlich kämpfen und wo wir hin wollen.
Grundvoraussetzung dafür ist, dass Diskriminierungen und Unterdrückungsmechanismen jeder Art auf dem Camp nicht geduldet werden und sich dafür auch jedeR verantwortlich fühlt. Das heißt: aufmerksam sein, selbst eingreifen und thematisieren, wenn solche Verhaltensweisen wahrgenommen werden – bei anderen oder bei sich selbst. Herrschaftsfreiheit und Solidarität wirklich erlebt gibt Liebe & Kraft für unser alltägliches Engagement.
Du brauchst dich weder mit irgendwelchen Theorien auskennen noch in politischen Gruppen/Kollektiven aktiv sein, um am A-Camp teilzunehmen. JedeR ist eingeladen, die/der sich mit emanzipatorischen und herrschaftskritischen Ideen identifizieren kann.
Termin: 18.-27.7.2008
Info: www.a-camps.net/AST

ANTIREPRESSION

Entschuldigung, Herr Wachtmeister...
Workshop zu kreativer Antirepression bei Polizeikontakten
Ungebetener Kontakt mit der Polizei lässt sich bei politischen Aktionen und im Alltag kaum vermeiden. Doch so überflüssig und bedrohlich das repressive Vorgehen der Staatsmacht oft ist, so viel Potenzial als Betätigungsfeld haben diese Begegnungen auch. Sie können eine gute Gelegenheit für emanzipatorische Praxis sein.
Kreative Antirepression erkennt das Gewaltgefälle zwischen Staatsmacht und Betroffenen, sucht aber nach Wegen aus der Passivität. Ziel und Mittel kreativer Antirepression ist, die Agierenden im Kontakt mit Polizei und Justiz zu stärken sowie Herrschaft und ihre Methoden öffentlich sichtbar zu machen. Es kann sogar oder gerade hier gelingen, Visionen jenseits von Herrschaft zu verdeutlichen, weil Herrschaft ohne Repression nicht bestehen kann. Um handlungsfähig zu bleiben, brauchen die Einzelnen vor allem Wissen und Erfahrung. Welche Taktiken hat die Polizei, wie ist die juristische Lage? Was kann anderen und mir schaden, was kann ich mir zutrauen? Was kann ich kreativ dagegen setzen?
Schwerpunkt des Workshops sind Kontakte mit der Polizei wie Passkontrolle, Absperrung, Observation, Demospalier, Kessel, Durchsuchung, Festnahme, Verhör. An dem Nachmittag wird erarbeitet, wie mensch in solchen Situationen in einer aktiven Rolle bleiben kann. Wie können Begegnungen mit der Polizei in der Öffentlichkeit vielleicht sogar emanzipatorisch gewendet werden? Nach einem Input zu verschiedenen Aktionsformen ist Zeit für Fragen und Diskussion. In Rollenspielen können die Teilnehmenden bei Interesse typische Situationen nachstellen und sich in kreativen Aktionen ausprobieren, eigene Erfahrungen sind willkommen.
Sonntag, 16.3.2008, 15-18 Uhr, im JuzI-Café (Bürgerstraße 41, 1. OG, Göttingen)
Referent: Jörg Bergstedt (Projektwerkstatt Saasen)
Veranstalterin: Schöner Leben Göttingen

ANTIRASSISMUS

»Die geschlossene Gesellschaft und ihre Feinde«
Über die Kulturalisierung sozialer Konflikte im globalisierten Krisenkapitalismus
Nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« wurde ein goldenes Zeitalter des Individualismus, der kulturellen Entgrenzung und der reinen ökonomischen Vernunft ausgerufen. Stattdessen erleben wir weltweit eine Wiederkehr religiös und ethnisch definierter Kollektividentitäten. Anders als in der Aufstiegsperiode der kapitalistischen Moderne gehen Phänomene wie die »Renaissance des Islam« und die Rückbesinnung auf die »abendländische Kultur« jedoch nicht mit einer nationalstaatlichen und »ökonomischen Formierung« einher. Vielmehr ist der neue Kulturalismus Ausdruck einer zunehmenden staatlichen und sozialen Desintegration.
Referat und Diskussion mit Ernst Lohoff (Krisis)
27.03.2008, 19.30 Uhr, Bunte Kuh (Bernkasteler Straße 78, Berlin)

Zum Fundamentalismus der »westlichen Werte« in Zeiten ihres Zerfalls
Dem vorherrschenden Diskurs in den westlichen Metropolen sind Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit derzeit vom islamischen Fundamentalismus oder gar von »dem Islam« bedroht. Demgegenüber wird eine Politik der Null-Toleranz propagiert. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, heißt es. Reine Selbstverteidigung soll das sein. Alles, was der Westen gegen die phantasierte »islamische Gefahr« tut, geschehe aus reiner Notwehr. Freilich trägt dieser angebliche Anti-Fundamentalismus selbst alle Züge des Fundamentalismus, den er zu bekämpfen vorgibt. Wie jener, so beruht auch dieser auf der paranoiden Konstruktion eines äußeren, existentiellen Feindes und wie jener spuckt er Gift und Galle gegen das Schreckgespenst eines inneren Abweichlertums: gegen den postmodernen und multikulturalistischen Relativismus, der die Grundlage der »westlichen Werte« untergraben habe.
Referat und Diskussion mit Norbert Trenkle (Krisis)
28.03.2008, 19.30 Uhr, BAIZ (Christinnenstraße 1, Berlin)
Präsentiert vom antirassistischen Heinersdorf-Bündnis
www.heinersdorf-buendnis.de.vu

KONFERENZ

Borders, Nations, Translations
The Political Limits of Cultural Trans-Nationalism
Heimat ist, wo ich verstehe und wo ich verstanden werde, schrieb einst Karl Jaspers. Wenn diese Heimat heute unsere globalisierte Welt ist, dann kann deren Muttersprache nichts anderes als eine sowohl linguistische als auch kulturelle Übersetzung sein. Was aber, wenn wir von dieser Heimat wollen, dass sie eine politische Bedeutung hat, dass sie der Ort der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle ist? Sollen wir eine Nation der Übersetzung gründen und deren Souveränität als unabhängiger Staat einfordern? Wer übersetzt, verrät: Muttersprachen, Nationen, Grenzen, und vor allem die alten politischen Träume. Die VerräterInnen aller Nationen werden niemals eine eigene Nation gründen. Es ist Zeit für eine neue Herausforderung. Ist es möglich, die entstehende transnationale Kultur der Übersetzung in nicht-kulturellen Begriffen zu formulieren, oder anders gefragt, sind wir fähig, einen transnationalen kulturellen Raum in eine gemeinsame, transkulturelle politische Aktion zu übersetzen?
Termin: 14.-15.3.2008
Kunsthalle Exnergasse / WUK, Währinger Straße 59, 1090 Wien
http://translate.eipcp.net/konferenz
Information & Anmeldung:
eipcp – european institute for progressive cultural policies
a-1060 vienna,
gumpendorfer strasse 63b
contact@eipcp.net
www.eipcp.net

MEDIEN

Layout-Werkstatt
Nicht nur der Inhalt muss stimmen, die Form trägt wesentlich dazu bei, wie Informationen wahrgenommen werden. Geben Sie Ihren Texten ein Gesicht!
Im ersten Teil des Workshops werden Grundlagen vermittelt. Eine Einführung in die Werkzeuge, die in Layoutprogrammen zur Verfügung stehen, werden anhand von Indesign (Kostenpflichtiges Adobe-Programm für die professionelle Anwendung) oder auch Scribus (Open-Source-Programm für den kostenfreien Privatgebrauch) vorgestellt.
Im zweiten Teil können Sie beginnen, das Gelernte umzusetzen. Wir werden experimentieren, Tipps geben und gemeinsam ein Erscheinungsbild für die von Ihnen mitgebrachten Ideen und Projekte entwickeln. Wie lassen sich Texte und Bilder kombinieren, das Layout ein- und mehrseitiger Dokumente festlegen? Welche Schriften eignen sich für was? Wo können Farben wirkungsvoll eingesetzt werden? Sie lernen etwas über Satzspiegel, Farbmanagement, Typografie und die Wirkung der verschiedenen Elemente im Zusammenspiel.
Nächster Kurs für InDesign:
8.-10. März 2008
Nächster Kurs für Scribus:
18.-20. April 2008
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
www.agspak.de

Öffentlichkeit herstellen
Öffentlichkeit herstellen: Pressearbeit für Politik und Engagement. Wie bringe ich meine Themen und Termine in die Medien? Wie baut man Kontakte zu Journalisten auf? Wie stellt man einen Presseverteiler zusammen? Wie formuliert man eine Pressemitteilung? Beim Seminar arbeiten die Teilnehmer/innen am PC an Aufgabenstellungen aus der Praxis. Die Ergebnisse werden gemeinsam besprochen und durch Tipps und Checklisten ergänzt. Das Seminar wird aus Mitteln der politischen Bildung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert.
Termin: 11.-12.4.2008, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Arnulfstr. 111-113, 80634 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
www.journalistenakademie.de

FRANKFURT/MAIN

Hagen liest aus seinem neu erschienenen Buch: »Als der Kellner schoss« und andere Geschichten aus dem täglichen Sterben.

- **mystische/Öko-Geschichten:**
über die Rückkehr ehemaliger Landbewohner
über den letzten Sylter Film
über Fernsehen
- **Geschichten zu Rassismus/Antisemitismus:**
über kleine Folgen des unendlichen Grauens
über die Residenzpflicht
über das Ausnutzen von Sans Papiers
- **Geschichten zur Lohnarbeit**
über einen, der ohne Arbeit verzweifelt
über einen, der nach Entlassung am Boden bleibt
über einen, der wegen Arbeitsstress schießen sollte

Als Zugabe eine Geschichte über die Symbolkraft von Stofftieren in der Liebesbeziehung.
This is not a lovesong. Seid gewarnt!
Termin: 15.3.2008, 20 Uhr
im Café ExZess, LeipzigerStr. 91, Frankfurt/Main

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg